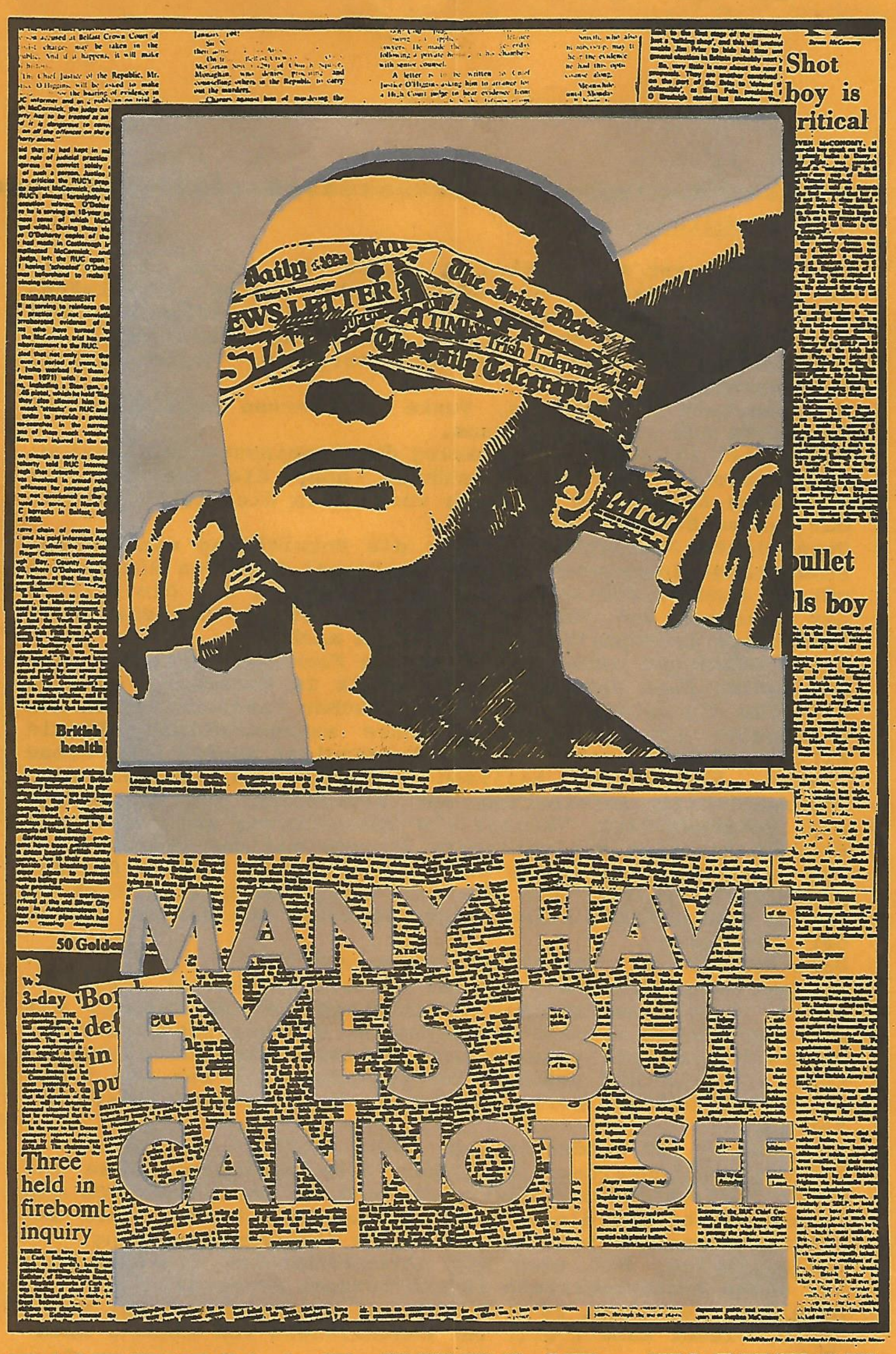
DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance
DE KNIPSELKRANT
Documents and Analysis [from t]he Illegal Front

****

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:
schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

****

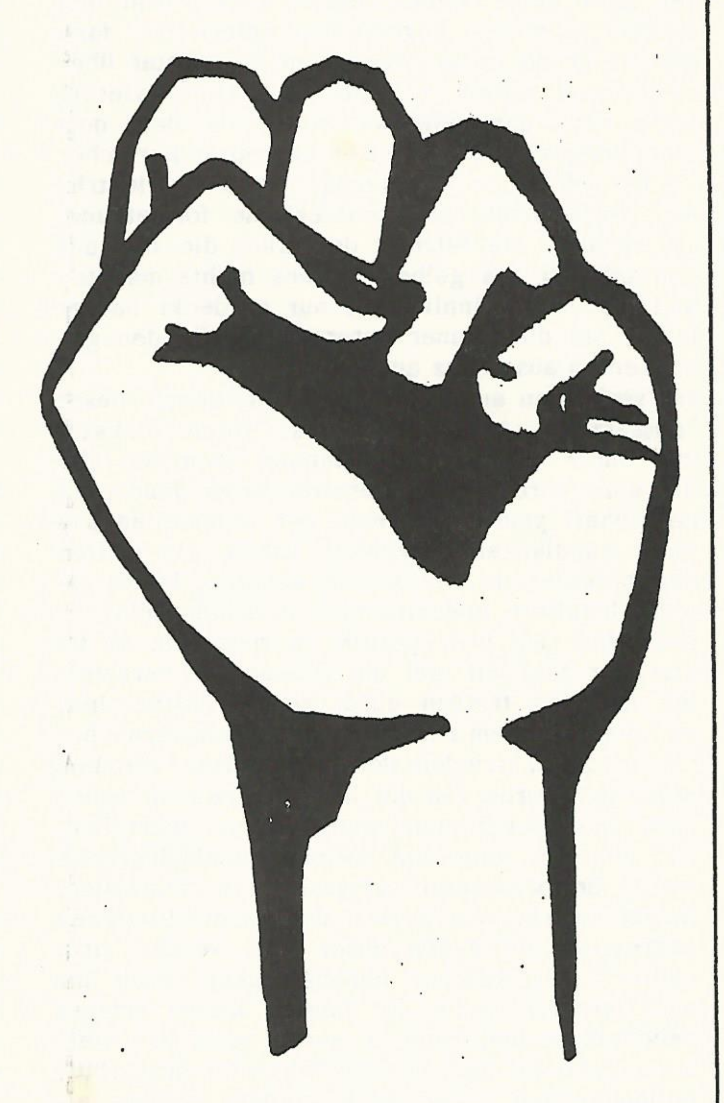
Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

PROZESSERKLÄRUNG ABDALLAH

es ist an sich nichts anormales, daß ein arabischer kämpfer von einem westlichen gerichtshof abgeurteilt wird. daß er als krimineller und verbrecher bezeichnet wird, dies ist alles nichts neues. schon die "banditen" von aurès, die "terroristen" aus palästina und die "fanatischen aussätzigen 2" von ansar und khiam wurden mit diesen ehrbaren bezeichnungen gekennzeichnet. sie erinnern jeden daran der ein schlechtes gedächtnis hat, wie das vermögen eurer westlichen justiz, eurer jüdisch-christlichen zivilisation aussieht. aber wenn der kriminelle yankee, henker aller unterdrückten dieser erde, zusätzlich stellvertreter der angeblichen opfern ist, dann gibt es grund genug von einem kommentar über das wesen dieses gerichts abzusehen. vierzig jahre nach der befreiung von paris sieht man eine fastgezwungene fortsetzung eurer herrscher in den jahren der besetzung, mystische, in tränen zerfließende und prahlerische fortsetzung. sie verbirgt die feigheit der aller, die sich aus den trägern des gelben sternes nichts machten und die ihre männlichkeit nur entdeckt haben, indem sie die gauner unterstützen die den gedanken an auschwitz ausnützen.
sie verbergen auch die illegalen aktionen dieser "aussätzigen terroristen" des "roten plakats" und ihrer widerstandsleistenden genossen die die ehre eures landes gerettet haben indem sie heldenhaft gegen das recht der kriminellen und ihrer handlangern gekämpft haben. sie griffen den besetzer da an, wo sie konnten, indem sie jede legalität mißachteten. natürlich seid ihr nicht hier um über politik zu sprechen. es ist klar, ihr seid nur hier um aktionen zu verurteilen die den frieden eures rechts gestört hat, und dies in eurem richterlichen sprachgebrauch.
es ist dieser frieden der durch diese aktionen gefährdet wurde von der ihr behauptet in "ruhe" und "apolitischer unabhängigkeit" zu beurteilen. mit welcher ruhe und welcher unabhängigkeit wollt ihr behaupten kriegsakte zu beurteilen, indem ihr sie vom prozeß der imperialistischen aggression die gegen unser volk verübt wird, isoliert! mit welcher unabhängigkeit wollt ihr euch großtun wenn der henker dieses krieges nebenkläger und opfer in euren augen ist. welchen zynismus muß der stellvertreter des kriminellen reagan haben, sich in dem moment als opfer darzustellen wenn die us-navy den angriff auf beirut vorbereitet. man muß eine gewisse verbundenheit mit goebbels haben um diese szene herunterschlucken zu können. seit jetzt fast schon vierzig jahren erleidet unser volk die aggressionen der imperialisten jeder art. keine westliche armee versagt dem experimentierungsfeld die unser volk als versuchstiere benützen.
vom anfang des jahrhunderts bis zum heutigen tag wurde nichts von euren herrscher erspart, von den niederträchtigsten verschwörungen bis hin zu den kriminellsten massakern. zerstörung und balkanisation konjugieren sich unter der mystischen flagge der westlichen menschenrechte. die amerikaner und ihre zionistischen wachhunde sind gerade dabei die zerstörung, so grausam wie möglich auszuführen. ihr westeuropäer seid die architekten der balkanisation.
meine herren, unser land ist besetzt, unser volk entwurzelt, die besetzer und unterdrücker sind blonde westeuropäer mit blauen augen. jeden tag gibt es tote, jeden tag gibt es flugzeuge die bombardieren und die töten, kriegsschiffe die den tod und die zerstörung säen. jeden tag nehmen eure kolonnen neue potentielle geiseln oder mögliche opfer. sicher, weder in ansar, khiam, noch in askalon gibt es gaskammern. eure bomben mit hochdruck und andere blumen eurer industrie lösen sich ab und eure zionistischen kolonnen sind sehr zufrieden damit, auf jeden fall bis zum heutigen tage. meine herren, ich bin nicht hier um eure aufmerksamkeit auf die grausamkeit der massaker zu leiten, die gegen unser volk verübt wurden, die euch, übrigens, bestimmt nicht so unbekannt sein werden. meine herren, ich bin hier um euch zu fragen, daß ihr eure hände reinigen sollt die mit unserem blut und dem blut unserer kinder befleckt sind, ehe ihr behauptet uns zu verurteilen. denn derjenige, der bereit ist das blut von 25.000 toten zu mißachten die im libanon während der imperialistisch-zionistischen invasion von 1982 gefallen sind, der kann nur der direkte komplize von begin und reagan in dem vernichtungskrieg sein, der gegen unser volk geführt wird.
25.000 tote in drei monaten, beirut wurde als versuchsfeld für amerikanisch-israelische waffen benützt, und trotzdem ist die reaganadministration in euren augen opfer und nebenkläger. das ist das abc eurer justiz.
wenn mein volk mir nicht die ehre übergeben hat mich an den anti-imperialistischen aktionen zu beteiligen die ihr mir zuschreibt, dann habe ich aber wenigstens die ehre dessen von eurem gericht beschuldigt zu werden und ihre legitimität gegenüber der kriminellen legitimität der henker zu verteidigen. und ich schreie hoch und kräftig: "durchbrechen wir jedes hindernis der legitimität unseres gerechten kampfes."
ich weiß genau, es ist diese position die zu kriminalisieren ist und es ist genau in funktion dieser aufgabe, daß eure justiz von der reaganadministration zurecht gewiesen wurde und in "voller unabhängigkeit". ihr habt die aufforderung befolgt. ich antworte euch:

entweder wird es frieden für unser arabisches volk geben, das ganze arabische volk und auf dem ganzen arabischen boden, oder es wird nirgends frieden für keinen geben.
natürlich, die kriminellen yankees und ihre sozial-demokratischen partner werden schreien und gegen die "fanatischen terroristen" loswettern. sie würden die elementaren regeln der westlichen toleranz verletzen, die im takt der bomben des "new jersey" und der f111 funktioniert, wenn es nicht im takt der super-étendard und der jaguar ist.
natürlich haben die "toleranten" und "demokratischen" gewissen grund genug sich über den aufstieg des "fanatismus" und des "internationalen terrorismus" aufzuregen. sie vergessen niemals ihre humanitäre unterstützung für den widerstand und gegen die besatzer öfffentlich preiszugeben, unter der einzigen bedingung, daß die opfer die henkergesetze befolgen.
natürlich gibt es überhaupt keinen grund, daß die henker angeklagt werden: seine opfer sind ja schließlich nur araber, afrikaner, asiaten und südamerikaner, und ihre ausrottung ist weder eine delikt noch ein verbrechen für westliche justiz. es ist in diesem sinn, daß das anklagegericht seine angeblich unwiderlegbaren beweispunkte begründet hat. gegen mich. und es ist dem gericht schon klar, daß ich auf keinen fall vorhabe sie zu kommentieren.
ich werde der beihilfe beschuldigt weil ich vor oder nach den attentaten in frankreich war. ich danke meinen entführern, daß ich nach 27 monaten haft (gefangenschaft) von denen sechs in isolationshaft, und die noch immer andauert, das aussprechen konnte was ich zu sagen hatte.
ich adressiere die parole eines afrikanischen kämpfers an das gericht, sowie an meinen abwesenden vater: "WOTTA SITTA", was in französisch bedeutet: "die zeit ist richtig" oder viel mehr "es ist genau die zeit zum ..." ich lasse euch das vergnügen dem stellvertreter des henkers zuzuhören, der seinen haß gegen die besitzlosen der erde herauskotzt.

GEORGES IBRAHIM ABDALLAH



SOFORTIGE FREILASSUNG VON GEORGE IBRAHIM ABDALLAH (FARL) ANIS NAKKACHE VAROUJAN GARABEDIAN (ASALA)

Beginn des Prozesses gegen Abdallah in Paris

Anklage wegen Beihilfe zum Mord und Mordversuch

Im schwerbewachten Justizpalais auf der Ile de la Cité im Zentrum von Paris hat am Montag der Prozess gegen den libanesischen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah begonnen. Der Angeklagte, der seit Oktober 1984 in Haft sitzt und am 10. Juli letzten Jahres in Lyon bereits zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat sich wegen Beihilfe bei der Ermordung eines amerikanischen und eines israelischen Diplomaten sowie bei der versuchten Ermordung eines weiteren amerikanischen Diplomaten zu verantworten.

Ch. M. Paris, 23. Februar

Wegen des am Montag begonnenen Prozesses gegen den knapp 36jährigen Nahostterroristen *Georges Ibrahim Abdallah*, den mutmasslichen Führer der Anfang dieses Jahrzehnts von Georges Habaschs «Volksfront für die Befreiung Palästinas» (PFLP) abgesplitterten *«Fractions armées révolutionnaires libanaises»* (FARL), gleicht die Ile de la Cité im Zentrum von Paris, auf welcher sich Nôtre-Dame und Polizeipräfektur ebenso wie die Sainte-Chapelle und das Justizpalais zusammendrängen, einer belagerten Festung. Drei Kompanien der CRS-Bereitschaftspolizei sichern die Zugänge zur Insel in der Seine, während zwei Schwadronen mobiler Gendarmerie im Gerichtsgebäude selber Wache stehen.

Ein «arabischer Kämpfer»

Erstmals findet in Frankreich ein Terroristenprozess nicht vor einem aus Berufsrichtern und Geschworenen zusammengesetzten Schwurgericht statt, sondern mit einer besonderen Strafkammer von einem Präsidenten und sechs Beisitzern, die allesamt Berufsrichter sind. Nach Abschaffung der Militärtribunale zu Anfang von Mitterrands Septennat wurde eine solche Kammer durch Gesetz vom 21. Juli 1982 für Verfahren im Bereich der Streitkräfte sowie die nationale Sicherheit betreffende Spionageprozesse eingerichtet. Mit dem Gesetz vom 9. September 1986, das durch eine Revision Ende letzten Jahres de facto auch noch rückwirkend erweitert wurde, hat die Regierung *Chirac* dieses spezielle «Schwurgericht» auch zur Aburteilung aller terroristischen Delikte herangezogen.

In einem mit dunklem Holz getäferten Gerichtssaal, in dem einstmals Emile Zola, publizistischer Mahner und Ankläger in der Affäre Dreyfus, sich zu verteidigen hatte und in jüngerer Zeit über so berühmte Affären wie die Entführung Ben Barkas oder die Ermordung de Broglies verhandelt wurde, verweigerte Georges Ibrahim Abdallah dem Gerichtspräsidenten *Maurice Collomb* die Antwort auf die Fragen zur Person und wiederholte statt dessen mehrmals bloss, dass er ein «arabischer Kämpfer» sei. Die Wochenzeitschrift «Nouvel Observateur» hatte schon Tage zuvor einen Text Abdallahs mit heftigen Anklagen gegen Amerika und Israel veröffentlicht, mit welchem der aus *Kubeyat* in Nordlibanon stammende Terrorist seine ideologischen Motive darzulegen versucht und den er zu Beginn seines Prozesses zu verlesen beabsichtigte. Sein Anwalt *Jacques Vergès*, ein politischer Staradvokat, der auch den SD-Schergen Klaus Barbie in Lyon verteidigen wird, gedenkt im Verfahren gegen Abdallah den Spiess umzudrehen und in einem politischen Spektakel die westlichen Staaten, insbesondere Amerika, wegen ihrer Nahostpolitik auf die Anklagebank zu zwingen.

Schwerwiegende Indizien

Abdallah ist der Beihilfe bei zwei Morden und einem versuchten Mord angeklagt; als Maximalstrafe droht ihm lebenslänglich Gefängnis. In Paris wurden am 18. Januar 1982 der stellvertretende amerikanische Militärattaché *Charles Robert Ray* und am 3. April desselben Jahres der dem Geheimdienst Mossad angehörende israelische Diplomat *Yacov Barsimantov* durch Schüsse aus einer tschechischen Pistole ermordet, die nach offiziellen Angaben am 2. April 1985 in einer Wohnung an der Rue Lacroix von der DST-Spionageabwehr gefunden wurde. Die Miete dieser Wohnung wurde über ein Konto der Universal-Bank in Genf bezahlt, das Abdallah unter einem Decknamen zusammen mit einer Komplizin, *Jacqueline Esber*, eröffnet hatte, gegen welche im Abwesenheitsverfahren ein separates Verfahren als mutmassliche Mörderin Barsimantovs angestrengt wird. Nicht auf der Waffe, sondern auf einem Rasiergerät in der Wohnung an der Rue Lacroix wurden Fingerabdrücke Abdallahs sichergestellt. Von Abdallahs Hand wurden ferner Notizen auf einer Karte und in einem Strassenführer von Strassburg entdeckt, die im Zusammenhang mit der am 26. März 1984 versuchten Ermordung des amerikanischen Generalkonsuls in Strassburg, *Robert Onan Homme*, stehen und in einem durch Abdallah und Esber in Lyon gekauften Wagen gefunden wurden, als dieser Monate später in Belgrad entdeckt wurde.

Die französische DST-Spionageabwehr war sich spätestens seit dem 7. April 1982 über Rolle und Bedeutung Abdallahs in der Nahostterrorszene bewusst, wie eine inzwischen von «Le Point» in Faksimile veröffentlichte Notiz zeigt, die damals indes nicht an die Untersuchungsbehörden weitergegeben wurde. Auf einer Photographie vom 30. Januar 1980 ist Abdallah zusammen mit dem PFLP-Chef *Habasch*, den PLO-Führern *Arafat*, *Abu Jihad* und *Abu Iyad* sowie mit *Abul Abbas*, dem späteren Leiter des Coups gegen die «Achille Lauro», sowie mit dem Anführer der Syrischen Sozialnationalen Partei, *Inam Raad*, abgebildet. Seine «revolutionären» Anfänge scheinen bei dieser letztgenannten, grosssyrischen Gruppe zu liegen, von welcher er indes bald zur PFLP und insbesondere zu deren terroristischer Untergruppe unter *Wadie Haddad* gestossen sein soll. Einige Zeit nach dem 1978 erfolgten Tod dieses wahr-

Neue Zürcher Zeitung

scheinlich gefährlichsten aller «Paten» des Terrorismus, der unter anderem auch *Ilitsch Ramírez Sánchez* alias *«Carlos»* einsetzte, gründete Abdallah seine eigene Gruppe in Gestalt der «Fractions armées révolutionnaires libanaises» (FARL), die sich von der PFLP Habaschs emanzipierten, indes weiterhin zahllose Querverbindungen zu ihr aufrechterhielten, was bis in die letzten Monate zu erkennen war.

Abdallahs hauptsächlich aus einem *Familien- und Freundschaftsclan* aus zwei nordlibanesischen Maronitendörfern rekrutierte Terrorgruppe begann 1981 ihr Unwesen in Frankreich zu treiben. Zumindest zweimal lassen sich Querverbindungen zur innerfranzösischen Terrorszene von *Action directe* nachweisen; das eine Mal verlief der Kontakt über *Mohammed Hammami*, Mitglied von Action directe und Neffe eines der höchsten algerischen Geheimdienstoffiziere, mit denen Abdallah seinerseits in Verbindung stand und von denen er einen echten *algerischen Pass*, auf den Namen *Abdelkadr Saadi* lautend, bekam, mit dem er sich im Oktober 1984 in Lyon der DST stellte. Abdallah wähnte sich damals vom israelischen Geheimdienst beschattet und war offenbar der Meinung, von den Franzosen nicht weiter behelligt zu werden.

Erste Verurteilung wegen falscher Ausweise

Abdallahs Rechnung ging fast auf, da zunächst das Gerichtsverfahren in Lyon sich nur um Besitz von falschen Ausweisen, Waffen und Explosivstoff drehte und am 10. Juli 1986 zu einer Verurteilung zu bloss vier Jahren Gefängnis führte. Mehr als ein Jahr zuvor, am 23. März 1985, hatten ein paar *Brüder Abdallahs* sowie Jacqueline Esber den Leiter des französischen Kulturzentrums in Tripolis, *Sidney Peyroles*, entführt. Nach indirekten Verhandlungen zwischen dem damaligen DST-Chef *Yves Bonnet* und dem Leiter des algerischen militärischen Nachrichtendienstes in Algier liessen die FARL-Entführer am 2. April Peyroles wieder frei, nachdem ihnen offenbar französischerseits zugesagt worden war, dass Abdallah im Anschluss an seinen Prozess rasch ausgewiesen werde. Wie von ungefähr meldeten indes DST-Beamte am selben 2. April 1985 den Waffenfund in der Rue Lacroix in Paris, durch welchen die Belastungsmomente gegen Abdallah sich entscheidend verschärften.

«Le Point» publizierte mittlerweile das Faksimile eines vom 3. April jenes Jahres datierten Briefes von Bonnet an den damaligen Innenminister *Joxe*, in welchem der DST-Chef vorschlug, den gravierenden Waffenfund nicht «aufs Konto» Abdallahs zu nehmen. Die Nachricht von diesem Waffenfund, der laut «Nouvel Observateur» nach Erkundungen eines DST-Beamten in Genf den unteren Dienststellen der französischen Spionageabwehr schon seit Mitte Januar 1985 bekannt gewesen war, gelangte indes in die Presse. Die Möglichkeit zu einem diskreten Tauschhandel zwischen Abdallah und Peyroles war damit dahin. Wahrscheinlich auch mit Hilfe mehrerer palästinensischer Organisationen rächten sich die FARL in zwei grossen *Attentatswellen in Paris;* die eine währte vom Dezember 1985 bis zum März 1986, bei der zweiten, im September letzten Jahres, kamen insgesamt *zwölf Personen ums Leben*, während weitere 160 Verletzungen erlitten.

Drohung mit neuen Anschlägen

Nach Abdallahs letztjähriger Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis hatten sich die Regierung der Vereinigten Staaten und die Witwe von Oberstleutnant Ray als Zivilkläger in das zweite Ermittlungsverfahren gegen den libanesischen Terroristen eingeschaltet, um dessen Niederschlagung wegen angeblicher Geringfügigkeit zu verhindern. Paris schien letzten Sommer eine Zeitlang diese Ausflucht anzustreben, wurde aber durch Washingtons Vorgehen und später vollends durch die Attentatswelle vom Herbst eines anderen belehrt. Der Zivilpartei gelang auch die Einbeziehung des Dossiers des versuchten Mordes an dem amerikanischen Generalkonsul in Strassburg in das Verfahren um die Ermordung Rays und Barsimantovs. Vor Beginn des jetzigen Prozesses, der am *3. März* zu Ende gehen soll, wurden von seiten nahöstlicher Terrorgruppen, darunter auch der armenischen *Asala*, Frankreich neue Bombenanschläge angedroht, was die jetzigen Sicherheitsvorkehren auf dem gesamten Gebiet der Hauptstadt an der Seine notwendig machte.

Staatsanwalt fordert weniger als zehn Jahre für Abdallah

SDZ 28.02.1987 **Paris (dpa)**

Eine Haftstrafe von weniger als zehn Jahren hat Staatsanwalt Baechlin am Freitag in Paris für Georges Ibrahim Abdallah gefordert. Der 36jährige Libanese muß sich als mutmaßlicher Europachef der Terror-Organisation „Libanesische Bewaffnete Revolutionäre Gruppe" (FARL) wegen Beihilfe zu zwei Morden und eines versuchten Mordes vor Gericht verantworten. Mit dem Urteil wird am Samstag gerechnet. Eine Haftstrafe unter zehn Jahren würde es nach französischen Strafvollzugsregelungen ermöglichen, den 1984 verhafteten Abdallah spätestens im Herbst freizulassen. Seine Anhänger hatten 1986 versucht, mit einer Attentatswelle in Paris Abdallah freizupressen. Dabei wurden zehn Menschen getötet.

Die sozialistische Oppositionszeitung *Le Matin* schrieb, das Urteil stehe längst fest und sei Folge einer Vereinbarung, die Frankreich schon im September zur Beendigung der Terrorwelle in Paris mit Syrien getroffen habe. Abdallah solle bis zum Jahresende freikommen. Die Zeitung *Le Monde* fragte, ob der Prozeß eine „politische Wende" genommen habe. Sie zitierte Regierungskreise, die ein Urteil wünschten, das weder wie eine Kapitulation Frankreichs aussehe noch Anlaß für neue Racheakte der Terroristen gebe.

Überraschendes Urteil gegen Abdallah in Paris

NZZ 03.03.87

Konflikt zwischen Justiz und Staatsraison

Das besondere «Schwurgericht» von Paris hat den libanesischen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah wegen Beihilfe zum Mord an einem amerikanischen und einem israelischen Diplomaten sowie zum versuchten Mord an einem weiteren amerikanischen Diplomaten zur Maximalstrafe von lebenslänglich Gefängnis verurteilt. Das Gericht entsprach damit nicht dem Antrag des Staatsanwalts, der eine Strafe von nicht mehr als zehn Jahren Gefängnis verlangt hatte, welche es der französischen Regierung erlaubt hätte, Abdallah relativ bald abzuschieben.

Ch. M. Paris, 1. März

«Ihre Aufgabe ist es, Recht zu sprechen, und nicht, dem Staat einen Dienst zu erweisen» – mit dieser Aufforderung an die sieben Berufsrichter des besonderen «Schwurgerichtes» von Paris, das während einer Woche über den libanesischen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah verhandelte, ist der Anwalt der als zivile Nebenklägerpartei auftretenden Vereinigten Staaten und der amerikanischen Offizierswitwe Ray am Samstag wider Erwarten vollständig durchgedrungen. Das Gericht, das zum erstenmal als ein zur Aburteilung terroristischer Verbrechen befähigtes *Sondertribunal* über eine wichtige Figur des Nahostterrorismus zu befinden hatte, verweigerte dem Angeklagten mildernde Umstände und verurteilte ihn zur Maximalstrafe von lebenslänglich Gefängnis wegen Beihilfe zur Ermordung des amerikanischen Oberstleutnants *Charles Ray* und des dem Geheimdienst Mossad angehörigen israelischen Diplomaten *Yacov Barsimantov* im Jahre 1982 sowie wegen Beihilfe zum versuchten Mord an dem amerikanischen Generalkonsul *Robert Homme* in Strassburg im Jahre 1984.

Versuche zur Verharmlosung

Abdallah, der nach der Eröffnungssitzung dem gesamten weiteren Prozess ferngeblieben war, soll laut seinem Anwalt *Jacques Vergès*, der das Verdikt als «Kriegserklärung» Frankreichs an alle nahöstlichen Sympathisanten seines Klienten wertete, auf die Urteilseröffnung hin in Lachen ausgebrochen sein; er *verzichtete auf Berufung* und liess auch verlauten, dass er keine Begnadigungsgeste von seiten des Präsidenten der Republik erwarte oder annehmen wolle.

Der Prozessverlauf schien zuvor einen anderen Ausgang des Verfahrens zu verheissen. Für die erste Überraschung sorgte der als Zeuge an die Gerichtsschranke geladene Subdirektor Raymond Nart von der *DST-Spionageabwehr*, der Abdallah im Oktober 1984 in Lyon ins Netz gegangen war. Im völligen Widerspruch zu allen von der DST selbst gesammelten Indizien versuchte dieser Polizeibeamte plötzlich, den Angeklagten als *kleine unbedeutende Figur* aus dem Umfeld des Nahostterrorismus abzutun. Weshalb Abdallahs Anhänger in zwei blutigen Attentatswellen in Frankreich ihren Anführer freizupressen versuchten, wurde dadurch *völlig unerklärlich.* Ebenso unbegreiflich nahm sich darauf auch die vorübergehende Verschleppung des französischen Diplomaten *Sidney Peyroles* in Libanon vor drei Jahren aus; zwei Brüder Abdallahs erklärten ihm gegenüber damals, dass sie ihn gegen einen «grossen Fisch» auszutauschen gedächten. Peyroles erschien ebenfalls vor Gericht als Zeuge, nachdem er sich ursprünglich hatte entschuldigen lassen. Die späte Verharmlosungsversion der DST desavouierte auch alle Aussagen von algerischen und syrischen Amtsstellen zur Bedeutung Abdallahs, der durchaus eine grosse Rolle im Nahostterrorismus, wenn auch an der Spitze einer relativ kleinen Gruppe, gespielt haben muss.

Spekulationen über die «Bitte» des Staatsanwalts

Den wahren Überraschungsdonner im Prozess bildete indes die Tatsache, dass der Staatsanwalt, der während des ganzen Verfahrens die Rolle des öffentlichen Anklägers praktisch dem Anwalt der zivilen Nebenklägerpartei überlassen hatte, in seinem knappen Plädoyer das Gericht *«schweren Herzens»* ersuchte, *im Interesse Frankreichs* Abdallah zu nicht mehr als zehn Jahren Gefängnis zu verurteilen. Ebenso wie der DST-Subdirektor in seiner Zeugenaussage behauptete er, nicht auf Weisung der Regierung oder des Justizministers gehandelt zu haben, während die französische Presse voll war von Vermutungen und Andeutungen über das Bestehen einer *Absprache* zwischen Paris und Regierungsvertretern von *Algerien* und *Syrien*, welche sich für Abdallah und dessen Terroristengruppe verwandt hatten.

Der Staatsanwalt bemühte sich gar nicht erst, seinen *verdächtig milden Strafantrag*, welcher eine relativ baldige Freilassung Abdallahs erleichtern sollte, mit viel juristischen Schnörkeln zu begründen oder seine Motive zu tarnen. Er verlangte praktisch vom Gericht, dass es sich der Staatsraison fügen solle; dabei erinnerte er bloss an das Los der in *Geiselhaft in Libanon* gefangengehaltenen Franzosen und behauptete, dass sich in den letzten Tagen ein neuer «Hoffnungsschimmer» aufgetan habe – offenbar war damit der Einmarsch syrischer Truppen in Beirut gemeint.

Das Gericht hat zu richten

Das Verhalten des Staatsanwaltes löste selbst dort, wo der Wunsch nach baldiger Abschiebung Abdallahs zwecks *Vermeidung einer neuen Attentatswelle* auf Verständnis stiess, durchwegs Konsternation aus. Auf diese Betretenheit folgte als um so grössere dritte Überraschung das Urteil, mit welchem die Sonderkammer das Ansehen und die Unabhängigkeit der französischen Justiz wieder herstellte und beweisen wollte, dass sie kein politisches Tribunal sei, durch welches das Recht den Erfordernissen des Staates

unterworfen werde. Handelte das Gericht damit nach dem Absolutheitsmotto: «Fiat justitia, pereat mundus»? Der Zivilklägeranwalt Georges Kiejman erinnerte daran, dass die Regierung und der Präsident der Republik politische Erwägungen einschliesslich einer allfälligen Begnadigung anzustellen hätten und das Gericht in Kenntnis dieser Sachlage sich deshalb auf seine Funktion, nämlich jene der *Schuldigsprechung* und der *Strafzumessung* nach *rein juristischen Kriterien*, zu beschränken habe.

Derselbe Gerichtshof, der am Ende den Mut zur Verhängung der Maximalstrafe aufbrachte, hatte zuvor ein Abdallah zusätzlich schwer belastendes Überraschungsmanöver Kiejmans *zurückgewiesen*. Der Nebenklägeranwalt konnte nämlich plötzlich in Photokopie ein mutmasslich von Abdallah verfasstes *handschriftliches Schreiben* vorlegen, in welchem die «Fractions armées révolutionnaires libanaises» (FARL), das heisst die von dem Angeklagten geleitete Terroristentruppe, die Verantwortung für das am 12. November 1981 in Paris gescheiterte Attentat auf den amerikanischen Geschäftsträger Christian Chapman übernahmen. Dieses wichtige Zeugnis, mit welchem die Führungsrolle Abdallahs in den FARL bewiesen werden könnte, wurde nicht zur weiteren Prüfung zugelassen.

Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen

Der amerikanische Botschafter, Joe Rodgers, die Witwe Charles Rays und deren Anwalt Kiejman verliehen nach dem Verdikt allesamt ihrer *Genugtuung über die französische Justiz* Ausdruck, während Sprecher aller politischer Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, in ähnlicher Weise reagierten oder zumindest eine solche positive Haltung einzunehmen vorgaben. Auf den Flughäfen Roissy und Orly verstärkten unverzüglich nach dem Verdikt Soldaten des Heeres und der Luftwaffe das schon zuvor besonders umfangreiche Aufgebot an Sicherheitskräften. In Paris verblieben die bereits vor einer Woche herangeführten zusätzlichen eintausend Mann der CRS-Bereitschaftspolizei weiter auf Posten, so dass insgesamt über 3500 Mann CSR und mobiler Gendarmerie an neuralgischen Punkten der Hauptstadt Wache stehen. Innenminister *Pasqua* annullierte eine geplante Reise nach Gabon angesichts des Risikos einer neuen Welle von Bombenanschlägen. Die Regierung Chirac steckt mitten in dem *Dilemma*, das sie – wie beim ersten Prozess gegen Abdallah vom Juli letzten Jahres in Lyon, als auf Milde ausgehende Beeinflussungsversuche auf das Gericht von Erfolg gekrönt waren – zu vermeiden trachtete. Sie kann nach den Manövern der Staatsanwaltschaft kaum dem Vorwurf entgehen, dass sie in Wahrheit einen *Kompromiss mit dem Terrorismus* angestrebt habe, und vermag jetzt deshalb nicht einmal aus der juristischen Prinzipientreue, die allein jene der Richter war, Nutzen zu ziehen.

Im Pariser Justizpalast ging der Prozeß gegen den Libanesen Abdallah mit der Höchststrafe zu Ende / In einem politischen Plädoyer forderte der Staatsanwalt nur zehn Jahre Haft zugunsten der Staatsräson / Keine Berufung möglich

2.3.87 **taz**

Aus Paris Georg Blume

Nachdem das Pariser Sonderschwurgericht, das sich aus sieben Berufsrichtern zusammensetzte, am Sonnabend den Libanesen Georges Ibrahim Abdallah zu lebenslanger Haft verurteilte, befürchtet die französische Regierung offensichtlich eine Fortsetzung der Attentate des „Solidaritätskomitees für die arabischen politischen Gefangenen" (CSPPA), mit denen Abdallah im September 1986 freigepreßt werden sollte. Noch am Wochenende wurden deshalb die Sicherheitsvorkehrungen in Paris und an den Grenzen verstärkt.

Diese Reaktion der französischen Regierung, aber auch die schnelle Beendigung des Abdallah-Prozesses sowie das Verhalten der Staatsanwaltschaft im Prozeß, die erfolglos auf ein mildes Urteil drängte, bestätigen indirekt die Berichte von einem französisch-syrischen Abkommen. Dabei soll Syrien Hilfe zur Eindämmung der Attentate in Frankreich zugesichert haben. Im Gegenzug habe Frankreich rasche Verurteilung und Freilassung Abdallahs zugesagt.

Der jetzige Richterspruch macht nun eine vorzeitige Freilassung Abdallahs unmöglich, es sei denn, die Regierung wende sich mit einem Begnadigungsgesuch an Präsident Mitterrand. Diese scheint politisch jedoch nicht durchsetzbar.

Französische Politiker vom Rechtsradikalen Le Pen bis zu den Sozialisten würdigten einmütig Urteil und Unabhängigkeit des Sonderschwurgerichts. Einzig die Kommunisten sprachen von einer „blamablen Affaire, die direkt den Absichten der US-Diplomatie diene". Die Regierung der USA war in dem Prozeß als Nebenkläger aufgetreten und hatte ein hartes Urteil gefordert. Der US-Botschafter Rodgers meinte nach der Entscheidung des Gerichts, die USA hätten Recht gefordert, und nun sei Recht gesprochen worden. Der Verteidiger Abdallahs, Verges, bezeichnete das Urteil als „Kriegserklärung an arabische Aktivisten". Er will keine Berufung einlegen.

Das Urteil kam schneller und härter als erwartet. Jubel brach am Samstag unter den US-amerikanischen Kollegen im Pariser Justizpalast aus, als sie die letzten Sätze des Richters vernahmen: „...damit ist Georges Ibrahim Abdallah zu lebenslanger Haft verurteilt."

Ein politischer Prozeß um den Fall Georges Ibrahim Abdallah ging am Samstag zu Ende, um den immer noch *mutmaßlichen* Chef der „Revolutionären Libanesischen Armeefraktion" (FARL) und französischen Öffentlichkeitsfeind Nr. 1. Der Prozeß wurde von allen drei Seiten, von der Staatsanwaltschaft der Republik, der Nebenklägerschaft der Vereinigten Staaten und der Verteidigung Abdallahs, offen und transparent politisch geführt. Staatsanwalt Pierre Baechlin, der nach französischem Recht dem Justizminister weisungsgebunden ist, überraschte alle, als er in seinem Plädoyer forderte: „Weg mit den Fakten!", alle juristischen Vorwände fallen ließ und zur politischen Rede an die Geschworenen anhob: „Jedes Urteil, egal wie hoch (...) macht den Verurteilten zum Märtyrer und macht vor allem das Land, das ihn gefangen hält, im vorliegenden Fall Frankreich, zur Geisel. (...) Ich weiß nicht, ob Frankreich morgen riskiert, Opfer neuer blindwütiger Attentate zu sein. (...) Ich kann sagen, daß die Mittel, um den Terrorismus zu bekämpfen, sehr verschiedener Art sind. Die mächtigsten demokratischen Länder waren gezwungen, ihre Schwäche einzugestehen. (...) Deshalb hat Frankreich von seinen Alliierten keine Lehren zu erhalten, selbst nicht von seiner Schwester der Freiheit, Amerika. Schwersten Herzens beschwöre ich Sie, bitte ich Sie, fordere ich Sie auf, den Angeklagten zu einer Strafe zu verurteilen, die zehn Jahre Haft nicht übersteigt." Die Rede Baechlins, einem der renommiertesten Staatsanwälte des Landes, wird französische Justizgeschichte machen. „Was muß man nicht alles im Interesse Frankreichs tun?" soll der Staatsanwalt später gesagt haben. Es war nur allzu deutlich: Baechlin forderte von den Geschworenen eine politische Entscheidung, die der Regierung ermöglichen würde, Abdallah in nicht langer Zeit freizulassen.

An dieser Stelle ist ein kurzer Rückblick auf die Prozeßgeschichte notwendig. Der Libanese Georges Ibrahim Abdallah war der Beihilfe zum Mord und des Mordversuchs bei Attentaten der FARL auf die US-amerikanischen Diplomaten Ray und Homme und den israelischen Geheimdienstler Barsimentov in Frankreich angeklagt. Abdallah gilt als pro-palästinensischer Christ. Nach der Verhaftung Abdallahs im Herbst 1984 in Lyon machte die FARL im März 1985 ein letztes Mal Schlagzeilen, als sie in Tripolis den Franzosen Peyrolles entführten, um Abdallah freizupressen. Peyrolles kam frei, doch Abdallah blieb in Haft. Daraufhin reklamierte im Dezember 1985 das „Solidaritätskomitee mit den arabischen politischen Gefangenen" (CSPPA) mit einem ersten Anschlag die Freilassung Abdallahs und zweier weiterer Gefangener. Bis September 1986 wurden bei Anschlägen des CSPPA in Paris 13 Menschen getötet und 250 verletzt. Als Abdallah im Juli 1986 in Lyon zu lediglich vier Jahren Haft verurteilt wird, treten die USA als Nebenkläger für den Prozeß in Paris auf den Plan, um in Zusammenhang mit den Attentaten auf Ray und Homme ein härteres Urteil einzufordern — wie man seit Samstag weiß, erfolgreich.

Georges Kiejman, der linke Staranwalt der USA, hatte keinen leichten Job. In der Tat waren die Beweise gegen Abdallah, die ihm vorlagen, dürftig. Kiejman verfügte über Indizien, wie etwa die Tatsache, daß Abdallah die Wohnung frequentierte, in der später die Mordwaffe gefunden wurde, indes: keine Spur, keine Zeugenaussage verwies auf eine direkte Beteiligung Abdallahs bei der Vorbereitung und Ausführung der Attentate. Doch auch Kiejman verstand es meisterhaft, von anderem als den Fakten zu den Geschworenen zu sprechen: „Mir ist vollkommen bewußt, daß wir morgen neue Attentate erleiden können. (...) Aber es steht an Ihnen (...), dem Staat einen Dienst zu erweisen. Sonst geraten Sie auf eine Entgleisung, die denen der Sondergerichte von Vichy in der Besatzungszeit entspricht, die die Schuldigen für unschuldig erklärten. Das ist der heimtückische Charakter der Staatsräson. Ihre Aufgabe ist es, Recht zu sprechen und keinen Dienst zu leisten. Der einzige Staat, der ihren Respekt verdient, ist der Rechtsstaat."

Kiejman sprach im Namen der Regierung der USA nicht etwa in erster Linie gegen die Verteidigung, sondern gegen die Anklage der Staatsanwaltschaft. Im Streit der Anklagen, so schien es, würde der zweite Staranwalt des Prozesses, der linksradikale Verteidiger Jacques Verges, ein leichtes Spiel haben. Verges bestand auf den Fakten: „Meine Rolle ist, zu beweisen, daß nichts bewiesen ist. (...) Bleibt uns, weil die amerikanische Regierung eine Maximalstrafe verlangt, weil Reagan gesprochen hat, nichts anderes als zu gehorchen?"

Verges durchleuchtete die Indizien. „Reicht eine Pistole, die ohne Fingerabdrücke vier Monate nach der Tat an einem Ort gefunden wurde, den der Angeklagte einst besucht haben soll, als Mordbeweis?" Nicht auf diese Frage antworteten die Geschworenen in ihrem Urteil. Sie spürten wohl den Glaubwürdigkeitsverlust der Justiz als Geisel der französischen Staatsräson. Heute nun gibt es kein Zurück mehr. „Das Urteil ist unwiderruflich," sagte Jacques Verges im Auftrag seines Mandanten nach dem Prozeß und sprach, was die Zukunft anbelangt, unzweideutig: „Frankreich stand heute an einem Scheideweg. Frankreich hat den Weg der Feindseligkeit mit den arabischen Ländern gewählt."

SDZ 5.3

Abdallahs Anwalt hält Urteil für ungültig

Paris (Reuter)

Der Anwalt des in Frankreich wegen Mordbeihilfe zu lebenslanger Haft verurteilten Libanesen Georges Ibrahim Abdallah hat die Gültigkeit des Urteils angezweifelt. Jacques Verges berief sich auf Darstellungen in einem noch nicht veröffentlichten Buch, daß der erste Anwalt Abdallahs den französischen Geheimdienst DST mit Informationen versorgt haben soll. Wenn sich die in dem Buch gemachten Aussagen gegen Jean-Paul Mazurier als wahr herausstellten, sei das Urteil ungültig. Verges sagte, wenn die Anschuldigungen stimmten, würde das bedeuten, daß Abdallah während seiner ersten Verhöre ohne Anwalt gewesen und statt dessen von einem als Anwalt verstellten Polizisten hintergangen worden sei. Die Anschuldigungen gegen Mazurier sind in dem Buch „Der schwarze Engel – Ein Maulwurf in der Abdallah-Affäre" des französischen Journalisten Laurent Gally enthalten.

DE MORGEN 2.3.1987

Chiracs geheime akkoord met Damascus spingt af

IN de herfst van vorig jaar, op het moment dat bijna dag na dag bomaanslagen werden gepleegd in Parijs, heeft premier Chirac in het geheim twee topfunktionarissen naar Damascus (Syrië) gestuurd om er te onderhandelen over een 'wapenstilstand'. Een en ander werd vorige week vrijdag onthuld door 'Le Matin'. Ontluisterend voor Chirac, omdat hij midden de bommencampange nog een vrij emotionele tv-speech afstak, waarvan de teneur was dat 'Frankrijk niet zou zwichten voor de chantage van het terrorisme'.

Volgens 'Le Matin' werd aan Damascus beloofd dat Frankrijk wapens zou leveren plus graan - uit de overtollige EG-stocks, een operatie die bijgevolg zou gesubsidieerd worden door de ganse EG. In ruil zouden de Syriërs dan hun vermeende aktieve steun aan de 'FARL' van de Libanese Abdallah-clan stopzetten.

Sluitstuk van dit akkoord was evenwel een lichte bestraffing en een snelle uitwijzing van Georges Ibrahim Abdallah. Het verloop van het proces leek dit scenario te bevestigen: zo kwam de chef van de Franse geheime dienst getuigen dat Abdallah in feite een 'kleine vis' is - ook de straf van minder dan 10 jaar die de openbare aanklager, Pierre Baechlin, eiste, paste in dit scenario.

Uiteindelijk heeft de jury van beroepsmagistraten daar een stokje voor gestoken. Vooral omdat aanklager Baechlin van zijn hart geen moordkuil maakte en liet blijken dat hij een mild rekwisitoor, tegen zijn persoonlijke overtuiging in, moest uitspreken. Verwacht wordt dat Beachlin nu als zondebok zal moeten opstappen.

(FDS)

FAZ

Der Rechtsstaat hat nicht kapituliert

Das Urteil im Abdallah-Prozeß / Von Thankmar von Münchhausen

PARIS, 1. März. Das Verdikt „lebenslange Strafhaft" für den libanesischen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah nach siebzig Minuten Beratung am Samstagvormittag bedeutete für die Zuhörer im Gerichtssaal in Paris und wenig später für die gesamte Öffentlichkeit mehr als eine Überraschung: einen positiven Schock. Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts Pierre Baechlin am Vortag hatte kaum jemand mit einer solchen Entscheidung gerechnet. Mit einer Begründung, die sich wie die Kapitulation des Rechtsstaats vor den Erfordernissen der Staatsräson und vor terroristischer Erpressung anhörte, hatte der Vertreter des Staates das Gericht um eine Strafe für Abdallah angefleht, die zehn Jahre Haft nicht überschreiten solle. Damit hätte sich, die Untersuchungshaft von zweieinhalb Jahren eingerechnet, in etwa drei Jahren die Möglichkeit zur vorzeitigen Freilassung ergeben.

Er habe eigentlich einen „unnachsichtigen Antrag" stellen wollen, hatte der Staatsanwalt ausgeführt. Doch wie ein Generalstabsoffizier müsse er sich dem Gelände und den Gegebenheiten anpassen. „Seit einigen Tagen, einigen Stunden gibt es einen Hoffnungsschimmer im Libanon." Der Staatsanwalt erinnerte damit an den Einmarsch der syrischen Truppen in den muslimischen Stadtteil Beiruts, aus dem sich Hoffnungen für die französischen Geiseln ableiten lassen, die sich in der Gewalt schiitischer Extremisten befinden. „Unter diesen Umständen muß ich Sie im Interesse aller bitten, Sie beschwören, den Angeklagten – und ich sage das schweren Herzens („la mort dans l'ame"), aber es ist meine Pflicht, es zu tun – zu einer Haftstrafe zu verurteilen, die zehn Jahre nicht übersteigt."

Dieser Aufschrei eines Hüters des Rechtes hatte die Öffentlichkeit getroffen und verstört. Für die Staatsbürger, die daran gewöhnt sind, überall die Hand der Staatsgewalt zu sehen, war es eine ausgemachte Sache, daß Baechlin auf Anweisung „von oben" gehandelt hatte. Entsprechende Vermutungen waren bereits durch die Zeugenaussage des stellvertretenden Direktors der Gegenspionage DST, Raymond Nart, genährt worden, der Abdallah als „kleinen Chef" eingestuft hatte.

Der Staatsanwalt bemühte sich, diese vereinfachende Deutung am nächsten Tag zu entkräften: „Ich versichere, daß ich meinen Strafantrag frei von jeder Anweisung gestellt habe." Aber: „Am Freitagmorgen habe ich Zugang zu Informationen erhalten – mehr kann ich nicht sagen –, und ich habe demgemäß meine Verantwortung übernommen." Als Anklagevertreter vor dem 1981 aufgelösten Staatssicherheitsgerichtshof hatte Baechlin gegenüber Separatisten und Terroristen niemals Schwäche zu erkennen gegeben. Er soll inzwischen um seine Versetzung eingekommen sein.

Wenn schon der Anklagevertreter „schweren Herzens" politischer Nützlichkeit den Vorrang vor rechtlicher Erkenntnis gab, so war der Verteidiger Vergès, seit den Zeiten des algerischen Unabhängigkeitskrieges auf Terroristenprozesse spezialisiert, um so mehr entschlossen, aus den politischen Konstellationen Vorteile für seinen Mandanten zu ziehen. Nach der Darstellung des Anwalts enthielten die Anklageakten kein stichhaltiges Beweismaterial gegen Abdallah. Schlupfwinkel, Bankkonten, Bekennerbriefe, die Mordwaffe, die Äußerungen der Brüder im Heimatdorf Kubejat – immer fehlt es, folgt man Maître Vergès, an der zwingenden Verbindung zwischen dem Belastungsmaterial und dem Angeklagten.

Jede Untergrundorganisation, so führte der Verteidiger am letzten Verhandlungstag aus, ehe sich das Gericht zur Beratung zurückzog, habe einen politischen und einen bewaffneten Arm. Abdallah gehöre eindeutig zum politischen Arm: „Hätte ihm sonst die Republik Algerien einen falschen Paß zur Verfügung gestellt? Selbstverständlich nicht!" Damit scheide der Angeklagte als Komplize von Mördern aus. Vergès beschwor die Schatten der Vergangenheit: die Toten der algerischen Befreiungsfront und die ermordeten PLO-Vertreter in Paris, für die wohl der israelische Geheimdienst Mossad verantwortlich zu machen ist. Zum schlechten Gewissen der Franzosen wegen der kolonialen Vergangenheit mischt Vergès latente Ressentiments gegen die Vereinigten Staaten und Israel: „Oberstleutnant Ray war ein braver Familienvater, gewiß, aber er war auch ein Offizier des Geheimdienstes, der sich seine Sporen in Vietnam verdient hat. Und Barsimantov ist in Israel in der Grabstätte für im Dienst getötete Geheimagenten beigesetzt worden.

Der Strafverteidiger Vergès erlebte an diesem Tag eine Niederlage in seiner langen Karriere. In Abstimmung mit seinem Mandanten hatte er sich nicht auf das „Bastard-Angebot" einer milden Haftstrafe einlassen wollen. Er forderte den Freispruch für Georges Ibrahim Abdallah und stellte das Gericht damit vor eine schwerwiegende Alternative. Nach der Urteilsverkündung drohte der Anwalt in kaltem Zorn: „Frankreich ist ein Vasall der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben gewonnen. Ich weiß nicht, ob Frankreich dabei gewonnen hat... Dieses Urteil muß von vielen arabischen Kämpfern als Kriegserklärung aufgefaßt werden." Auf die Frage, wie Georges Ibrahim Abdallah den Spruch des Gerichts aufgenommen habe, sagte Vergès: „Er hat laut gelacht!"

Nach der Urteilsverkündung drohte der Anwalt in kaltem Zorn: „Frankreich ist ein Vasall der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten haben gewonnen. Ich weiß nicht, ob Frankreich dabei gewonnen hat... Dieses Urteil muß von vielen arabischen Kämpfern als Kriegserklärung aufgefaßt werden."

Abdallah : Geheimgespräche.

Nach dem fehlgeschlagenen Attentat gegen die RER (Eisenbahn) am 4.September 1986 wird es noch fünf weitere Anschläge in der Hauptstadt geben.Am 8.September explodiert ein Sprengkörper im Postamt des Stadthaus von Paris:es gibt eine Tote und 17 Verletzte.Die CSPPA übernimmt die Verantwortung.(Solidaritätskomitee mit den arabischen politischen Gefangenen).Am 12.September explodiert eine Bombe in der Bar des Geschäfts Casino:41 Verletzte.Die CSPPA zeigt sich verantwortlich.Das Kommuniqué ist zum ersten Mal sehr lang und sehr argumentiert.Die ganze französische Politik im Nahen Osten wird genaustens untersucht.Und immer die Forderung nach Freilassung der drei Terroristen: Varoudjian Garbidjian, Anis Naccache und Georges Ibrahim Abdallah.
Der Sicherheitsrat hatte sich am Vortag zum wiederholten Mal getroffen.Am 13. September fliegt Jacques Chirac nach Algier.Er trägt eine Mitteilung mit sich die vom Sicherheitsrat ausgearbeitet wurde.Die vier Punkte dieses Textes werden von nun an eine Richtlinie für die Regierung sein.
1)Die Attentate können die Gefängnisbedingungen der Gefangenen, dessen Befreiung gefordert wird, nur verschärfen.
2)Eine Fortsetzung der Attentate kann die Haltung der Richter und Geschworenen in Zukunft, im Fall eines Strafnachlasses oder von neuen Prozessen, nur verschlimmern.
3)Die französische Bevölkerung, besonders in Paris, die schon im allgemeinen eine Abstosserscheinung gegen die arabische Welt empfindet, wird dieses Gefühl weiterentwickeln wenn die Attentate fortgesetzt werden.
4)Desto schneller die Attentate aufhören, desto schneller wird die französische Justiz Georges Ibrahim Abdallah verurteilen - und ihn je nach dem Urteilsspruch - aus dem Land verweisen.
Diese von Jacques Chirac an die Algerier vermittelte Mitteilung wird durch das Quai d'Orsay und dem Verteidigungsministerium an die Olp (in Tunis), an Saudi-Arabien, an Marokko, an Tunesien sowie an Syrien weitergeleitet.
Aber diese amtliche Mitteilung, die der Premier-Minister dem algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid übergibt, ist mit einer fünften Klausel versehen, die sehr diskret gehandelt wird und die nur von den französischen Sicherheitsverantwortlichen - Charles Pasqua und Robert Pandraud - an ihre entsprechenden Amtskollegen übermittelt wurde.Diese fünfte Klausel lautet im wesentlichen so:
5)Hilft uns in euren entsprechenden Ländern "Polizisten" zu suchen, die Frankreich helfen die Verantwortlichen der Terrorakte in Frankreich zu suchen und an ihrer Quelle zu vernichten.Frankreich wird im Austausch eure Oppositionsbewegungen die auf unserem Territorium im Exil leben oder geflüchtet sind, besser bewachen.
Es werden die Maghreb-Länder (N/W-Afrika)sein die sich am aufmerksamsten an den vier Punkten interessieren werden, und vorallem am fünften Punkt.In Frankreich leben 740.000 Algerier, 420.000 Marokkaner und 190.000 Tunesier...
Am 14.September nach seiner Rückkehr aus Algier versammelt Jacques Chirac den Sicherheitsrat.Am selben Tag soll der Premier-Minister den Plan des französischen Gegenangriffs aufdecken...
Einige Minuten ehe er das Wort auf den französischen Radiosendungen nimmt, gibt es eine Explosion auf den Champs-Elysées.Die CSPPA sowie eine neue Gruppe: die Partisananen des Rechts und der Freiheit.Am 15.September explodiert eine Bombe im grossen Saal der Kraftfahrzeugbriefe innerhalb der Polizeipräfektur von Paris:es gibt einen Toten und 51 Verletzte.
Die Regierung, durch die Stimmen seiner Ministern, hört nicht zu wiederholen: "Wir werden der Gewalt nicht nachgehen."
Am 17.September explodiert vor dem Geschäft Tati eine Bombe.Die rue de Rennes ist vollgestopft mit Leuten:es gibt sieben Tote und 52 Verletzte.Der Sicherheitsrat tagt in einer Notsitzung.
Einer der Polizisten die Robert Pandraud nach Algier suchen gegangen ist, wird im vorliegenden Fall der Bischof Hilarion Capucci sein.Capucci wird nach Paris kommen und sich mit Pandraud treffen.Erstes Thema des Bischofs:man muss schnell handeln.Er sagt er sei bereit Frankreich zu helfen und er habe die Möglichkeit jeden Staatsoberhaupt des Nahen-, und Mittleren Ostens zu treffen und mit ihm zu reden.Und er schlägt vor:"Ich kann Georges Ibrahim Abdallah treffen und ihn überzeugen dass er eine Videokassette macht, indem er die Attentate verurteilt - ich kann dies ebenfalls vom syrischen Präsidenten Hafez el-Assad erreichen - ich kann die Familie Abdallahs in Kubayat besuchen und seine Brüder über sein Schicksal versichern...
Am 20.September gibt es ein neues Treffen im Innenministerium.Der Vorschlag der Videoherstellung wird abgeschlagen.Dann gibt es einen neuen Vorschlag des Bischofs:Er ist bereit die Familie von Georges Ibrahim Abdallah in Kubayat

zu besuchen - er werde diesen Schritt aber nur machen "nachdem" er den Gefangenen getroffen habe.Wenn er Abdallah sehen kann, wird er dem Präsidenten Hafez el-Assad die Sache in Damaskus darstellen.Es ist klar:für Hilarion Capucci liegt der"Schlüssel"in Damaskus.Georges Ibrahim Abdallah ist in Wirklichkeit nur ein Spielstein.Am 21.September gibt es im Gefängnis der Santé zwei neu Angekommene:Varoudjian Garbidjian und Anis Naccache.
So befinden sich also die "drei", von denen der CSPPA die Befreiung fordert, unter demselben Dach.Aber Abdallah ist weiterhin der Einzige der eine Totalisolation "geniessen" kann.Diese dreifache Haft in dem selben Gefängnis ist in dem Moment keinem bekannt.
"Meine Organisation und meine Brüder haben niemals Volksziele angegriffen.
Sie haben stets amerikanische und israelische Interessen angegriffen...
Meine Brüder können ihre Hand nicht in den Attentaten haben, die euer Land trifft, vorallem den der rue de Rennes...
Sogar um mich zu befreien würden sie dies nicht tun.Ja, meine Brüder waren an der Entführung von Peyrolles beteiligt, um meine Befreiung zu erreichen: dies ist ein logischer Akt im Libanon...
Aber die heutigen Attentate sind die Tat einer höheren Gewalt...
Es gibt bestimmt ein Problem zwischen euch und einem Staat...
Ihr müsst euch an diesen Staat wenden."

Dies sind im wesentlichen die Antworten Abdallahs während seiner verschiedenen Verhöre.Sechs "Speziale" der Ueberwachung des Territoriums haben sich abgewechselt um den Gefangenen zu"bedrängen".Am 21.September mit der "autoritären Erlaubnis" des Richters Marsaud gibt es ein Gegenüber von Garbidjian mit Abdallah...
Gebührend "abgehört", gibt es eine brüderliche Umarmung der zwei Männern.
Gesprochen wird über den Schnurrbart des einen und den Bart des anderen.Sie schreiben sich kurze Mitteilungen in arabisch.Es kommt aber nichts heraus.
Dieser Moment wählt ihr gemeinsamer Anwalt, Vergès, um seine "Manipulation des Gegenangriffs" zu starten.Er schickt Telegramme an den Präsidenten der französischen Republik, an den Präsidenten Gemayel in Beirut, an den Präsidenten Chadli in Algier!Das ganze Unternehmen sollte auf der Medienwirkung beruhen.So lautet der Text des dreifachen Telegramms, der darauf abzielte die allgemeine Meinung hier und vorallem die der anderen Seite des Mittelmeers zu zerrütten:
"Ich habe die Ehre euch mitzuteilen dass die Verfassung und Gesetze der Republik verletzt wurden, die von allen zivilisierten Völkern anerkannt wurden.
Der Verantwortliche der Wärter weigert sich dem Anwalt des libanesischen Staatsangehörigen G.I.Abdallah eine regelmässige Besuchserlaubnis zu geben, der sich momentan in Untersuchungshaft im Gefängnis der Santé befindet.
Andere Rechtsanwälte des Anwaltstands von Paris sind Zeugen dieser Verweigerung.Der Oberstaatsanwalt ist informiert.Ich fürchte um das physische Wohlsein meines Klienten und sogar um sein Leben.Ich bitte euch im Namen des Respekts der Republikgesetze zu handeln, dessen Schützer ihr seid."
Der "Streich" der Telegramme hat einen grossen Widerhall im Libanon und in den "Brüderländer"...
Sollte Abdallah wirklich in Gefahr sein?Hat man ihn "selbsmordiert", oder ist er "beim Essen seiner Suppe erstickt"?
Es gibt einen einzigen positiven Punkt:nach der rue de Rennes gibt es keine Attentate mehr - ausser in Beirut wo der Militärbevollmächtigte der französischen Botschaft, Christian Gouttierre ermordet wird.Aber Beirut liegt weit entfernt.So musste also alles drangesetzt werden um die öffentliche Meinung nicht glauben zu lassen, dass Abdallah schlechte Handlungen erlitten hatte.
So kommt es dass nach einem neuen Treffen des Bischofs mit Pandraud, dieser ihm erlaubt sich am selben Abend mit Abdallah zu treffen.Der Richter Marsaud erteilt seine Erlaubnis.Hilarion Capucci hat den Franzosen etwas klar gemacht:
"Ihr seid in einem Dreieck gefangen.Eine der Spitzen ist die Farl, die andere Syrien und die dritte ist der Iran.Ich habe eure Verbindungen mit dem Iran überprüft.Sie sind nicht gerade die Besten.Und es handelt sich noch um etwas anderes.Euer einziges Rettungsboot, so erscheint es mir ist Syrien..."
Zu der Zeit war das wichtigste die "Gerüchte" über den Fall Abdallah zu unterbinden.Hilarion Capucci wird sich also am selben Abend zu dem Gefängnis der Santé begeben und sich einen kurzen Moment mit Abdallah treffen...
Am 23.September sagt Capucci über sein Treffen:"Er will nicht geschwärzt aus dieser Geschichte herauskommen.Sein Name und sein Einsatz sind völlig fremd gegenüber den Toten die auf dem Bürgersteig lagen...Man muss woanderes suchen als in seiner Familie."Als Capucci Pandraud verlässt teilt er ihm mit:
"Am 5.Oktober werde ich in Damaskus sein und am 6.Oktober werde ich mich mit dem Präsidenten Hafez el-Assad treffen."Am 22.September erhält Jacques Chirac

aus Damaskus einen Telephonanruf des syrischen Vize-Präsidenten Abdel Halim Khaddam.Der Premier-Minister wird später sagen:"Es war 22 Uhr.Khaddam hat mir gesagt:"...Wir sind über die antisyrische Kampagne verärgert.Ihr wisst dass wir die Attentate in Paris verurteilt haben, genau so wie die Ermordung des Militärattachéin Beirut.Wir möchten gern dass ihr uns einen vertrauenswürdigen bevollmächtigten Gesandten schickt..."
Am 23.September fliegt Michel Aurillac, Minister für Zusammenarbeit nach Damaskus.Später folgt ihm ein ehemaliger Offizier des SDECE, Menuet.
Die Syrer sind, ihrerseits, bereit alles zu tun, und wenn notwendig die Mitglieder der Familie Abdallah physisch umzubringen...
Menuet bringt sie davon ab, es genügt sie zu "neutralisieren".Er wird mit den Verantwortlichen des syrischen Geheimdienstes, Mohamed el-Khouly, Ali Douba und Ghazi Kanaans einen Plan ausarbeiten, in dem die Familie Abdallah neutralisiert werden soll.Im Austausch wird el-Khouly die Franzosen fragen die Pressekampagnen gegen Syrien und el-Khoulys Rolle im syrischen System zu mildern.Der General Ghazi Kanaan, erhält die Aufgabe das Netz der Farl zu "überwachen".Frankreich wird im Austausch - und das war die Aufgabe Aurillacs-Syrien weiterhin mit Getreide liefern, es hat sich bereit erklärt Syrien nicht auf dem internationalen Plan zu behindern, indem sie sich nicht an der "Exkommunizierungs"-Forderung der Briten beteiligt.
Konkretes Zeichen dieses Abkommens:
Die französischen Minister werden gemeinsam erklären:Es gibt keine Anzeichen dafür dass Syrien etwas mit der Attentatswelle zu tun hat...Es gibt keinen Beweis.
Inzwischen hatten die"Speziale" des DST Georges Ibrahim Abdallah fast "gebrochen".Als er von Vergès Telegramme hört kommt er wieder zu sich und sagt zu seinen "Ausfragern":
"Ihr seid für die Medienkampagne verantwortlich, die meine Brüder in die Attentatswelle verwickeln...Dies sind alles nur Machenschaften.Und übrigens was die Organisation betrifft die sich CSPPA nennt, von ihr habe ich noch nie etwas gehört..."
Der Richter Alain Marsaud machte später zahlreiche Reisen um Beweise zu sammeln, aus denen klar werden sollte dass die Gebrüder Abdallah öfters nach Frankreich kamen und dann wieder verschwanden.Marsaud hat sie gesucht und hat auch zahlreiche gefunden.Später wurden auch noch handgeschriebene Zeilen von Georges Ibrahim Abdallah in einem Auto gefunden, das dazu gedient hat den Anschlag auf den amerikanischen Konsul in Strassburg vorzubereiten.Es ist das erste Mal dass Beweise gefunden wurden in denen Abdallah konkret in ein Attentat verwickelt ist.Dazu kommen starke Vermutungen zu den Morden an Charles Ray und Yacov Barsimantov im Frühling 1982...

LE POINT 22/02/1987

Die französische Regierung hat durch eine Verfügung des 22.Dezember 1986 die Verteilung und den Verkauf der Zeitung "Al Badil" verboten.Es ist die Zeitung der algerischen demokratischen Bewegung, die von Beb Bella geführt wird.In diesem Fall handelt es sich natürlich um den geforderten Preis des Unterdrückungsregimes von Chadli der dies im Austausch für seine guten Dienste für die französische Politik im Nahen Osten erhält, und vor allem in der Frage der Geiseln.

Le Bolchevik Februar 87

Staatsbelangen wegen zwaar door in rekwisitoor tegen Abdallah

Abdallah weldra vrij, na eis van slechts tien jaar?

Politiek beheerst de debatten voor hof van assisen

Abdallah valt uit tegen het Westen

Assisenhof

Opzienbarend verdict: levenslang voor Abdallah

Onderdirekteur Franse contraspionage:

Abdallah maar kleine chef van clankommando

Proces-Abdallah: touwtrekken aan twee kanten

Franse politie was onwetend over akties van contraspionage

chronologies uit de Standaard (België) van 24-02 / 02-03 1987

PARIJS — Van bij de start van het proces-Abdallah domineert politiek de debatten. Twintig minuten lang heeft Georges Ibrahim Abdallah gisteren in het assisenhof van Parijs gefulmineerd tegen het Westen en tegen de „yankee-imperialisten". Wat hij zei was voorspelbaar, maar ongewoon was dat een dergelijk politiek manifest in extenso in de rechtszaal werd voorgedragen. Abdallah heeft gisteren zelf zijn proces gedramatizeerd en nadat hij vanop de tribune zijn verdoemenis had uitgespuwd, bleef hij verder weg uit de rechtszaal.

Georges Ibrahim Abdallah, 36 jaar, wordt beschuldigd van medeplichtigheid aan moord en aan moordpoging op drie diplomaten. Hij wordt beschouwd als de leider van de FARL, de Libanese Gewapende Revolutionaire Frakties.

Het werd muisstil in de zaal waar het biezondere assisenhof gehouden wordt (enkel magistraten, geen jury), toen voorzitter Maurice Colomb, na voorlezing van de „akte van beschuldiging", aan de beschuldigde de mogelijkheid bood om te reageren.

U bent hier niet om over politiek te praten, zei Abdallah tot zijn rechters, u wilt enkel een oordeel uitspreken, in uw juridisch jargon, over de akties die de vrede van uw orde hebben verstoord. Mijn land, heren rechters wordt bezet, ging Abdallah verder en de bezetters komen uit het Westen, zij hebben blonde haren en heldere ogen...

Effekten

Abdallah sprak met stille stem, traag, met veel aksenten, en met het soort oratorische effekten die men in deze assisenzaal zo graag hoort. Gekleed in een kaki vest, lichtjes voorovergebogen, leek het alsof hij sommige toehoorders nog probeerde te overtuigen. Wat men voordien had gelezen als een pleidooi dat overliep van haat, klonk in het assisenhof als de lokroep van een sirene. De tekst die voordien in een Frans weekblad was verschenen, had sarkastisch geklonken. Gisteren echter werden de zeven, van buiten geleerde velletjes, gereciteerd op een zachte, nadrukkelijke, bijna charmerende toon. Maar wat hij zei was agressief, haatdragend, provocerend; het was de snijdende tirade van een groot-inquisiteur.

Veertig jaar al zijn wij het slachtoffer van de imperialisten... Elk westers wapen is al uitgetest bij mijn volk. Iedere dag sterven er mensen, iedere dag zijn er vliegtuigen en schepen die dood en vernieling brengen.

Tot de rechters zei Abdallah: uw jurisdiktie werd tot de orde geroepen door de Reagan-administratie. Omdat ik de gewettigdheid verdedig van de akties waarvan jullie mij beschuldigen, moeten jullie mij nu kriminalizeren. U doet wat van u gevraagd werd maar ik zeg u: ofwel is er vrede voor heel het Arabisch volk, ofwel is er nergens en voor niemand nog vrede...

Namibië, El Salvador, Grenada, Zuid-Afrika, de „uitroeiing" van Arabieren, Afrikanen, Aziaten, Latijns-Amerikanen: alles mocht Abdallah gisteren ter sprake brengen.

Tolerantie

Toen Abdallah uitgeraasd was merkte voorzitter Colomb op dat de rechtbanken van het zo gehate Westen toch maar blijk geven van een tolerantie die elders niet bestaat, en dat hij hoopte dat Abdallah nu even tolerant naar de tegenpartij zou luisteren... Nog één keer repliceerde Abdallah: luisteren naar de tegenpartij is niet nodig, als men bestookt wordt met fragmentatiebommen... Op eerdere vragen naar identiteit, leeftijd en beroep had Abdallah telkens enkel een stereotiep antwoord

gegeven: ik ben een Arabische strijder. Ten overvloede bleek gisteren de kloof tussen de rechtbank en deze maronitische kristen, Palestijn in Libanon, militant op het raakvlak van het marxisme en het Arabisch nationalisme.

Eigenlijk had Abdallah geen geluk, met deze tirade tegen de US-Navy „die klaarligt om Beiroet aan te vallen", uitgerekend op de dag dat Syrië de Libanese hoofdstad binnentrekt en de Arabische Amal-broeders de Palestijnen belegeren en uithongeren. In zijn wederwoord maakte advokaat-generaal Pierre Beachlin een nauwelijks bedekte allusie op dit soort Arabische steun aan de Palestijnse zaak. Overigens noemde de vertegenwoordiger van het openbaar ministerie de tirade van Abdallah alleen maar de nieuwste versie van „een bekende dialektiek die het debat verplaatst". U zou een loyale tegenstander kunnen zijn, zei de advokaat-generaal, u wordt niet vervolgd als militant of wegens uw overtuiging, maar wegens medeplichtigheid aan moord en moordpoging.

Beul

Aangrijpend in zijn repliek was mr. Georges Kiejman, de vertegenwoordiger van de burgerlijke partij. De beul van de oorlog tegen mijn volk wordt hier voorgesteld als slachtoffer, had Abdallah van hem gezegd. Kiejman die als socialistisch advokaat tot de vrienden van president Mitterand wordt gerekend verdedigt hier de belangen van de VS-regering en van de familie van de doodgeschoten lt.-kol Ray. In zijn schotschrift had Abdallah overigens de sociaal-demokraten „de naamgenoten van de kriminele yankees" genoemd.

In een bewogen tussenkomst vroeg Kiejman dat de voorzitter van het hof zou willen terugkeren tot de feiten, en hij herinnerde aan de pro-Palestijnse standpunten die hij zelf, o.a. in artikels in het dagblad Le Monde, heeft ingenomen. Ook Sharon Ray, de weduwe van de vermoorde adjunkt-militair attaché die met haar twee kinderen het proces in de rechtszaal volgt, had meer dan eens moeite toen Georges Ibrahim Abdallah voor zichzelf de rol van slachtoffer opeiste.

Van de eerste dag onthouden wij nog dat de belangstelling overweldigend groot is, inbegrepen van de Britse en de Amerikaanse pers. Drie vierde van de grote assisenzaal wordt ingenomen door geakkrediteerde journalisten. Als Abdallah het proces dramatizeert, dan stelen althans de Amerikaanse tv-stations hier de show.

Het proces-Abdallah zou moeten duren tot dinsdag volgende week. Maar gisteren, kwam slechts een goeie helft van de 60 opgeroepen getuigen opdagen. De ene was ziek, de andere verlamd, een derde was in het buitenland, een vierde kon zich niets meer herinneren, van een vijfde had de politie de woonplaats niet gevonden. Hoevelen er door schrik waren bevangen, zoals in het recente proces tegen Action Directe, kon alleen maar vermoed worden. Ook de in Beiroet door de Abdalah-clan gegijzelde en later (in ruil voor niet nagekomen beloften over Abdallah) vrijgelaten Gilles Peyrolles, ex-direkteur van het Frans kultureel centrum in Tripoli, kwam niet opdagen hoewel hij cruciale elementen zou kunnen aanbrengen. Dat het proces tegen Abdallah overhaast is georganizeerd, teneinde een vonnis te hebben voor de 1ste maart als, zoals men aanneemt, het bestand met de Abdallah-clan afloopt, wordt in verband met het wegblijven der getuigen door de verdediging uitgespeeld.

Mr. Jacques Vergès die de verdediging waarneemt heeft zowel ex-premier Laurent Fabius, ex-minister van Binnenlandse Zaken Pierre Joxe, ex-minister van Buitenlandse Zaken Roland Dumas en Jean-Christophe Mitterand als getuigen laten dagvaarden. Allen bleven, gisteren althans, afwezig. Het wekt een onbehaaglijke indruk. Politiek domineert deze rechtszaak.

de brui van. De moord op Ray was weliswaar publiek opgeëist door de terreurgroep FARL, maar alle sporen (van België tot Mogadiscio) waren op niets uitgelopen, zo getuigden gisteren de politie-inspekteurs.

Een eerste doorbraak kwam uit Triëste, maar de Franse politie faalde in het leggen van het juiste verband.

Op 6 augustus 1984 onderschepte de grenspolitie op de Oriënt Express de Libanees El Mansouri, reizend onder een vals Marokkaans paspoort en in het bezit van 7 kg Tsjechische Semtex-springstof die hij wilde laten doorgaan voor oosterse taartjes. Toen de vriendin, met wie hij de nacht in Ljoubljana had doorgebracht, opdook in Parijs, vond de Franse contraspionage DST het spoor dat leidde naar Abdelkader Saadi, in werkelijkheid Georges Ibrahim Abdallah.

De DST kende Abdallah en zijn FARL-terreurgroep ten minste sedert 7 april 1982, waarschijnlijk langs de omweg van wat zedig toegedekt bleef als „een buitenlandse inlichtingendienst". Maar zelfs toen de politie hem aanhield op 24 oktober 1984, bleef de contraspionage zwijgen. Abdallah werd in Lyon enkel vervolgd en later veroordeeld wegens kleinere delikten.

Gijzeling

Ook in de zomer van 1985 speelde de contraspionage een beslissende rol. Op 23 maart 1985 was in Tripoli Gilles Peyrolles ontvoerd, de direkteur van het Frans kultureel centrum. Peyrolles zegt in het dossier dat één van zijn bewakers Abdallahs broer Maurice en een andere Jacqueline Esber was, de vriendin van Georges Ibrahim. Beiden beweerden dat de FARL de ontvoering had opgezet om Georges Ibrahim Abdallah vrij

PARIJS — De Amerikaanse lt.-kol. Charles Ray, adjunkt-militair attaché in Parijs, werd vermoord op 18 juli 1982. Op de tweede dag van het proces tegen de vermoedelijke medeplichtige, de Palestijn Georges Ibrahim Abdallah, kregen de 7 beroepsrechters van het biezonder assisenhof in Parijs gisteren te horen dat het onderzoek in de affaire-Ray tot drie keer toe stilviel. Dat er toch een proces wordt gevoerd, is het gevolg van toeval en van tussenkomst van buitenaf: door ingrijpen van de VS-ambassade en door waarschijnlijk meer dan één beslissende tip van de Franse contraspionage (DST).

In mei 1984 gaf de kriminele brigade van de Parijse politie er

te krijgen, die zij „een grote vis" noemden. Peyrolles komt even-

wel die verklaring ter zitting niet herhalen.

Hoe dan ook, Georges Ibrahim Abdallah werd op dat moment in Frankrijk zo weinig ten laste gelegd, dat de socialistische ministers de door de FARL gevraagde ruil met Peyrolles in overweging zouden genomen hebben. Vermits ook de politici Fabius, Joxe en Roland Dumas verstek laten gaan, valt de juistheid van die bewering niet te achterhalen. Wel staat vast dat Gilles Peyrolles inderdaad op 2 april 1985 werd vrijgelaten, terwijl Abdallah gevangen bleef... nadat het moordwapen in de zaak-Ray was gevonden. De verdediging van Abdallah noemt die vondst honend „een mirakel". Gisteren hoorde het hof opnieuw dat de DST-contraspionage hierbij een beslissende rol heeft gespeeld.

Na twee bomcampagnes in december 1985 en in februari-/maart 1986, was Abdallah in de zomer van verleden jaar voor de derde keer virtueel witgewassen van de moord op Charles Ray, waarvoor een buitenvervolgingstelling op dat moment in de lucht hing. De vondst van het moordwapen in een appartement dat hij, naar Abdallah in het dossier beweert, nooit heeft bewoond, gold immers niet als bewijs dat hij zelf had geschoten. Het correctorflesje waarop zijn vingerafdrukken waren aangetroffen, had in een valiesje gestoken dat door iemand anders in die studio kon gebracht zijn. En toen maanden later het moordwapen uit de verzegelde verpakking werd gehaald, bleek het gewikkeld te zijn in een dagblad, gedateerd na de aanhouding van de beschuldigde... Wie twijfel wilde zaaien (of een vrijlating voorbereiden), kreeg alle argumenten voorgeschoteld.

Bewijsmateriaal

En toch ging de buitenvervolgingstelling niet door. Toen de Verenigde Staten zich in juli 1986 burgerlijke partij stelden in de zaak-Ray, na de veroordeling van Abdallah tot slechts vier jaar door de korrektioneie rechtbank van Lyon, werd de onderzoeksrechter plots verplicht bewijsmateriaal te ontzegelen dat reeds op... 19 september 1985 in beslag was genomen. Op die datum had de Joegoslavische politie een achtergelaten Franse CX-auto aangetroffen op een parking in Belgrado. De auto bleek op 9 maart 1984 door Abdallah en diens vriendin Jacqueline Esber in Lyon te zijn gekocht. Wat meer is: in de auto lagen twee zakken met bewijsmateriaal tegen Abdallah, o.a. een stadsplan van Straatsburg waarop grafologen het geschrift van de beschuldigde meenden te herkennen in de aanduiding van de plaats waar de FARL meer dan een jaar eerder (26-3-84) een aanslag hadden gepleegd tegen VS-konsul-generaal Homme.

Wie had deze keer het bewijsmateriaal op een gouden schoteltje geprezenteerd?

Twee Amerikaanse en een Israëlische diplomaat werden het slachtoffer van moord en moordpoging, telkens opgeëist door de terreurgroep FARL. In het biezondere assisenhof van Parijs wordt een verhelderend beeld opgehangen van de terroristen die van de FARL deel uitmaakten, en van hun klaarblijkelijke beïnvloeding door geheime diensten.

Maar over de schuld van Georges Ibrahim Abdallah blijft de rechtzitting uitermate vaag. Voor de zes assesoren die evenmin als het publiek het dossier kennen, blijft het onderzoek ter zitting nochtans de enige mogelijkheid tot het vormen van een oordeel.

Zal dit assisenhof de volledige waarheid (willen) kennen? Vijf jaar na de feiten kan men alleen maar vaststellen dat in Frankrijk — ter wille van welke belangen? — van twee verschillende kanten druk wordt uitgeoefend: voor zijn aandeel in de zaak-Ray hebben sommigen Georges Ibrahim Abdallah willen vrijlaten, tot drie keer toe. Tot drie keer toe hebben anderen ervoor gezorgd dat hij aangehouden bleef en toch nog voor de rechter moest verschijnen.

PARIJS — Welke rol speelt de Franse contraspionage DST in de zaak-Abdallah? Het ene moment krijgt men de indruk dat de DST bezwarende elementen tegen Georges Ibrahim Abdallah voor de politie geheim hield, om een eventuele ruil met de gijzelaars in Libanon niet te bemoeilijken. Het andere moment ziet men de DST ineens zelf het bewijsmateriaal „vinden", op het ogenblik dat Abdallahs vrijlating nakend lijkt. De onderdirekteur van de DST die gisteren tegen Abdallah kwam getuigen, slaagde er in alle geval in zowat iedereen in de Parijse assisenzaal, inbegrepen het openbaar ministerie, tegen zich in het harnas te jagen met zijn opzienbarend getuigenis dat Georges Ibrahim Abdallah helemaal niet de „grote vis" is die sommigen ervan willen maken.

„Dit is nieuw, dit is buitengewoon", riep advokaat-generaal Pierre Baechlin gisteren uit na het getuigenis van Raymond Nart, kontroleur-generaal (in feite onderdirekteur) van de Franse contraspionage DST, de Direction de la Sécurité du Territoire. En mr. Kiejman, die de burgerlijke partij vertegenwoordigt, vroeg hevig geëmotioneerd of er eigenlijk wel een aanslag was gepleegd tegen drie diplomaten. Georges Ibrahim Abdallah die afwezig blijft uit de rechtszaal, leek wel helemaal vervluchtigd te zijn tot een ongevaarlijke schim.

Raymond Nart getuigde gisteren onder eed dat Georges Ibrahim Abdallah maar een kleine verantwoordelijke was, enkel een „animateur de réseau", en dat zijn organizatie, de FARL, slechts „een dissidentie van een dissidentie van het Volksfront voor de Bevrijding van Palestina" is.

„Abdallah was een slechte chef" voegde Nart eraan toe „want hij heeft zich laten oppakken. Ik geloof niet dat de FARL een belangrijke groep is. Het is alleen een familiekommando, dat enkele aanslagen pleegde om geloofwaardigheid te verwerven".

Uitleg

Dat de DST, afhankelijk van eigen beoordeling en afhankelijk van ontwikkelingen buiten

Frankrijk (en politieke konstellaties binnen Frankrijk) bezwarende elementen resp. achterhoudt of vooruitschuift, werd gisteren door kontroleur-generaal Raymond Nart tegengesproken met een technische uitleg.

Uit het dossier blijkt dat de DST reeds ten minste op 7 april 1982 Abdallah en zijn FARL kende, maar de politie in het ongewisse liet. Ook is ter zitting herhaaldelijk beweerd dat men, dank zij een Zwitsers checkboekje, al op 18 januari 1985 het vermeende onderduikadres van Abdallah in Parijs kende, terwijl de DST er pas op 2 april het wapen vond waarmee de Amerikaanse diplomaat Ray werd vermoord.

Gesuggereerd was daarbij dat de „vondst" van het moordwapen door de DST op 2 april 1985 om 10 uur, de plannen doorkruiste van de regering-Fabius waardoor Abdallah op vrije voeten moest komen in ruil voor de vrijlating in Beiroet van de Franse gijzelaar Gilles Peyrolles die acht uur tevoren had plaatsgegrepen (2 april 1985 om 0 u. 50)

De technische uitleg die Raymond Nart ter verantwoording gaf, bevredigde niemand. De 50-jarige onderdirekteur maakte het onderscheid tussen „information" en „renseignement", beweerde dat drie rogatoire kommissies naar Genève nodig waren geweest om de bestemmeling te achterhalen van de uit Zwitserland betaalde huishuur, dat de DST weliswaar Abdallah en de FARL kende maar dat de rapporten van de buitenlandse inlichtingendiensten geen adres hadden bevat waar Abdallah in Frankrijk kon gevonden worden, enz. Ook beweerde Nart dat de DST net andersom werkt dan een gewone politie, nl. vertrekkend van en persoon en niet van een misdrijf.

Hij getuigde nog dat de contraspionage niet de opdracht had gekregen de daders van de aanslag op te sporen. En ook dat er „meer dan 3.000 Abdallah's voorkomen in het computerbestand van de DST. Maar hoeveel heten er Georges Ibrahim en zijn afkomstig uit het Libanese dorp Koubayat?" De zo talrijke, zeer konkrete details uit de DST-rapporten die men hier al hoorde, maakten het verweer van de onderdirekteur niet erg geloofwaardig.

De aanklacht tegen Abdallah steunt op drie elementen: de vondst van het moordwapen, een grafologische analyse van twee woorden op het stadsplan van Straatsburg en de 492 processen-verbaal die de DST opstelde.

Over het moordwapen werd de afgelopen dagen al twijfel gezaaid. Vermits een assisenproces mondeling wordt gevoerd, gelden daarenboven de 492 pv's van de DST slechts in de mate dat ze ter zitting niet worden tegengesproken. De ommzwaai van de DST-topman ter zitting wordt dan ook druk bekommentarieerd.

Is de DST een mild vonnis aan het mogelijk maken, zodat de Franse regering op een elegante manier een potentieeel lastige klant over de grens kan zetten? Is het hele spel al gespeeld?

Een week geleden nog was in Parijs een mild vonnis tegen Abdallah het meest genoemde scenario geweest. Maar de afgelopen dagen was een zwaardere straf ineens mogelijk gebleken, nu het gevaar voor een nieuwe bommencampagne door de Abdaallah-clan in Frankrijk wellicht is afgenomen door het wegvallen van logistieke steun van Action Directe, en nu de Franse regering in Libanon opnieuw van staat tot staat kan onderhandelen na het binnentrekken van Syrische troepen in Beiroet „waardoor naar men hoopt de FARL minder schimmig zal worden".

Deze recente ontwikkelingen zouden de DST tot haar opzienbarende ommezwaai hebben aangezet. In deze gedachtengang blijft het kwijt geraken van een lastige klant het uiteindelijke doel, maar het plots denkbaar worden van toch een strenge straf zou de contraspionage hebben aangezet tot deze anders onbegrijpelijke en zo zichtbare ommezwaai.

Het zou niet de eerste keer zijn dat de DST in deze zaak zelf het vuur blust dat zij zelf zo hoog heeft laten oplaaien.

PARIJS — Zaterdag reeds valt het arrest in het proces-Abdallah, drie dagen eerder dan verwacht. Nadat het onderzoek naar de aanslagen tegen drie diplomaten vijf jaar aansleepte en tot drie keer toe zo goed als stil viel, wordt alles sedert een paar dagen tegen versneld tempo afgehandeld. Morgenavond verstrijkt immers het officieus bestand dat de Franse overheid in september 1986 met de Abdallah-clan zou gesloten hebben. Naarmate 1 maart nadert stijgt tevens de spanning rond de strafmaat. Ondertussen worden al maneuvers voorbereid die een nieuw proces tegen Abdallah moeten mogelijk maken, in het geval de Franse justitie een te mild oordeel zou vellen over de huidige beschuldiging.

Parijs heeft schrik voor de Abdallah-clan en meent dat zowel de snelheid waarmee het assisenproces wordt gevoerd als de afloop ervan zullen bepalen of er een nieuwe bommencampagne begint in de Franse hoofdstad.

Naast de weduwe van de vermoorde luitenant-kol. Ray en mr. Kiejman die als burgerlijke partij de belangen van de Verenigde Staten verdedigt, volgen drie VS-ambtenaren in de rechtszaal de debatten. Twee terreur-specialisten van het ministerie van Buitenlandse Zaken en van Justitie zijn speciaal uit Washington overgekomen en volgen het verloop binnen het pretorium van de grote assisenzaal. Ook de VS-media blijven in groot aantal aanwezig.

Test

Het verloop en de uitspraak in de zaak-Abdallah worden in brede kring beschouwd als een test voor de onafhankelijkheid van de justitie en voor de mogelijkheid om terreur-misdrijven te bestraffen, ongeacht politieke en commerciële belangen, ongeacht ook het feit dat nog Franse burgers in Libanon gegijzeld zijn.

Een zware straf kan geïnterpreteerd als een uitnodiging aan de Abdallah-clan om de vrijlating van Georges Ibrahim af te dwingen door een nieuwe bommencampagne. Na eerdere campagnes in december 1985 en in februari/maart 1986, kwamen

er in september 1986 bij diverse bomaanslagen in Parijs tien mensen om het leven en werden er 160 gewond. Een „zware" straf betekent ook dat de regering-Chirac voor lange tijd opgezadeld blijft met een op veel gebieden hinderlijke klant.

Een „milde" straf zou ongetwijfeld slecht ontvangen worden door diegenen die, althans in publieke verklaringen, aandringen op een rechtlijnige veroordeling van terroristen. De Verenigde Staten stelden zich reeds burgerlijke partij tegen Abdallah na een te mild geacht vonnis van de korrektionele rechtbank in Lyon in juli 1986. Bij een te licht arrest in de huidige assisenzaak zouden de VS thans de vrijlating van Abdallah opnieuw kunnen verhinderen, door een nieuwe burgerlijke partijstelling inzake de door de FARL opgeeïste moordaanslag van 12 november 1981 op Christian Chapman, destijds de nr. 2 op de VS-ambassade in Parijs.

Dokument

In een nieuwe *coup de théatre* heeft mr. Kiejman hier immers een dokument te voorschijn getoverd waarin de aan het persbureau Reuter in Beiroet overhandigde handgeschreven opeising door de FARL is vervat van die mislukte aanslag. Een vergelijking van dit handschrift met dat van de „Arabische strijder" die hier terecht staat, wijst volgens Kiejman duidelijk uit dat de FARL-opeising geschreven werd door Georges Ibrahim Abdallah zelf.

Na protest van Abdallahs verdediger die in de laattijdig door de burgerlijke partij, verdediger van de VS-belangen voorgelegde FARL-opeising, de hand meent te zien van de CIA, weigerde voorzitter Colomb de gevraagde schriftanalyse en werd het schijnbaar zeer bezwarende FARL-dokument niet bij het huidige dossier gevoegd.

Wat meteen de mogelijkheid openlaat voor een nieuwe burgerlijke partijstelling door de Verenigde Staten in de zaak-Chapman. In geval van een te mild geacht arrest zou bijgevolg Washington een middel achter de hand houden om de vrijlating van Abdallah te verhinderen. Zelfs na een milde uitspraak zou aldus de bedreiging van een nieuwe bommencampagne in Parijs blijven bestaan.

Het bestand dat de Franse regering in september 1986 met de Abdallah-clan zou gesloten hebben, overschaduwt de laatste dagen van het assisenproces. Ook een andere overeenkomst met de terroristen kwam gisteren ter sprake, in het voor Georges Ibrahim Abdallah bezwarende getuigenis van Gilles Sydney Peyrolles, destijds de direkteur van het kultureel centrum van Frankrijk in Tripoli.

De 34-jarige Peyrolles, thans geakkrediteerd in Glasgow, werd op 25 maart 1985 ontvoerd in Tripoli en kwam op 2 april vrij. Dank zij onder andere een introduktie op het Elyssee, via de vriendschap van Peyrolles vader, de schrijver Gilles Perrault, met Regis Debray, had de regering Fabius ingestemd met zijn ruil voor Georges Ibrahim Abdallah, maar zoals men weet ging het Franse deel van die overeenkomst niet door, nadat de Franse contraspionage bij mirakel op dezelfde 2de april het moordwapen vond in de zaak-Ray.

Gilles Peyrolles getuigde gisteren onder eed dat zeker drie van zijn ontvoerders leden van de Abdallah-clan waren: de broers Maurice en Robert, evenals een familielid El Koury die hij beschouwt als de leider van zijn ontvoerders. Dit drietal herkende hij ter zitting op foto's. Minder affirmatief is hij in het herkennen van de vierde vrouwelijke bewaakster, die wellicht Abdallahs vriendin was, Jacqueline Esber.

Peyrolles bevestigde voor het hof dat zijn ontvoerders zegden tot de FARL te behoren en hem ontvoerden om de vrijlating te bekomen van Abdel Kader Saadi, de naam waaronder Abdallah op dat moment nog in Lyon werd vervolgd. Onder eed getuigde Peyrolle dat zijn FARL-ontvoerders zich beroemden op de aanslagen tegen Ray, Barsimantov en Homme, maar hij is niet zeker of ze dat ook deden over Chapman. In details over Parijs, de TGV, en CX-autos' lieten zijn ontvoerders blijken geregeld in Frankrijk te verblijven. Ook merkte Peyrolles vanaf de derde dag van zijn gijzeling dat over hem onderhandeld werd.

Peryrolles zegt vooral verbaasd te zijn geweest, toen bleek dat de ontvoerders maronieten en geen moslims. Ook in het verhaal van zijn vrijlating beluisterde men de anarchie in Libanon.

Bedoeling was dat Abdallah niet in Beiroet maar in Algiers zou vrijkomen, wat de Abdallah-clan een „veilige bestemming" vond. De vrijlating van Peyrolles was gepland, maar verliep anders dan voorzien. Na palavers met wantrouwige boeren in een klein dorp in het noorden van Libanon, waarbij de versie dat Peyrolles een gevangen Israeli was, blijkbaar niet werd beloofd, werden twee overblijvende gewapende bewakers en Peyrolles overgebracht naar een lokaal van de onder Syrische autorieten opererende Mouhabarat en van naar Baalbek in het centrum van de Becaa-vallei.

Het was niet de geringste paradoks in de Libanese belevenissen van Peyrolles dat zijn ontvoerders, maronitische kristenen, hem uiteindelijk vrijlieten onder de foto van Amalleider Nabi Berri, een moslimfundamentalist Khomeini.

PARIJS — „Met de dood in het hart" heeft advokaat-generaal Pierre Baechlin gisteravond „niet meer dan tien jaar gevangenisstraf" gevorderd tegen Georges Ibrahim Abdallah, beschuldigd van medeplichtigheid aan moord en moordpoging op drie diplomaten. In het Parijse Justitiepaleis zag men gisteravond dit rekwisitoor als de bevestiging dat de „raison d'Etat" ten volle speelt: door samenloop met zijn straf in Lyon en door vroegtijdige vrijlating wegens „goed gedrag" kan Georges Ibrahim Abdallah reeds binnenkort een vrij man zijn. Het verdikt valt vandaag.

Het echte rekwisitoor werd in het biezonder assisenhof van Parijs gisteren uitgesproken door de burgerlijke partij, vertegenwoordiger van de weduwe Ray en van de belangen van de Verenigde Staten. De laatste dag voor het arrest stond de tweestrijd opnieuw centraal tussen mr. Jacques Vergès, advokaat van Abdallah, en mr. Georges Kiejman, burgerlijke partij.

Wat advokaat-generaal Pierre Baechlin slechts omfloerst kon insinueren, werd door mr. Kiejman met luide stem aangeklaagd: er werden obstakels opgeworpen en de politieke kontekst waarin dit proces is gevoerd, speelde daarbij een rol. In

zijn dubbele funktie van politie- en inlichtingendienst heeft de Franse contraspionage eigen doelstellingen beoogd; belangrijke getuigen zijn ter zitting niet gehoord, of konden niet tijdig bereikt worden; en vanuit strikt gerechtelijk standpunt was het waterdicht beschot niet te verantwoorden dat te lange tijd werd gehandhaafd tussen de Abdallah-dossiers inzake Ray, Barsimantov en Homme.

Bewijs

In een logisch opgebouwd betoog dat de reeds bekende elementen van het dossier hernam, pleitte Kiejman dat Georges Ibrahim Abdallah wel degelijk lid was van de FARL. Het ultieme bewijs vindt de burgerlijke partij in het vonnis van de korrektionele rechtbank van Lyon, waartegen Abdallah niet eens beroep aantekende.

Dat die Libanese Gewapende Revolutionaire Frakties de aanslagen hebben uitgevoerd tegen Ray, Barsimantov en Homme blijkt uit hun eigen opeisingsproza. En of Abdallah, met een verwijzing naar de nog steeds druk bekommentarieerde ommezwaai van DST-onderdirekteur Nart, nu de kleine of de grote chef, generaal of korporaal is van de FARL, is in deze assisenzaak niet relevant: er bestaan geen kleine of grote doden.

Hoe belangrijk Abdallah was bij de voorbereiding van de aanslagen waarvoor hij terechtstaat, blijkt volgens de burgerlijke partij uit het netwerk van onderduikadressen dat de beschuldigde had opgezet, uit zijn grote omzichtigheid, en uit het feit dat het telkens Abdallah was die de beslissingsbevoegdheid had, bij het beheer van bankrekeningen, het huren en gebruiken van woningen, het aankopen van een auto, enz.

Uitvoerig ging Kiejman nog in op het opeisingspamflet van de aanslag tegen Christian Chapman, waarvan zelfs een oppervlakkige analyse van de handgeschreven tekst zeer opvallende gelijkenissen vertoont met het geschrift van Georges Ibrahim Abdallah.

Autentiek

De grote tegenspeler van de burgerlijke partij, mr. Jacques Vergès, betwijfelt echter of dit zeer bezwarend dokument wel autentiek is. In zijn pleidooi herhaalde hij de zwakke kanten in het dossier tegen Abdallah.

Het moordwapen tegen Ray dat op een vermeend onderduikadres van Abdallah werd gevonden, bewijst nog niet dat hij er uitstaans mee heeft. Zijn vingerafdrukken komen enkel voor op een flesje korrektor, en bewijzen niet dat hij op het appartement in de rue Lacroix heeft gewoond. Op de dag van de aanslag vindt men in geen enkel hotel van Parijs een spoor van Abdallah of van één der door hem gebruikte pseudoniemen. Anderszijds staat vast dat het een vrouw, dus zeker niet Abdallah was die op Barsimantov heeft geschoten.

De grafologische analyse waarop zijn medeplichtigheid in de mislukte aanslag op Homme wordt bewezen, steunt op slechts twee woorden die Abdallah zou geschreven hebben op een stadsplan van Straatsburg.

En dat de contraspionage zijn eigen bewijsmateriaal ter zitting is komen afzwakken, was natuurlijk alleen maar koren op de molen van Abdallahs verdediger die ook in het amateurisme waarvan Peyrolles vrijlating getuigde, een bewijs zag voor de stelling dat Georges Ibrahim niet de grote vis is die men van hem heeft gemaakt.

De twijfels rond het moordwapen tegen Ray en Barsimantov, de laattijdige beschuldiging inzake de aanslag op Homme na een door de VS gevraagde schriftanalyse, en de vragen rond de ommezwaai van de DST vormden samen met de principiële afwijzing van het opeisingsmanuscript over Chapman het verweer tegen de inhoud van het gerechtelijk dossier.

Mr. Vergès wierp echter ook een juridisch middel op: het juridisch bewijsmateriaal tegen Georges Ibrahim Abdallah is zo zwak dat het parket, na tussenkomst van de Verenigde Staten, een beroep heeft moeten doen op het dossier tegen Abdallah in Lyon.

Dat Lyonese dossier voor het assisenhof gebruiken komt neer op een tweede vervolging over dezelfde feiten **(bis in idem)**, wat strijdig is met een algemeen rechtsbeginsel en met de wet.

Na het beluisteren van de burgerlijke partij, het openbaar ministerie en de verdediging blijft, na vijf bewogen dagen, vooral de vraag welke belangen het zwaarst zullen doorwegen. Zullen de politieke belangen en invloeden, die zo sterk hebben afgestraald op deze vijf bewogen dagen van de terechtzitting, volledig afwezig blijven in de „intieme overtuiging" die zeven beroepsmagistraten vandaag zullen uitspreken?

PARIJS — Represailles tegen de 25 westerse gijzelaars in Libanon en wellicht een nieuwe bommencampagne in Frankrijk werden tijdens het weekeinde gevreesd, na de opzienbarende veroordeling tot levenslange opsluiting van Georges Ibrahim Abdallah. Het was een verrassend verdikt dat het Biezonder Assisenhof van Parijs zaterdag uitsprak. Na een vooronderzoek, een terechtzitting en een rekwisitoor die bol stonden van opportunisme en staatsbelangen (Raison d'Etat), bewezen de zeven beroepsmagistraten op een superieure manier hun integriteit en onafhankelijkheid.

Natuurlijk zal er nu beweerd worden dat het Assisenhof heeft toegegeven aan de druk van de Verenigde Staten, burgerlijke partij in dit proces. De waarheid is anders. Wie het dossier bestudeerde en het proces volgde weet dat Frankrijk tot het laatst heeft geprobeerd door manipulaties een mild vonnis mogelijk te maken.

In zijn rekwisitoor had het Openbaar Ministerie het Hof „gesmeekt" (*supplié*) niet een strengere straf dan tien jaar opsluiting uit te spreken. Bij een zware straf, zo had de advokaat-generaal gezegd, zal Frankrijk zelf gegijzeld worden. Het is ongewoon dat een rechtbank een strengere straf uitspreekt dan wat het Openbaar Ministerie vordert.

Vermits Abdallah geen verzoek tot kassatie overweegt, kan de regering-Chirac deze lastige klant alleen nog kwijtraken door een presidentiële genade-

verlening. Maar naar aanleiding van een polemiek over de gratie die hij op 5 augustus 1981 toekende aan Action Directe-leider Jean-Marc Rouillan, heeft Mitterand afgelopen week nog herhaald dat hij nog nooit gratie heeft verleend aan een veroordeelde terrorist.

De zware veroordeling van Abdallah kan ook de scenario's doorkruisen die blijkbaar in de maak waren om hem te ruilen voor de vijf Franse gijzelaars in Libanon. In zijn rekwisitoor had advokaat-generaal Baechlin gezegd dat „er hoop rijst in Libanon" en dat hij daarom, als een stafofficier, zich moest aanpassen aan het terrein.

Met hun arrest verwijzen de zeven beroepsmagistraten de *Raison d'Etat* op een superieure manier uit het pretorium. En geven zij een gerechtelijk gezag aan de bevindingen over Abdallah en zijn Libanese Gewapende Revolutionaire Frakties (FARL).

Volksfront

Doorheen het klassieke assisen-stramien van getuigenverklaringen, expertises, en voorlezingen uit een 10.000 blz. dik dossier kreeg men een beeld van de bebaarde Georges Ibrahim: 36 jaar, afkomstig uit Kobayat, een dorp dat in zijn mikrokosmos de verscheurdheid weerspiegelt van de hele Libanon.

Geboren in een maronitisch-kristelijk gezin van zeven, geraakt de onderwijzer Georges Ibrahim betrokken in de Sociaal Nationalistische Syrische Partij van Libanon, gaat samenwerken met Georges Habbasj in diens Volksfront, krijgt een opleiding in één der kampen van de bij Syrië aanleunende Saïka wordt korrespondent van het Libisch persbureau Janaa, duikt op in Zuid-Jemen.

In de verwarring na de Zwarte September wervelt hij mee in de dissidenties van Volksfront en Volksfront-Algemeen Kommando. Bij officiële plechtigheden staat hij in die jaren op foto's naast Yasser Arafat, Georges Habbasj, Abou Iyad, Aboel Abbas (bekend van de Achille Lauro), Abou Jihad.

Met de FARL die hij rond 1980 opricht wil Abdallah „het imperialisme en het zionisme treffen die Libanon systematisch vernietigen". Het doden van Amerikanen en Israëli's is voor hem wettige zelfverdediging. Of de FARL inderdaad een uit niet-moslims bestaand familiekommando is, werd in Parijs niet duidelijk. Een onderdirekteur van de Franse contraspionage die verklaarde „wel een idee" te hebben wie achter de FARL stak, werd niet eens om uitleg gevraagd.

Evenzeer als over de persoon van Georges Ibrahim Abdallah bood het Assisenproces inzicht in het netwerk dat hij in de twee jaar vóór de moord op Charles Ray in Europa heeft opgezet. Als dit de minabele chef van een klein familiekommando was, dan beschikte Abdallah toch over zeer aanzienlijke middelen.

Heel Europa was zijn werkveld. Doorheen het dossier ziet men hem opduiken in Cyprus, Malta, Frankrijk, Joegoslavië, Italië, Griekenland, Spanje, Zwitserland. Tussen Libanon en Frankrijk reist hij in vier jaar vijftig keer over en weer. In zijn CX-Citroën die men in Belgrado terugvond, treft men stadsplannen aan van Parijs, Lyon, Grenoble, Barcelona, Genève, Madrid, Bern, Straatsburg.

Geld was er in overvloed, bij deze „verworpenen der aarde" (zoals Abdallah zich noemde op de eerste dag van zijn proces). Via de Universal Bank in Genève betaalde hij zijn huishuur telkens een vol jaar op voorhand. Zijn vriendin deponeert 120.000 Fr. fr in dollars bij de BNP. En als hij zelf, onder valse naam uit Spanje binnenkomt in Frankrijk heeft Abdallah 5.000 dollar op zak.

Omzichtigheid is een tweede natuur, en zelfs bij verandering van hotel in Parijs, in eenzelfde straat, verandert hij van naam. Paspoorten heeft Abdallah te keus: hij gebruikt een Zuidjemenitisch paspoort op naam van Kassem Mohamed, in Spanje leeft hij als de Marokkaan El Illali, bij zijn aanhouding in Lyon is hij de Algerijn Abdelkader Saadi, in de voering van zijn jas vindt men een Maltees paspoort waarop hij Michael Kanari heet.

Wapenvondst

Tsjechische wapens en explosieven zijn troef, o.a. de pistoolmitrailleur CZ/OR 70 waarmee Ray werd doodgeschoten, en de Semtex-springstof die in Triëste bij zijn vriend El Mansouri wordt gevonden. Eén wapenvondst lijkt te wijzen naar Action Directe, maar volgens getuigenissen in Parijs bestond er tussen de FARL en AD geen organieke band, enkel een soort compagnonage, een wederzijdse dienstverlening.

Het FARL-netwerk opereerde over landsgrenzen heen. Sympatizanten van uiteenlopende overtuiging verleenden steun en onderdak, soms onschuldig en onwetend. Vrouwen speelden een grote rol in die kontakten van Abdallah. Zijn voortvluchtige vriendin Jacqueline Esber kocht voor hem een wagen in Lyon, huurde een appartement in Parijs, beheerde een bankrekening in Genève. In Spanje liet hij zijn 26-jarige „verloofde" Joséphine Abdo (ook al een Libanese kristen) hun appartement huren in Alcala de Henarès bij Madrid. Toen zij in het Italiaanse Ostia werd aangehouden, verklaarde zij Georges Ibrahim niet te kennen. Zij werd verraden door de sleutels van het Madrileens appartement, die bij Abdallah in Lyon werden aangetroffen ... Elke gelegenheid bood wel een kans. Toen hij de nacht thuis doorbracht bij een Joegoslavische die zijn treinkompartiment had gedeeld en er zich over verbaasd had dat hij zonder bagage reisde, telefoneerde hij van bij zijn gelegenheidsvriendin naar Frankrijk, Algerië en de ambassade van Bulgarije.

Ook het opeisingsproza in de drie aanslagen waarvoor hij in Parijs werd veroordeeld, geven inzicht in het FARL-netwerk. De moord op Ray in Parijs werd dezelfde dag nog door de FARL opgeëist bij Reuter in Beiroet De aanslag op Homme in Straatsburg maakte de FARL drie uur nadien al bekend in Parijs. De moord op Barsimantov werd pas drie dagen later in pamfletten opgeëist, nadat de 46-jarige sympatizante Martine Toulotte uit Grenoble, aktief rond bevrijdingsbewegingen en derde wereld en beschuldigd van het verlenen van onderdak aan Abdallah, het origineel via Mohammed Hamami van Action Directe voor publikatie had overgemaakt aan de Documentation Communiste (DOCOM), de drukkerij van de vermoedelijke CCC-leider Pierre Carette in Brussel

Volgens de strafwet is in een Assisenhof de „intieme overtuiging" het criterium voor de be-

oordeling van de schuld. Het is de taak van de verdediging om twijfel te zaaien en zwakke kanten bloot te leggen.

Met zijn verrassend verdikt heeft het Biezonder Assisenhof veel meer gedaan dan het afwijzen, op eclatante wijze, van de „hogere staatsbelangen". Door hem medeplichtig te noemen hebben de zeven beroepsmagistraten ook, met gerechtelijk gezag bevestigd dat Georges Ibrahim Abdallah en zijn FARL schuldig zijn aan de aanslagen op twee Amerikaanse en en Israëlische diplomaat.

Mon VANDEROSTYNE

'Vroegere advocaat van Abdallah was verklikker'

Door onze correspondent

NRC

PARIJS, 4 maart — Jacques Vergès, advocaat van Georges Ibrahim Abdallah, de Libanese terrorist die vorige week tot levenslange gevangenisstraf werd veroordeeld, heeft tot vannacht 12 uur de tijd om een verzoek tot ongeldigverklaring van het proces in te dienen. Jacques Vergès barstte gisteren in grote verontwaardiging uit toen er aanwijzingen bleken te zijn dat de eerste verdediger van Abdallah, in een ander proces dat in Lyon speelde, een verklikker van de geheime dienst was. „Dat zou betekenen dat tijdens de eerste ondervragingen Abdallah zonder advocaat was en dat hij verraden is door een agent vermomd als advocaat".

Maandagavond speelde voor een Parijse rechter een kort geding, aangespannen door de ministers van binnenlandse zaken en defensie tegen een boek dat deze week moet verschijnen: L'Ange noir, une taupe dans l'affaire Abdallah (taupe is infiltrant, verklikker). De ministers eisten een verbod op de publikatie van een aantal passages, namelijk van de onderhandelingen van de Franse geheime dienst over de ruil van Abdallah tegen een Franse gijzelaar in Libanon en van een lijst sympathisanten van de terroristengroep Farl in Frankrijk. De rechter wees de ministeriële eis toe en de publikatie van het boek moet wegens de aanpassingen nog even wachten.

In dit boek van de journalist Laurent Gally bekent Jean-Paul Mazurier dat hij vlak nadat hij in 1984 de verdediging van de net gearresteerde Abdallah op zich had genomen de Franse binnen- en buitenlandse veiligheidsdiensten (DGSE en DST) inlichtingen heeft gegeven over zijn cliënt, uit bezorgdheid over verdere aanslagen. Mazurier, die aan de Parijse balie ingeschreven staat, had al een aantal extreem-linkse mensen verdedigd.

De orde van advocaten heeft onmiddellijk twee leden gelast een onderzoek te doen. Advocaat Pascal Bernard: „Als de beschuldiging onjuist is moet Mazurier zich verdedigen, als het waar is zal hij niet lang meer advocaat zijn, vooral omdat hij dan het ergste heeft gedaan dat een advocaat kan doen, zijn cliënt verraden".

Bernard acht het niet uitgesloten dat een dergelijk feit tot een revisie van het proces-Abdallah kan leiden. „Maar we hebben in Frankrijk nog nooit zoiets meegemaakt." Hij verbaast zich echter over het moment van publikatie. Ook anderen houden rekening met een stunt van de uitgever. De schrijver van het boek zegt dat Mazurier zijn toestemming aan publikatie heeft gegeven. Mazurier zelf is onvindbaar.

Advokaat van Abdallah bleek spion.
De Morgen 3-3-1987

De eerste advokaat van de zaterdag tot levenslang veroordeelde Georges Ibrahim Abdallah was tegelijk een agent van de Franse geheime dienst. Deze 'ontmaskering' van Mazurier, een paar dagen na de uitspraak in dit zwaar politiek geladen proces, zorgt voor heel wat deining in de Franse juridische wereld. De huidige advokaat van Abdallah wil op basis van deze nieuwe feiten de hele procedure nietig laten verklaren. Maar de zaak is ook voor België relevant, want Mazurier was ook de advokaat van de leider van de CCC: Pierre Carrette.

In het boek 'L'agent noir - une taupe dans l'affaire Abdallah' (De zwarte agent - een mol in de zaak Abdallah) onthult de journalist Laurent Gally van het Franse dagblad Libération het dubbele leven van advokaat Mazurier. Tegenover de auteur geeft de jonge advokaat toe dat hij informatie van zijn kliënt heeft doorgegeven aan de Franse geheime diensten.

Mazurier, die de advokaat werd van Abdallah kort na zijn arrestatie in oktober '84, nam ook de verdediging op zich van Pierre Carrette van de CCC en van verschillende militanten van Action Directe. Hij stond bekend als iemand van extreem-linkse signatuur, maar ook als een nog jonge advokaat die weinig zeker was van zichzelf en nogal broos. Verwikkeld in een drugaffaire zou hij in juni '86 onder juridisch toezicht geplaatst zijn.

Toen hij de advokaat was van Abdallah maakte hij verschillende buitenlandse reizen, o.a. naar het Midden-Oosten. Door zijn funktie als advokaat fungeerde hij als kontaktpersoon tussen de buitenwereld en de man in de cel. Mazurier maakt er tegenover de Libé-journalist geen geheim van dat hij tijdens die periode ook werkte voor de geheime diensten. Vraag die iedereen zich stelt is waarom Mazurier zich tot dit soort praktijken heeft geleend. Zijn eigen verklaring luidt dat hij op die manier nog meer bloedige aanslagen heeft willen voorkomen.

Omdat zijn reputatie als advokaat nu een flinke deuk heeft gekregen, moest hij gisteren voor de Orde van Advokaten verschijnen. De kans is niet gering dat hij geschorst wordt.

Anderzijds zullen deze onthullingen bij de aanhangers van Abdallah onvermijdelijk kwaad bloed zetten. 'Ik zou niet gerust slapen als ik in zijn schoenen stond', luidt het kommentaar van een van zijn kollega's (een advokaat). 'Pure zelfmoord', zegt een ander.

Censuur

Overigens is 'L'agent noir' nog niet in de Franse boekhandels te verkrijgen. Op verzoek van de minister van Binnenlandse Zaken Pasqua en de minister van Defensie Giraud, wordt de publikatie van het boek tegengehouden. Steen des aanstoots zijn twee bijlagen van 'L'agent noir'. Eén van die bijlagen bevat een vertrouwelijk dokument van het ex-hoofd van de Franse contra-spionagedienst waarin de vrijlating voorgesteld wordt van Sidney Peyrolles, dierkteur van het Frans kultureel centrum in Tripoli, in ruil voor Abdallah.

In de tweede gewraakte bijlage wordt een lijst van de Franse spionagedienst gepubliceerd met de naam van 80 sympathisanten van de FARL, de Libanese organisatie waarvan Abdallah de vermeende leider is.

Door de publikatie van deze nota's zou het leven van de opgesomde FARL-aanhangers in gevaar komen en zou het werk van de Franse agenten bemoeilijkt worden, aldus de Franse autoriteiten.

Voor de huidige advokaat van Abdallah vormen de revelaties over zijn voorganger in ieder geval voldoende reden om te vragen dat de procedure in het proces Abdallah nietig zou verklaard worden.

Advokaat van Abdallah werkte voor spionagedienst

Georges Abdallah laat grond kassatie onbenut

DS 7.3.87

BRUSSEL – Met het verstrijken donderdagavond van de termijn voor kassatie, is het arrest in kracht van gewijsde getreden waardoor de Libanese terrorist Georges Ibrahim Abdallah door het biezonder assisenhof van Parijs tot levenslange opsluiting werd veroordeeld wegens medeplichtigheid aan moord en moordpoging op drie diplomaten. Abdallah bleef bij zijn oorspronkelijke mening om geen kassatieberoep in te dienen, ondanks merkwaardige onthullingen dat zijn eerste advokaat, op zeker ogenblik ook de raadsman van de vermoedelijke CCC-leider Pierre Carette, in feite een medewerker is geweest van de Franse spionagedienst

In een binnenkort te verschijnen boek vertelt mr. Jean-Paul Mazurier aan een journalist van het Franse dagblad **Libération** hoe hij tussen 1984 en 1986 zowel de verdediger is geweest van Georges Ibrahim Abdallah als tipgever van de Franse spionage DGSE. Die opzienbarende onthulling herhaalde Mazurier eveneens voor Antenne-2.

In het recente assisenproces speelde Mazurier weliswaar geen rol, maar omdat een deel van het bewijsmateriaal was geput uit een korrektioneel dossier in Lyon tegen Abdallah waarin Mazurier wel optreedt, meende men dat er goede gronden tot kassatie bestonden wegens schending der rechten van de verdediging. Abdallah die altijd had beweerd enkel vrijspraak of levenslang te willen, bleef bij zijn mening en liet donderdagavond weten de mogelijkheid tot kassatie niet te zullen benutten. De termijn voor het instellen van kassatie verstreek donderdag om middernacht.

Staartje

De dubbelrol van Abdallahs verdediger in Lyon zal bijgevolg enkel een staartje krijgen voor de tuchtraad van de Orde van Advokaten die nu moet oordelen over zijn uitsluiting van de balie. Dinsdag wordt hierover verslag uitgebracht. Dat een vertrouwensman van een verdachte de aanhoorde konfidenties gaat doorvertellen aan een geheime dienst, is uiteraard niet te verzoenen met de deontologie van een advokaat.

Abdallah zou, onder de naam „Alex", reeds vóór zijn aanhouding Mazurier hebben benaderd voor de verdediging van een vriend. Mazurier die bekend stond als een links „militant" bracht Abdallah onder de aandacht van de Franse autoriteiten, alvorens het verzoek van de DGSE te aanvaarden om met de dienst samen te werken. Onder diverse versies over de motieven van Mazurier wordt gezegd dat de advokaat een drug-verleden heeft en daardoor beïnvloedbaar was geworden.

Na Abdallahs aanhouding op 24 oktober 1984 voerde Mazurier diverse opdrachtjes uit voor zijn kliënt. Zo ontmoette hij, telkens onder kontrole van de DGSE, tussen 1 en 24 november 1984 in Rome, Genève en Belgrado de vriendin van Abdallah, Jacqueline Esber, gezocht als lid van de FARL en eveneens vervolgd voor de moorden en de moordpoging op drie diplomaten. In oktober 1985 ontving hij brieven met geld voor „gevangen zittende kameraden", ondertekend met „Solidariteitskomitee Arabische politieke gevangenen". Het was deze organizatie die de verantwoordelijkheid opeiste voor de bommencampagnes van december 1985, februari/maart 1986 en september vorig jaar.

DGSE

Van zijn diverse kontakten en gesprekken hield Mazurier de Franse spionage DGSE op de hoogte. Kort na het korrektioneel proces in Lyon (3 juli 1986) deed Abdallah niet langer een beroep op Mazurier en gaf deze laatste ook zijn dubbelspel op, naar eigen zeggen omdat voor hem de maat vol was na de moorddadige bommencampagne door sympatizanten van Abdallah in september vorig jaar.

De rol en de motivering van Abdallahs eerste verdediger blijft op veel punten mysterieus.

Onduidelijk blijft waarom de advokaat tipgever werd van de spionagedienst, en waarom hij daarmee stopte. Bevreemdend is ook dat Mazurier zelf zijn rol uit de doeken doet, hoewel hij moet weten dat zulks noch door de DGSE noch door de Abdallah-clan in dank zal aanvaard worden. Argwaan wekt daarenboven het tijdstip van deze onthulling. Er is al geïnsinueerd dat het uitlekken in de pers van de berichten over de dubbelrol van Mazurier, juist binnen de vijf vrije dagen na het verdict, is geïnspireerd door de overheid die er belang kan bij hebben gronden aan te voeren om toch nog op een vernietiging van het assisenarrest aan te sturen.

Behalve van Georges Ibrahim Abdallah is mr. Mazurier ook op zeker ogenblik opgetreden als raadsman van de in Italië veroordeelde FARL-leden El Mansouri en Joséphine Abdo. Hij was ook de verdediger van de Action Directe-leden Mohand Hamami en Frédéric Oriach, evenals van Pierre Carette, de vermoedelijke leider van de Belgische CCC.

(MVO)

„Die Ehre der Justiz ist befleckt"

Der Spiegel 09-03

SPIEGEL-Interview mit Rechtsanwalt Jacques Vergès über das Abdallah-Urteil

SPIEGEL: Maître, Sie haben das Abdallah-Urteil eine Kriegserklärung des französischen Staates an die arabischen Kämpfer genannt. Glauben Sie nicht mehr an die Unabhängigkeit der französischen Justiz?

VERGES: Unmittelbar vor dem Urteil gaben Führer der rechten Regierungsmehrheit wie Sozialisten, die Präsident Mitterrand nahestehen, eine ganze Reihe von Erklärungen ab. Sie alle verlangten exemplarisch harte Strafen gegen das, was sie Terrorismus nennen. Sie sagten, daß sie Krieg gegen den Terrorismus führen. Für mich hat deshalb das Urteil vom vorletzten Samstag, das in der Tat außerordentlich hart ist, einen klar politischen Gehalt. Denn das Gericht fällte die Entscheidung unter unzulässigem politischen Druck.

SPIEGEL: Der Generalstaatsanwalt hat das Gericht geradezu angefleht, ein mildes Urteil zu fällen. Wenigstens dem müßten Sie doch dankbar sein.

VERGES: Im Gegenteil, dieses Verhalten des Generalstaatsanwalts finde ich skandalös. Sein Plädoyer war ein beleidigender Anschlag auf die Unabhängigkeit des Gerichts. Er bewirkte damit, ich weiß nicht, ob gewollt oder ungewollt, daß jedes maßvolle Urteil fragwürdig erschienen wäre. Und er reizte die Politiker, strenge Sanktionen zu verlangen. Offenkundig hatte er seinen Antrag mit irgend jemandem abgesprochen. Diese Ungeschicklichkeit forderte erst recht Stellungnahmen für ein hartes Urteil heraus.

SPIEGEL: Handelt Frankreich nicht in berechtigter Notwehr gegen Terroristen wie Abdallah, zumal dessen Freunde ja damit drohen, „libanesische Zustände" herbeizuführen?

VERGES: Wenn Frankreich alle Seiten gleich behandelte, würde ich das gelten lassen. Aber 1972 und 1973 hat Israels Geheimdienst in Paris Vertreter arabischer Organisationen umgebracht, und die französische Regierung sah tatenlos zu.

SPIEGEL: Welche Fälle meinen Sie konkret?

VERGES: Ich meine den Mord an dem PLO-Vertreter Mahmud Hamschari und an Mohammed Bu Dija. Die französischen Behörden taten nichts, um die Täter zu fassen. Die Mörder von Arabern laufenlassen, aber die arabischen Kämpfer vor Gericht zerren, wenn sie in Frankreich israelische Ziele angreifen – das nenne ich nicht Gerechtigkeit, sondern politische Parteinahme.

SPIEGEL: Das Urteil gegen Abdallah beruht doch auf handfesten Indizien. Muß er nicht als Chef der libanesischen Terror-Organisation FARL verantwortlich für die Verbrechen dieser Gruppe sein?

VERGES: Während des Algerien-Kriegs hat die französische Justiz niemals politische Führer der algerischen FLN wie Ben Bella verfolgt, nur weil die FLN auch Terroranschläge in Paris verübte. Das französische Recht unterscheidet zwischen Komplicenschaft und einer kriminellen Vereinigung. Diesmal aber wollte das Gericht ganz offenkundig einen moralisch Verantwortlichen treffen. Die moralische Verantwortung ist ein faschistischer Begriff, nicht ein demokratischer.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß es – wie schon im vergangenen September – jetzt eine Attentatswelle geben wird, um Abdallah freizupressen?

VERGES: Das weiß ich nicht. Ich stelle nur fest, daß der Innenminister seine geplante Afrika-Reise abgesagt hat. Ich stelle fest, daß überall in Paris CRS-Polizisten stehen, selbst am Bahnhof kontrollieren sie das Gepäck. Die Regierung ist also beunruhigt. Dieses Urteil gegen Abdallah wurde von den Politikern gefordert und gefeiert. Jetzt, wo sie es haben, sind diese Politiker nicht mehr ganz so glücklich, stolz und zufrieden.

SPIEGEL: Ist Abdallah wirklich ein großer Fisch oder nur ein „kleiner Häuptling", wie ihn der Geheimdienstbeamte Raymond Nart vor Gericht genannt hat?

VERGES: Abdallah wollte als Person während dieses Prozesses nicht in Erscheinung treten. Er wollte ein anonymer Kämpfer bleiben, ein unbekannter Soldat gewissermaßen. Vom Gericht verlangte er eine klare Entscheidung: Betrachten Sie die arabischen Aktivisten als Banditen oder als Widerstandskämpfer? Die Antwort des Gerichtes ist ja wohl eindeutig.

SPIEGEL: Wie reagierte Abdallah auf die lebenslange Freiheitsstrafe?

VERGES: Er lachte laut auf. Und ich glaube, in diesem Lachen klang Verachtung mit.

SPIEGEL: Wird er den Präsidenten um Begnadigung bitten?

VERGES: Ganz sicher nicht. Er will Mitterrand um nichts bitten.

SPIEGEL: Gibt es Verbindungen zwischen der libanesischen FARL und der französischen Action directe und von dort zur deutschen RAF?

VERGES: Da kann ich Ihnen nur sagen, was auch der Geheimdienstbeamte Nart während des Prozesses gesagt hat: Nein, die gibt es nicht.

SPIEGEL: Rechtsanwalt Jean-Paul Mazurier, Abdallahs erster Verteidiger während des Prozesses 1986 in Lyon, hat jetzt zugegeben, daß er Akten und Informationen an den französischen Geheimdienst weitergereicht habe. Wollen Sie deshalb das Verfahren neu aufrollen?

VERGES: Natürlich wird das Konsequenzen haben, das ist ein Skandal. So etwas hat es noch nie gegeben. Ein Geheimdienstagent, der sich als Anwalt tarnt – das macht den ganzen Vorgang null und nichtig. Das ist so, als hätte im Baader-Meinhof-Prozeß der Verteidiger gleichzeitig für den Verfassungsschutz gearbeitet. Nicht mal in Pinochets Chile, nicht mal vor den deutschen Militärgerichten im besetzten Frankreich ernannten die Behörden Agenten des Sicherheitsdienstes zu Verteidigern der Widerstandskämpfer. Es ist eine unglaubliche Schande. Ich gebe der Justiz, deren Ehre befleckt ist, 14 Tage, sich reinzuwaschen. Tut sie das nicht, werde ich im Einvernehmen mit meinem Mandanten das Notwendige veranlassen. Dann ziehe ich einen eisernen Handschuh über.

Der französischen Polizei gelang ein entscheidender Schlag gegen die Action Directe

Stuttgarter Nachrichten 23.03.1987

PARIS – Der französischen Polizei ist es nach mehrjähriger Fahndung offenbar gelungen, der Terror-Organisation Action Directe (AD) den Kopf abzuschlagen. Der in einer ländlichen Idylle bei Orleans gelegene Bauernhof, in dem Jean-Marc Rouillan, Nathalie Menigon und zwei weitere Personen gefaßt wurden, war möglicherweise das Operationszentrum der gesamten Gruppe.

Im Laufe des Sonntags wurden bruchstückhaft die ersten Ergebnisse einer Hausdurchsuchung bekannt, bei der Rouillan, der Gründer von AD, zugegen war. Außer Mengen von Bargeld, Waffen und Sprengstoff entdeckte die Polizei auch konkrete Hinweise auf die Ermordung des Renault-Managers Georges Besse im vergangenen November. Besse war von zwei Frauen auf offener Straße erschossen worden. In dem Bauernhof fanden sich Dokumente aus der bei der Tat verschwundenen Aktentasche von Besse. Die Reste der Tasche, so verlautete aus Polizeikreisen, habe Nathalie Menigon den Hamstern verfüttert, die sie züchtete. Ein Raum war als „Volksgefängnis" für einen Prominenten vorgesehen, mit dem das in Paris in Haft sitzende AD-Mitglied Regis Schleicher freigepreßt werden sollte. Schleicher ist der Mann der zusammen mit Rouillan gefaßten Joelle Aubron.

Das Hamsterhobby soll auch zu den Indizien gehört haben, die zur Erkennung des für die Nachbarn unauffälligen Pärchens führte. Die beiden hatten einen Teil des Bauernhofs in Vitry-aux-Loges von den in Paris lebenden Besitzern gemietet. Die Eigentümer verbrachten oft das Wochenende in dem anderen Teil. Den Bauern aus der Umgebung erschienen „Nadine" und „Robert" als freundliche, unauffällige Menschen. Man wunderte sich nur, wovon sie lebten, daß die beiden so zurückhaltend waren und ein Fensterladen stets geschlossen blieb. Gäste seien stets so diskret gekommen, daß man sie kaum bemerkt habe.

Die Action Directe hat seit ihrer Gründung 1979 über 80 Anschläge begangen. Ein internationaler Flügel, der offenbar von Rouillan und Menigon angeführt wurde, ging zu politischen Morden über, nachdem im Januar 1985 eine internationale Zusammenarbeit mit der deutschen Rote-Armee-Fraktion (RAF) und der belgischen Gruppe Kämpfende Kommunistische Zellen (CCC) sowie der Aufbau einer kommunistischen Guerilla in West-Europa angekündigt worden waren. Sie sollte sich gegen die Achse Paris-Bonn, gegen die Nato und gegen die „kapitalistische Ausbeutung" richten.

Das erste Mordopfer war im Januar 1985 General Audran, Chef der Rüstungsabteilung im Pariser Verteidigungsministerium. Die Bezeichnung des Mordkommandos „Elisabeth van Dyck" wies auf die neue internationale Terroristenverbindung hin. Danach folgten zwei mißlungene Anschläge gegen den Generalkontrolleur der Armee, Henri Blandin, und gegen den stellvertretenden Präsidenten des Arbeitgeberverbandes CNPF, Guy Brana. Am 17. November wurde dann Renault-Chef Besse kaltblütig erschossen.

Gleichzeitig wird der Action Directe die Beteiligung an Anschlägen gegen Nato-Einrichtungen in Belgien und an Attentaten in der Bundesrepublik zur Last gelegt. Offen ist, ob sie auch an der Ermordung des MTU-Chefs Ernst Zimmermann in München und an der des führenden Beamten im Bundesaußenministerium, Gerold von Braunmühl, 1986 beteiligt war.

Bereits 1983 hatten Action-Directe-Terroristen zwei Polizisten in Paris erschossen, von denen sie überrascht worden waren. Dafür muß sich der seit 1984 in Haft sitzende Regis Schleicher verantworten. Sein erster Prozeß war im Dezember geplatzt, weil die Geschworenen aus Angst vor seinen Kameraden nicht mehr erschienen. Darauf wurde ein neues Gesetz erlassen, das Berufsgeschworene für Terroristen-Prozesse ermöglicht.

Die Action Directe und die RAF arbeiteten bei einigen Aktionen zusammen

Ein Schlag gegen den „Euro-Terrorismus"

Trotz der Festnahmen in Frankreich bleibt die Gefahr in der Bundesrepublik bestehen

BONN – Der Traum der deutschen terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF), in Zusammenarbeit mit Terrorgruppen anderer Länder Westeuropas einen „Euro-Terrorismus" zu etablieren, ist nach Ansicht von Bonner Experten für die Terrorismusbekämpfung durch den schweren Schlag der französischen Polizei gegen die mutmaßliche Spitze der Terror-Organisation Action Directe (AD) „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit für die nächste Zeit zerstoben". Die Hoffnungen der Roten Armee Fraktion, mit der AD den Aufbau einer „politisch-militärischen Front in Westeuropa" zu erreichen, seien nach den Festnahmen in Frankreich „wohl vom Winde verweht" worden, sagte ein Fachmann am Montag in Bonn.

Beide Gruppierungen hatten eine „Vorreiterrolle" bei dem Versuch gespielt, eine „EG des Terrorismus" zu errichten. Bei den Behörden bestand kein Zweifel darüber, daß RAF und AD sich von Fall zu Fall für Anschläge organisatorische und logistische Hilfestellung geleistet haben. Ein Zusammenschluß oder ein „Zentralkommando" hat es nach den bisherigen Erkenntnissen allerdings noch nicht gegeben. Die RAF soll jedoch „nachhaltig daran interessiert" gewesen sein, immer näher an die französischen Terroristen heranzurücken. Der Action Directe wird die Beteiligung an Anschlägen gegen Nato-Einrichtungen in Belgien und an Attentaten in der Bundesrepublik zur Last gelegt.

Offen ist dabei, ob die AD auch an der Ermordung des MTU-Chefs Ernst Zimmermann in München und an der des führenden Beamten im Bundesaußenministerium, Gerold von Braunmühl, im Herbst letzten Jahres beteiligt war. Anhaltspunkte für Absprachen zwischen RAF und AD wurden seit Anfang 1985 registriert. Bei Terroranschlägen beider Gruppen ist Sprengstoff verwendet worden, der in Belgien gestohlen worden war. Die Annahme, der europäische Terrorismus sei offenbar vernichtend geschlagen worden, fußt auf der spektakulären Festnahme des Kerns

des „internationalistischen Flügels" der Action Directe, Jean-Marc Rouillan (34) und Nathalie Menignon (29). Sie waren am Wochenende mit den beiden anderen führenden Terroristen Joelle Aubran (27) und Georges Cipriani (35) auf einem Bauernhof bei Orleans verhaftet worden.

In bundesdeutschen Sicherheitskreisen wird bereits die Vermutung geäußert, daß der Action Directe eine „Regeneration" kaum gelingen dürfte. Inwieweit sich der „Abstieg" der AD auf die RAF auswirken könnte, ist zur Stunde noch nicht zu übersehen. Eines stünde aber fest, die RAF werde ihre Absichten auf die „Auslandsbemühungen" mit Aussicht auf Erfolg nicht weiter verfolgen können, wurde geschildert. Ihre Gefährlichkeit auf dem Territorium der Bundesrepublik werde „leider uneingeschränkt" bestehen bleiben.

Als Beispiele für die Kooperationsbemühungen der RAF und der Action Directe waren unter anderem die Anschläge am 16. Mai 1986 auf Interpol im Raum Paris sowie am 11. August 1986 auf den Bundesgrenzschutz in Heimertsheim bei Bonn genannt worden. Die Aktionen sind nach Darstellung zuständiger Kreise wahrscheinlich jeweils von Mitgliedern der AD und der RAF, beziehungsweise von Vertretern ihres Umfeldes, verübt worden. Darüber hinaus hatte sich sowohl die RAF als auch die Action Directe zu dem Bombenanschlag auf den US-Luftwaffenstützpunkt am 8. August 1985 in Frankfurt bekannt.

Frankreich: Der Schlag gegen AD
Am Kreusungspunkt des Terrors.
(Teilen aus entnommen)
SDZ 24.02.1987

Skizzen geplanter Verbrechen

Während der Prozeß, begleitet von Attentatsdrohungen und Sicherheitsvorkehrungen, wie Paris sie nie gesehen hat, im Justizpalast auf der Seine-Insel anläuft, sichtet die Polizei das Material, das ihr am Wochenende in die Hand fiel, als sie in einem abgelegenen Bauernhaus bei Orleans den lange gesuchten Jean-Marc Rouillan, Anführer der „Action Directe" (AD), mit drei Gefährten verhaftete. Skizzen mit den Schauplätzen weiterer Attentate wurden gefunden, ferner Reste der Aktentasche, die der Renault-Direktor Georges Besse bei sich trug, als er im November 1986 von zwei AD-Terroristinnen erschossen wurde (Natalie Ménigon, Rouillans tierliebe Begleiterin, hatte ihren Ziegen und Hamstern Stükke des Leders zum Kauen überlassen); Millionensummen, die aus mehreren Banküberfällen stammen; ein Adreßbuch mit Hunderten von chiffrierten Telephonnummern, darunter solchen in Beirut.

Es sieht so aus, als wäre durch die Aushebung des Unterschlupfs in letzter Stunde ein neues Attentat verhindert worden. Von zwei Informanten aus dem Terroristenmilieu hat die Polizei erfahren, daß Rouillan und Natalie Ménigon in dem seit drei Jahren gemieteten Haus mit Georges Cipriani und Joëlle Aubron am Wochenende ihren nächsten Anschlag verabreden wollten. Die Entführung einer bekannten Persönlichkeit war geplant, durch welche die AD-Chefs ihren wegen Mordes in Untersuchungshaft sitzenden Genossen Régis Schleicher, Joëlle Aubrons Ehemann, freipressen wollten. Eines der sechs Zimmer des abgelegenen Hauses war bereits als „Volksgericht" eingerichtet. Es gibt ein erhöhtes Pult für die sogenannten Richter und einen Sessel für ihren Angeklagten. An der Wand hinter dem Stuhl prangt der fünfzackige Stern. Die Stelle, von der aus Natalie Ménigon mit ihrer Sofortbildkamera die sattsam bekannten Erpresserphotos des Entführten machen sollte, ist am Boden mit einem Kreidekreis bezeichnet. Als mutmaßliches Opfer gilt den Ermittlern der konservative Zeitungsmagnat Robert Hersant.

Daß die Verhaftung der AD-Führung und die Eröffnung des Prozesses gegen Abdallah fast synchron erfolgten, ist Zufall. Der innere Zusammenhang ergibt sich indessen nicht nur durch den gemeinsamen Haß auf die bürgerliche Gesellschaft und den politischen Apparat westlicher Industriestaaten, sondern konkret durch lange geübte Symbiose der nahöstlichen mit den Euro-Terroristen. Mehrmals hat die AD den Kommandos des Abdallah-Clans, die sich „Bewaffnete Revolutionäre Libanesische Fraktionen (FARL)" nennen, logistische Hilfe gewährt. Als die FARL im März 1982 mit der Beschießung der israelischen Handelsmission ihr Pariser Debüt gaben, wurde die dazu benutzte Sten-Maschinenpistole wenige Tage später in einem AD-Versteck gefunden. Nach der Erschießung Barsimantovs im April 1982 entdeckte die Polizei in einer anderen Absteige der AD Flugblätter in arabischer und türkischer Sprache, mit denen die FARL die Verantwortung für das Attentat übernahmen. Als der AD-Sympathisant Fredéric Oriach am 12. Oktober 1982 aus einem Gepäckfach der Pariser Gare du Nord einen Koffer voller Dokumente holte, fanden die wartenden Ermittler darin Bezüge, die teils auf Action Directe, teils auf die FARL hinwiesen...

Und Georges Ibrahim Abdallah und Jean-Marc Rouillan ist gemeinsam, daß Frankreichs Justiz sie jeweils in einem bestimmten Stadium ihrer kriminellen Laufbahn wieder loswerden wollte. Nach geläufiger Lesart wurde der Libanese im Oktober 1984 in Lyon verhaftet, als er mit einem echten algerischen Paß auf den falschen Namen Abdelkader Saadi sowie zwei falschen marokkanischen und je einem falschen maltesischen und südjemenitischen Paß reiste. In die Hände der Lyoner Polizei geriet Abdallah freilich nur, weil er sich schutzsuchend in ihre Obhut begab. Er fühlte sich, zu Recht, von zwei französischen Geheimpolizisten beobachtet und hielt sie, zu Unrecht, für Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad, die ihn ermorden wollten.

Um ihren Verwandten und Anführer freizupressen, entführten die Abdallah-Brüder wenige Monate später im libanesischen Tripoli den Leiter des dortigen französischen Kulturinstituts, Gilles Peyrolles. Sie hatten, für ihre Zwecke, einen guten Griff getan, denn Peyrolles ist der Sohn des Schriftstellers Gilles Perrault, der seinerseits gut mit Régis Debray, dem damaligen Berater Präsident Mitterrands, befreundet ist.

Alsbald setzten sich die Räder in Bewegung. Der Leiter der französischen Spionageabwehr DST reiste mit Billigung des sozialistischen Innenministers Joxe und des Außenministers Dumas zu General Lakmal Ayat, dem Chef des militärischen Sicherheitsdienstes Algeriens, und bat ihn um seine guten Dienste. Algerische Vermittler handelten eine Übereinkunft aus: Peyrolles kam frei; als Gegenleistung wurde in Aussicht gestellt, daß Abdallah wegen Paßvergehens zu einer milden Strafe zu verurteilen und auszuweisen sei.

Doch dazu kam es nicht. Spionageabwehrbeamte, verärgert, weil bei der Entschärfung einer von den FARL gelegten Autobombe zwei Spezialisten der Pariser Polizeipräfektur den Tod gefunden hatten, ließen den Deal platzen. Sie durchsuchten rasch eine ihnen längst bekannte Absteige Abdallahs im Haus Nummer 18 der Rue Lacroix im 17. Arrondissement und fanden dort die 7,65-Millimeter-Pistole tschechischer Herkunft, mit der Ray und Barsimantov erschossen worden waren.

Unmittelbar nach Rouillans Ergreifung erinnerten bürgerliche Politiker daran, daß die AD-Führer nach dem Wahlsieg der Linken 1981 amnestiert und aus der Haft entlassen worden waren, obwohl beispielsweise Rouillan und seiner Gefährtin bereits ein Bankraub angelastet war und Natalie Ménigon überdies bei ihrer Verhaftung zwei Magazine ihres Colts auf Polizisten leergeschossen hatte. „Georges Besse wäre noch am Leben, wenn man sie nicht freigelassen hätte", sagte Jacques Toubon, der Generalsekretär der gaullistischen RPR. Fast wortgleich äußerten sich der ehemalige Justizminister Alain Peyrefitte und der frühere Entwicklungshilfeminister Robert Galley, auf dessen Büro AD-Terroristen eine ihrer ersten Salven feuerten, während er seinen Sessel nur zufällig für Minuten verlassen hatte. Die einstige Europarats-Präsidentin Simone Veil sprach von „ungewöhnlichen Illusionen der Sozialisten", die geglaubt hätten, die Terroristen würden sich zur Ruhe setzen, nur weil Frankreich unter einer linken Regierung lebe.

Für den Zorn der Sozialisten über solche Vorwürfe ist es Balsam, daß auch ihre bürgerlichen Vorgänger gegenüber Terroristen eine heute schwerverständliche Nachsicht zeigten. Zwei bekannte Pariser Journalisten haben soeben in einem Buch enthüllt, daß Außenminister Sauvagnargues 1974 in Beirut mit PLO-Chef Arafat zu einer ungeschriebenen Übereinkunft gelangte. Danach wurden PLO-Agenten in Frankreich, ungeachtet ihrer Vergangenheit, von der Polizei nicht behelligt. Die Palästinenser verpflichteten sich, auf französischem Boden keine Attentate zu begehen. Von dieser Verabredung profitierte 1977 auch Abu Daud, einer der Organisatoren der Geiselnahme israelischer Sportler bei den Münchner Olympischen Spielen. Über die Deutschen erhielten die Franzosen von Mossad einen Hinweis, daß Abu Daud mit einem echten Paß und einem gültigen Visum nach Frankreich einreisen werde. Die Polizei setzte ihn fest, doch er wurde nach 48 Stunden wieder freigelassen. Erst Monate später erfuhren das Innenministerium, die Spionageabwehr und die Polizei von der geheimen Verabredung. Nur das Elysée und der Quai d'Orsay wußten bis dahin Bescheid.

Maigret merkte nichts

Wie es in dem Buch weiter heißt, hatte Innenminister Poniatowski mit Billigung Präsident Giscard d'Estaings in den siebziger Jahren beschlossen, den international gesuchten Terroristen Carlos zu beseitigen. Zwei Agenten waren dazu ausersehen. Carlos war nahe der kolumbisch-venezolanischen Grenze lokalisiert worden. In letzter Minute wurde die Operation aus bisher unbekannten Gründen abgeblasen. Auch Georges Ibrahim Abdallah hatte somit einigen Grund zu der Hoffnung, daß man sich mit Paris arrangieren könne. Noch immer ist nicht bekannt, warum die zu seiner Freipressung inszenierte Attentatsserie, nachdem sie im Herbst einen blutigen Höhepunkt erreicht hatte, plötzlich abbrach. Berichte über ein Stillhalteabkommen, das die Regierung mit Abdallahs nahöstlichen Verbindungsleuten getroffen haben soll, sind nur halbherzig dementiert worden. Nie wurde aus ihnen ersichtlich, worin die eventuelle französische Gegenleistung zu bestehen hätte. Falls solche Mutmaßungen einen harten Kern besitzen, wird ihn Abdallahs Verteidiger offenlegen.

In ihrem Unterschlupf bei Orleans lebten Natalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan als angebliche Belgier, die nur unter ihren Vornamen Nadine und Robert bekannt waren. Auch als im vergangenen Herbst nach dem Mord an Georges Besse die Steckbriefe von Natalie Ménigon und Joëlle Aubron plakatiert wurden, schöpfte niemand Verdacht. Nur kurze Nachdenklichkeit erregte es, als Nadine ein Papier, mit der sie einer Nachbarin den Empfang von zwei geliehenen Ziegen bestätigte, versehentlich mit ihrem wirklichen Namen Natalie unterschrieb. Selbst Kommissar Maigret merkte nichts. Er stöberte vor zwei Jahren im Wald von Orleans herum, nur wenige hundert Meter von der Stelle, an der sich Frankreichs meistgesuchte Kriminelle aufhielten. Das Drehbuch, nach dessen Anweisungen er sich für eine Fernsehserie bewegte, sah keine Entdeckung vor.

SDZ 28.02.1987

Paris sieht „Action Directe" führerlos

Innenminister Pasqua erwartet auch Wirkungen auf die internationale Terrorszene

Paris (dpa)

Der „internationalistische" Hauptzweig der französischen Terrororganisation „Action Directe" (AD) ist "seines Hauptes beraubt" und „außer Gefecht" gesetzt. Diese Auffassung vertrat Frankreichs Innenminister Charles Pasqua in seiner ersten Stellungnahme zur Festnahme der vier AD-Führungsmitglieder am vergangenen Wochenende. Unter Hinweis auf den flüchtigen Max Frerot, der als letztes gefährliches Mitglied des „nationalen Flügels" von AD gilt, meinte Pasqua, „Action Directe" sei aber noch nicht völlig unschädlich gemacht.

Nach Angaben Pasquas sind die Festgenommenen Jean-Marc Rouillon, Georges Cipriani und die beiden Frauen Nathalie Menigon und Joelle Aubron vermutlich für die Ermordung von Renaultchef Georges Besse und des französischen Armeegenerals Audran im vergangenen Jahr verantwortlich. Rouillan hat nach inoffiziellen Berichten bisher lediglich 16 Anschläge der AD in den letzten Jahren eingestanden und zu den Mordvorwürfen noch nicht Stellung genommen.

Pasqua erklärte, die Verhaftung des AD-Gründers und seiner Gefährten werde bald auch Auswirkungen in anderen Ländern haben, da die AD Verbindungen zur deutschen Roten Armee Fraktion, den Roten Brigaden in Italien und der belgischen Gruppe CCC gehabt habe. Beamte des deutschen Bundeskriminalamtes sollen seit Anfang der Woche an den Ermittlungen beteiligt sein. Der Minister betonte, daß der Erfolg der Polizei nur der früher in Frankreich abgelehnten Fahndung mit Hilfe von Plakaten und Prämien für Informanten zu verdanken sei. Pasqua zeigte sich besonders befriedigt, daß die Festnahme ohne Blutvergießen ablief: „Ich hatte Weisung gegeben, alles zu tun, damit sie lebend gefaßt werden, um keine Märtyrer aus ihnen zu machen."

Die Führer von Action directe unter Anklage

Nach dem Ende des «Landidylls» französischer Terroristen

Gegen die bei Orléans verhafteten vier Terroristenführer von Action directe ist Anklage erhoben worden. Jean-Marc Rouillan und Nathalie Ménigon sowie Joëlle Aubron und Georges Cipriani wurden vorerst bloss des kriminellen Zusammenschlusses, des Verstosses gegen Waffen-, Munitions- und Sprengstoffgesetze sowie der Entwendung oder Fälschung amtlicher Ausweise beschuldigt, während die von ihnen vermutlich verübten Attentate noch Gegenstand weiterer Ermittlungsverfahren bilden.

NZZ *Ch. M. Paris, 26. Februar*

Die vier französischen Linksterroristen, die letzten Samstag von der Polizei in *Vitry-aux-Loges* bei Orléans festgenommen werden konnten, sind vorderhand noch nicht der Ermordung General *Audrans* und des Renault-Generaldirektors *Georges Besse* sowie des Mordversuchs an dem Industriellen *Guy Brana* und an General *Blandin* angeklagt. Während einer Gegenüberstellung mit *Nathalie Ménigon* und *Joëlle Aubron* sollen indes drei Zeugen des Attentats gegen Georges Besse vom 17. November letzten Jahres eine der beiden Frauen mit Bestimmtheit und die andere mit Vorbehalten als Täterin identifiziert haben.

Vorerst sekundäre Aspekte

Das Ermittlungsverfahren, das auch die Tatsache einzubeziehen hat, dass *Besses Aktentasche* und aus ihr stammende Dokumente in dem von den Terroristen seit November 1984 unter dem Decknamen «Eric Deroiel» für 4500 Francs im Monat gemieteten Bauernhaus gefunden wurden, läuft indes noch weiter. Die Anklagepunkte, die den beiden Terroristinnen sowie dem 34jährigen Gründer von Action directe, *Jean-Marc Rouillan,* und dessen 35jährigem Komplizen *Georges Cipriani* zur Last gelegt werden, betreffen vorläufig erst juristisch sekundäre, zur weiteren Inhaftierung jedoch ausreichende Aspekte ihrer verbrecherischen Tätigkeit. Nathalie Ménigon, die am 28. Februar 30 Jahre alt wird, wurde schon am 14. November 1985 im Abwesenheitsverfahren zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, weil sie am 13. September 1980, als sie zusammen mit Rouillan bereits einmal verhaftet worden war, auf die sie umstellenden Polizisten geschossen hatte. Rouillan gelangte im April 1981 in den Genuss einer präsidialen *Amnestie,* während Ménigon nach einem Hungerstreik im folgenden Monat ohne Amnestie «aus medizinischen Gründen» *freigelassen* wurde.

Die Einrichtung eines «Volksgefängnisses»

Mit der Anklage wegen Zusammenschlusses zu einer kriminellen Vereinigung sind mehrere *Banküberfälle,* darunter am 27. März und 20. Juni letzten Jahres gegen eine Filiale der Société Générale in Orléans beziehungsweise Angers, anvisiert. Bei der Durchsuchung des Bauernhauses stellte sich ferner heraus, dass die Terroristen ein Zimmer als «Volksgefängnis» eingerichtet hatten, wohin sie, wie es heisst, eine Persönlichkeit zu verschleppen trachteten, um die Freilassung ihres seit drei Jahren inhaftierten 29jährigen Komplizen *Régis Schleicher,* des Mannes der 27jährigen Joëlle Aubron, zu erpressen. Es scheint sich auch eine *Liste* der ausersehenen Opfer für Entführungen oder gar neue Mordtaten gefunden zu haben, auf welcher ein führender Angestellter einer Rüstungsfirma sowie ein hoher Verantwortlicher des Atomenergiekommissariates an der Spitze figurieren sollen.

Ferner wurden 30 Kilogramm *Sprengstoff* sichergestellt, die bei einem im Département Deux-Sèvres im November 1984 verübten Diebstahl erbeutet worden waren; von dem bei der gleichen Aktion erbeuteten Explosivmaterial wurden weitere Teile in *Spanien* und in der *Bundesrepublik Deutschland* bei Terroranschlägen verwendet, während letzten September in der Champagne 15 Kilogramm des gleichen Sprengmaterialvorrats aufgespürt wurden, was in jenem Fall zur Anklageerhebung gegen einen Iraner führte, der auch Verbindung zu den belgischen Action-directe-Verbündeten *Cellules communistes combattantes* (CCC) unterhalten haben soll. Im Bauernhaus von Action directe scheinen überdies Dynamitstäbe gefunden worden zu sein, die aus der Beute von 816 Kilogramm Sprengstoff aus dem Anfang Juni 1984 bei Ecaussines in Belgien verübten Diebstahl stammen.

«Robert» und «Nadine»

Die Tatsache, dass Jean-Marc Rouillan und Nathalie Ménigon, die sich als belgische Staatsangehörige ausgaben, seit über drei Jahren in dem am Canal d'Orléans gelegenen Bauernhaus Pont-aux-Dions des drei Kilometer von Vitry-aux-Loges entfernten Weilers *Gué Girault* unbehelligt als «Robert» und «Nadine» eine von häufigen Fahrten nach Paris unterbrochene friedliche Tarnexistenz am Rande der Sologne führen konnten, hat viele Fragen aufgeworfen. Sie verfügten über zwei *gestohlene Autos;* am Peugeot 205 waren belgische, am Renault 11 falsche französische Nummernschilder angebracht. «Nadine» unterhielt freundschaftlichen Kontakt zu den wenigen Nachbarn, denen sie als überaus sympathisch erschien, während «Robert», der beständig die Gegend mit dem Feldstecher überwachte, sich dabei als *Birdwatcher* ausgab und sich im allgemeinen wenig zeigte, wesentlich reservierter wirkte und von manchen für einen Libanesen gehalten wurde.

Die Wohnungssteuer an die Mairie sowie die Wasserrechnung wurden unter dem Namen Ordeil beglichen, während Eric Deroiel im Telefonbuch als Wohnungsmieter figurierte. Der Briefträger betrat das Bauernhaus ebenso wenig wie eine Gendarmeriestreife, die vor langer Zeit

einmal in die Nähe des Ortes kam, in dessen Umgebung vor zwei Jahren eine Episode der dem legendären Kriminalkommissär *Maigret* gewidmeten Fernsehfilmserie gedreht wurde. Auf dem nächstgelegenen Gendarmerieposten, der sich in Châteauneuf-sur-Loire befindet und dessen zehn Gendarmen für ein Gebiet von 22 850 Hektaren mit 13 000 Einwohnern verantwortlich sind, hingen seit letztem November die *Fahndungsplakate* aus, auf welchen Nathalie Ménigon und Joëlle Aubron, allerdings auf Grund veralteter Photographien, gesucht wurden.

Polemik um die Amnestie von 1981

Präsident *Mitterrand* hatte in seiner Glückwunschbotschaft für die Verhaftungsaktion die Tatsache hervorzuheben versucht, dass der Fahndungserfolg auf eine *«minuziöse Arbeit von mehreren Jahren»* zurückgehe und somit die Regierung *Chirac* den Coup nicht für sich allein beanspruchen könne. Der Generalsekretär der Gaullisten, *Toubon*, sowie zwei weitere Vertreter des Regierungslagers, unter ihnen Postminister *Longuet*, provozierten dann mit ihrem Vorwurf, dass Georges Besse noch am Leben wäre, wenn die Terroristen nicht von der früheren Linksregierung freigelassen worden wären, eine unerspriessliche Polemik, in welcher der Gebieter im Elysée sich zu ungewöhnlich scharfen Ausfällen hinreissen liess. Mitterrand versuchte vor allem, das Ausmass der Amnestie zu Beginn seines Septennats zu banalisieren; er verwandte dazu eine Reihe juristisch einwandfreier Argumente, die jedoch die damalige, offensichtlich falsche politische Entscheidung zugunsten einer Nachsicht gegenüber den «irregeleiteten Agitatoren» nicht ungeschehen machen können. Der Präsident scheint diesen polemischen Schlagabtausch, den Premierminister Chirac nun für beendet zu erklären versuchte, teilweise ungewollt nach dem Diktum «Qui s'excuse, s'accuse» betrieben, anderseits aber auch bewusst zur Demonstration des weiter verschlechterten Klimas in der *«cohabitation»* verwandt zu haben.

SDZ 05-03-1987

RAF-Verbindung nach Frankreich belegt

Im Bauernhof der „Action Directe" fand die Polizei viel Belastungsmaterial

Bonn (Reuter)

Die Verhaftung von vier führenden Mitgliedern der französischen Terrororganisation „Action Directe" (AD) am 21. Februar in der Nähe von Orleans hat für die Sicherheitsbehörden neue Erkenntnisse über Verbindungen zwischen AD und der deutschen Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion" (RAF) erbracht. Dies wurde am Mittwoch aus Kreisen der beteiligten deutschen Stellen bekannt.

In dem Bauernhaus bei Orleans, in dem die AD-Führung von der Polizei überwältigt worden war, hatten die Behörden zahlreiche Unterlagen sichergestellt. Darunter seien auch Gegenstände gewesen, die nach Darstellung deutscher Sicherheitsexperten die bereits mehrfach öffentlich bekundete Zusammenarbeit von AD und RAF weiter belegten. Unmittelbar nach Bekanntwerden des gelungenen Schlags in Orleans hatte das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) Anti-Terror-Experten zur Hilfe bei der Auswertung der Funde nach Frankreich entsandt.

Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael-Andreas Butz, bestätigte in Bonn, daß die französische Polizei inzwischen Erkenntnisse aus den Funden in der Nähe von Orleans an die deutschen Behörden übermittelt habe. Zu Einzelheiten wollte er sich jedoch nicht äußern. Aus Sicherheitskreisen wurde bekannt, daß eine Reihe von Spuren nach Deutschland führten. So seien in dem Bauernhaus unter anderem zwei Revolver und eine Pistole gefunden worden, die aus dem Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen am 5. November 1984 stammten. Dieser Überfall werde der RAF zugeschrieben.

Außerdem hätten die AD-Führer Sprengstoff besessen, der aus einem Steinbruch im belgischen Eccaussines gestohlen worden sei. Aus der gleichen Quelle stammte der Sprengstoff, den vermutlich RAF-Terroristen bei dem vereitelten Anschlag auf eine NATO-Schule in Oberammergau im Dezember 1984 und bei dem Attentat auf das Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz im Mai 1985 verwendet hatten. Ferner sei in den AD-Unterlagen nach Angaben der deutschen Sicherheitsexperten ein gefälschter deutscher Führerschein gefunden worden. Er sei auf eine Person in Frankfurt ausgestellt gewesen, die jedoch nach Erkenntnissen der deutschen Polizei nicht existiere.

Auch in dem umfangreichen Schriftmaterial aus dem Bauernhaus bei Orleans hätten sich zahlreiche Belege für die Zusammenarbeit zwischen AD und RAF gefunden. Dazu gehöre ein gemeinsames Communiqué der beiden Gruppen vom 15. Januar 1985, in dem eine Koordinierung der westeuropäischen Terrororganisationen gefordert worden sei. Als Beleg für diese Zusammenarbeit seien in einer nach Erkenntnissen der Fahnder abgestimmten Aktion am 25. Januar in Paris der französische General Rene Audran und am 1. Februar in München der Manager Ernst Zimmermann erschossen worden. Außerdem seien französische Übersetzungen von Selbstbezichtigungsschreiben der RAF zu verschiedenen Attentaten und einige Exemplare der RAF-Untergrundzeitung *Zusammen kämpfen* sichergestellt worden. Auch eine Skizze, die wahrscheinlich den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Frankfurt darstelle, gehöre zu dem AD-Material.

Nach dem Schlag gegen Terror-Zentrale enthüllt QUICK

Sie wollte Willy Brandt entführen

Die französische Terroristin Joëlle Aubron und drei Komplizen gingen der Polizei ins Netz. In ihrem Unterschlupf wurde ein präziser Plan für die Entführung des SPD-Chefs Willy Brandt entdeckt

Ein skrupelloser Plan, fein säuberlich abgeheftet in einem roten Aktenordner. Die Straßenkarte zeigt den Ort Gagnieres in Südfrankreich. Alle Fluchtwege aus dem 600-Seelen-Dorf sind rot markiert. Auf acht Schreibmaschinenseiten wird präzise die Lage eines 200 Jahre alten Natursteinhauses beschrieben: die versteckte, 50 Meter lange Auffahrt durch ein Pinienwäldchen, Eingänge, die Räume des zweistöckigen Landsitzes, Telefonleitungen und Stromzufuhr sind skizziert.

Dazu Notizen: „Sicherheitsmaßnahmen gering, maximal zwei Bewacher... Gendarmerie macht unregelmäßig Kontrollen... Vermutlich Ostern im Haus." Auf einer Seite detaillierte Informationen über das Opfer, das in dem Dossier unter dem Kürzel W. B. aufgeführt wird.

W. für Willy, B. für Brandt.

Der SPD-Chef, der auch dieses Jahr mit Ehefrau Brigitte in seinem Ferienhaus in der Provence Ostern feiern will, sollte nach QUICK-Informationen von Terroristen entführt werden. Der rote Ordner gehört zu den hochbrisanten Beweismitteln, die der französischen Polizei beim Sturm auf das Hauptquartier der französischen Terrororganisation „Action Directe" in die Hände fielen. Bei dem monatelang ausgeklügelten Schlag, der am 21. Februar vier von Europas gewalttätigsten Links-Terroristen beim Abendessen überraschte.

Ideales Terroristenversteck im Herzen Frankreichs

Ein Bauernhof, idyllisch zwischen Fischteichen und einem Bach, 30 Kilometer von Orléans entfernt im Tal der Loire. Nur ein unscheinbarer, 300 Meter langer Feldweg verbindet das Gehöft mit einer wenig befahrenen Landstraße – ein ideales Terroristenversteck im Herzen Frankreichs. Zwei Pärchen, Jean-Marc Rouillan, 34, mit Freundin Nathalie Ménigon, 29, und Georges Cipriani, 35, mit Joëlle Aubron, 27, sitzen in der Küche am gedeckten Tisch. Das schlichte Menü: Kartoffelbrei mit Würstchen, dazu eine Flasche Rotwein, Marke „Chirouze". Selbst beim Essen tragen die vier geladene Pistolen.

Sie besprechen die letzten Einzelheiten einer bevorstehenden Geiselnahme. Eines der sechs Zimmer ist bereits als Gefängnis für das Opfer hergerichtet worden: an der Wand ein roter, fünfzackiger Stern, davor der Lehnstuhl, in dem der Entführte fotografiert werden sollte, als Beweis für das Kidnapping.

Um 20.55 Uhr eine ohrenbetäubende Detonation, Holzsplitter schießen in die Luft, durch die aufgesprengte Eingangstür stürmen 15 schwarz vermummte Männer der Elitetruppe „RAID" in die Küche. Die sekundenschnelle Attacke lähmt die Terroristen, es bleibt keine Zeit zur Gegenwehr. Als es längst zu spät ist, wollen Cipriani und Rouillan noch durch das Fenster springen. Aber eine MP-Garbe hindert sie an der Flucht.

Der scheinbar so friedliche Hof entpuppt sich schon beim ersten Durchsuchen als Kommandozentrale und Waffenlager der „Action Directe", in Frankreich kurz AD genannt. Außer einer Namensliste mit 236 potentiellen Entführungsopfern entdecken die Fahnder zwei Maschinenpistolen, ein Sturmgewehr Marke Herstal, drei automatische Pistolen Kaliber 11,43, einen 38er Revolver, eine 9-Millimeter-Pistole und 30 Kilo Sprengstoff.

Mit diesen Waffen verübte die 1979 gegründete AD 80 Anschläge. Zuletzt ermordete ein Kommando am 17. November vergangenen Jahres den Renault-Chef Georges Besse. Eine Zeugin identifizierte bei einer Gegenüberstellung eindeutig Nathalie Ménigon als Attentäterin.

Eine ungeahnt heiße Beute sammelt die Polizei in den Regalen und Schränken des Bauernhofs. 472 Dokumente, die das internationale Terrornetz vom Libanon über Frankreich nach Deutschland entlarven: ein Adreßbuch mit Namen und Telefonnummern, auch aus Beirut.

Ein Vertrag zwischen RAF und „Action Directe"

Es fand sich ein Solidaritätsvertrag zwischen der AD und der baskischen Untergrundorganisation ETA, der nahöstlichen FARL, die in Frankreich Gesinnungsgenossen freipressen will, und der deutschen „Rote Armee Fraktion" (RAF). Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe: „Die haben Sachen gefunden, die für uns interessant sind. Sowohl Gegenstände als auch Papiere."

Beispielsweise Schreiben, in denen die RAF ihre Terrorkomplizen im Nachbarland in englischer Sprache offensichtlich zur Brandt-Entführung ermuntert: „Nach unseren Informationen wird sich die Person Ostern nach G. begeben. Die Aktion wird die Sicherheitsbehörden besonders hart treffen, da es sich um einen ausländischen Politiker handelt. Nach unseren Erfahrungen werfen multinationale Aktionen große Probleme zwischen den betroffenen Staatssystemen auf. Wir befürworten und unterstützen euch mit Parallelaktionen."

Ein anderes Dokument beweist, daß die RAF die AD zeitweilig an den „gemeinsamen Kampf" erinnert, der 1985 beschlossen und sogar veröffentlicht worden war: „Seit unserer Kooperation sind fast zwei Jahre vergangen. Wir haben unseren Kampf weitergetrieben, doch wir sind nur stark, wenn wir zusammenhalten. Vergeßt nicht, daß unsere Sache nur eine Chance hat, wenn wir alle koordiniert das System angreifen und dessen Handlanger eliminieren. Wir fordern euch auf, an die Front zu gehen und international zu agieren."

In einem weiteren Brief, abgestempelt am 4. Oktober 1986 in Straßburg und adressiert an eine Marie Serrat, Post Restante Paris XVIII, heißt es sogar: „Seid ihr feige geworden? Hat euch der Kapitalismus endlich kassiert? Wir stellen euch ein letztes Ultimatum!" Wollte die AD mit der Brandt-Entführung ihren solidarischen Haß auf das westliche System unter Beweis stellen?

Aus den Funden im Bauernhof geht hervor, wie eng die Euroterroristen kooperieren. Die AD versorgt ihre deutschen Freunde mit gefälschten französischen Pässen und Führerscheinen. Sie lieh der RAF – das wurde pedantisch nach Buchhalter-Manier vermerkt und gegengezeichnet – dreimal Geld aus Banküberfällen: insgesamt 600 000 Francs (180 000 Mark).

Gemeinsam kundschaftete man auch die sichersten Fluchtwege ins Ausland aus. Eine Liste mit „ungefährlichen Grenzübergängen" lag in dem Bauernhof: Ostende, Wissembourg/Elsaß, Longwy/Luxemburg, das Dreieck Basel, Namur/Belgien. Die Terrori-

Quick 04-03-1987

sten legten eine Liste von Busunternehmen an, mit denen risikolose Grenzübertritte möglich sind. Anleitungen für das unauffällige Öffnen von Zollplomben fanden sich, um heimlich an Bord von Lastwagen Grenzstationen zu passieren.

Die Terrorstrategen überlassen nichts dem Zufall, nicht einmal die Übernachtung. Das dokumentiert eine Aufstellung europäischer Luxushotels, in denen die sogenannten „Aktivisten" unbehelligt absteigen können – dank der Anonymität der riesigen Übernachtungspaläste. Der simple Trick: Ein Sympathisant mietet das Zimmer und gibt den Schlüssel an den Terroristen weiter. In Deutschland gelten als sicher: das Sheraton und das Hilton in München; in Frankfurt das Steigenberger Airport Hotel; in Hamburg das Plaza – ein Extra-Vermerk auf der Liste weist darauf hin, daß dort der Zugang zu den Zimmern über die Disco im Dachgeschoß möglich ist. Alle Buchungen, so heißt es in der Anweisung, sollten durch offizielle Reisebüros per Telex bestätigt werden. Die Kommunikation zwischen RAF und AD lief angeblich über einen Pariser VIP-Büroservice, der Telefonate und Telexe anonym an die Kunden weiterleitet.

Doch die Terrorgruppen pflegen nicht nur ihre kriminellen konspirativen Beziehungen, sondern auch private. Sogar Liebe ist im Spiel. Aus dem deutschen Untergrund soll ein zärtlicher Brief stammen, den die Polizei im Koffer der hübschen, rotblonden Joëlle Aubron fand. Unterschrieben hat die gefühlvollen Zeilen ein gewisser „Hotte".

Verbirgt sich dahinter der deutsche Top-Terrorist Horst Ludwig Meyer, 30, der zusammen mit seiner gleichaltrigen Frau Barbara an den Mordanschlägen auf Siemens-Chef Karl Heinz Beckurts und den Diplomaten Rudolf von Braunmühl beteiligt gewesen sein soll?

Zum deutsch-französischen Terroristen-Flirt kam es, während Joëlle Aubrons Ehemann und AD-Mitbegründer Régis Schleicher, 29, im Gefängnis auf seinen Prozeß wartete. Wegen Polizistenmorden 1983 in Paris droht ihm lebenslange Haft.

Das Terroristenpaar fand gute Freunde im Dorf

Ihn wollte das AD-Kommando mit der im Bauernhof ausgeheckten Geiselnahme freipressen. Dort wollten sie ihr Opfer einkerkern, dort fühlten sie sich sicher. Die bei dem Polizeiangriff verhafteten Jean-Marc Rouillan und Nathalie Ménigon, im Dorf nur bekannt als Robert und Nadine, lebten seit Ende 1984 in dem ausgebauten Hof. Die Nachbarn, zumeist einfache Bauern, hatten das Paar ins Herz geschlossen. Vor allem die tierliebe Nathalie alias Nadine. Sie hielt sich sechs Hamster, Kaninchen, Enten und Ziegen. „Wenn ich nur daran denke, wie sie mit mir schimpfte, wenn ich zur Jagd ging", erinnert sich Jean, bei dem sie oft auf einen Aperitif vorbeischaute.

Die gutgläubigen Nachbarn waren fassungslos, als sie hören mußten, daß das liebgewonnene Pärchen die gemeinsten Verbrechen auf dem Konto hat.

Auch der Sozialist François Mitterrand unterschätzte schon einmal die Gefährlichkeit der beiden. Rouillan und Ménigon saßen 1980 erstmals wegen Mordversuch und Banküberfall hinter Gittern. Doch nach dem Wahlsieg der Linken schenkte ihnen der Staatschef 1981 die Freiheit.

Dafür mußte Frankreich teuer bezahlen. Fast hätte die Bundesrepublik mitbezahlt. Durch die Entführung von Willy Brandt.

Christian Burg/Andreas Petzold

Belgische terreurbestrijders op Action Directe-toer

Gaz.v.Antw.28.02

Enkele leden van de Belgische AGG, de Anti-terroristische Gemengde Groep, vertoeven momenteel in Parijs. Ze vergaderen daar met de Franse politie naar aanleiding van de arrestatie van vier kopstukken van Action Directe.

Zoals bekend had de vangst vorige zaterdag plaats in een boerderij te Vitry-aux-Loges nabij de Franse stad Orléans. Met Jean-Marc Rouillan, Nathalie Menigon, Joëlle Aubron en Georges Cipriani hebben ze nog geen contact gehad, maar dat kan voor later zijn.

Inmiddels werd de huurder te Vitry-aux-Loges geïdentificeerd. De eigenaar van de hoeve had verklaard dat de huurder een Belg was. Nu blijkt evenwel dat het gaat om een Fransman, Eric Moreau, die een Belgisch persoonsbewijs droeg dat echter vals was. Moreau is een 30-jarige Parijzenaar. Hij wordt in Frankrijk gezocht wegens bezit van wapens en explosieven. Men weet dat hij een schilderij van Jeroen Bosch stal uit een Frans museum. Hij was toen in het gezelschap van de Belg Gerard Lamine, die nu in ons land zit opgesloten.

Nummerplaten

Ook is bekend geraakt dat de Belgische nummerplaten die gevonden werden op de wagen waarmee Nathalie Menigon rondreed, in de Borinage werden gestolen. In dat verband is in Bergen een groot onderzoek gestart om de juiste (en duistere ?) omstandigheden van deze diefstal te achterhalen.

Dat er terroristisch verkeer bestond tussen België en Frankrijk is stilaan wel duidelijk. Er werd immers ook vernomen dat een wapen dat in de boerderij in Vitry werd gevonden het 7.65 mm-pistool is van inspecteur van gerechtelijke politie (nu commissaris) Jean-Marie Arnould. In maart 1984 werd hij korte tijd door Nathalie Menigon en enkele medestanders gegijzeld te Elsene. Nu wordt nog onderzocht of dat politiewapen al dan niet werd gebruikt bij aanslagen, gepleegd door Action Directe.

Belgische topspeurders naar Parijs voor onderzoek Action Directe

Vingerafdrukken van Nathalie op overvalauto te Brussel

Gaz.v.Antw.26.02.1987

De terreurbestrijders in Brussel weten met zekerheid dat twee holdups in mei 1984 gepleegd werden door de Franse Action Directe.

Op de rode Volvo waarmee de vier gangsters bij de eerste overval ontkwamen, en die later op de hoek van een straat werd teruggevonden, ontdekte de recherche immers de vingerafdrukken van Nathalie Menigon. De vrouw werd samen met nog 2 mannen en een vrouw in het weekeinde in een boerderij te Vitry-aux-Loges nabij Orléans aangehouden. De boerderij bleek het hoofdkwartier van de Action Directe te zijn.

In de boerderij werd enorm veel geld gevonden. Daarvan is een groot deel afkomstig van bankovervallen. En wat dat betreft onderzoekt men te Brussel nu met bekwame spoed of Action Directe niet meer holdups in België heeft gepleegd dan de twee waarvan men weet heeft.

Op 3 mei 1984 werd de bank Dagroof aan de Industriestraat te Brussel en op 11 mei 1984 de hoofdzetel van de Kredietbank aan de Arenbergstraat overvallen. In eerstgenoemde bank werd 3 miljoen buitgemaakt, in de Kredietbank circa 3,8 miljoen.

Bij de holdup op de Kredietbank te Brussel waren drie gangsters, gemaskerd met een pruik en een bril en gewapend met machinepistolen, en een niet gewapende vrouw betrokken. Toen een van de gangsters in bezit geraakte van 2,5 miljoen Belgisch geld en vreemde valuta van 30 verschillende landen waaronder 100.000 Braziliaanse cruzero's, kwam de vrouw (Nathalie Menigon ?) tussen. Ze droeg een deel van het geroofde geld naar buiten om het onder te brengen in een witte Mitshubishi die twee dagen voordien te Ukkel werd gestolen en een kwartier na de bliksemsnelle overval aan de Rogierlaan werd teruggevonden.

Wellicht begin maart vertrekken enkele Belgische topspeurders naar Parijs om daar met de Franse politie overleg te plegen en na te gaan in hoeverre de gearresteerde leden van de Action Directe, bindingen hebben gehad met de CCC, de Strijdende Communistische Cellen. Te Brussel kon woensdag worden vernomen dat tot nog toe in de boerderij te Vitry-aux-Loges niets werd gevonden dat wijst op een rechtstreekse link tussen de Franse terreurgroep en Pierre Carette.

Ook over de aangetroffen explosieven durft men te Brussel zich nog niet uitspreken, ofschoon reeds werd gezegd dat de bij Rouillan en Menigon gevonden springstoffen afkomstig zijn van de 800 kg. die in juni 1984 in de steengroeve van Ecaussinnes (Henegouwen) werden geroofd.

C.H.

Anklageerhebung im Mordfall Besse

NZZ

Nachweis von Querverbindungen zur RAF

Nathalie Ménigon und Joëlle Aubron, die beiden zu Action directe gehörigen führenden französischen Terroristinnen, die am 21. Februar zusammen mit Jean-Marc Rouillan und Georges Cipriani bei Orléans von der Polizei verhaftet werden konnten, sind am Donnerstag wegen Mordes an Georges Besse, dem Generaldirektor von Renault, unter Anklage gestellt worden. Im Zusammenhang mit der am 17. November 1986 in Paris verübten Untat wurden Rouillan und Cipriani der Beihilfe zum Mord angeklagt.

Ch. M. Paris, 5. März

Allen vier führenden Angehörigen von Action directe, gegen die schon am 26. Februar wegen Zusammenschlusses zu einer kriminellen Vereinigung sowie wegen Verstosses gegen die Gesetzgebung über Waffen, Munition und Sprengstoff und zusätzlich wegen Entwendung oder Fälschung amtlicher Dokumente Anklage erhoben worden war, droht jetzt die Maximalstrafe: lebenslänglicher Freiheitsentzug. Zu einer solchen Strafe war Nathalie Ménigon bereits im Abwesenheitsverfahren am 14. November 1985 verurteilt worden, weil sie bei ihrer ersten Verhaftung am 13. September 1980 auf die sie umstellenden Polizisten *geschossen* hatte; dieses Verfahren muss nach der nun erfolgten zweiten Verhaftung der Angeklagten neu aufgerollt werden. Jean-Marc Rouillan steht auch wegen eines vor vier Jahren verübten Raubüberfalls auf ein Juweliergeschäft in Paris unter Anklage.

Waffen- und Materialfund

Laut Zeugenaussagen feuerte die 27jährige Joëlle Aubron die ersten Schüsse auf Georges Besse ab, während Nathalie Ménigon zunächst in einer «Sicherungsdistanz» abwartete und vor Verlassen des Tatortes auf das Opfer den letzten, tödlichen Schuss abgab. Im Versteck der Terroristen in Vitry-aux-Loges fanden sich neben einem Sprengstoffvorrat, *elektronischem Abhörgerät*, der Schreibmaschine, die zur Abfassung der makabren Erklärungen zu den Attentaten gedient hatte, und neben einem Photokopiergerät auch einige Waffen und 80 Zünder.

Dieser Waffenfund – obwohl weniger umfangreich als erwartet, was auf das Bestehen weiterer Verstecke schliessen lässt – erwies sich als überaus aufschlussreich, da auf Grund der einzelnen Waffen die *Querverbindungen* von Action directe zu den belgischen «Cellules communistes combattantes» (CCC) und vor allem zu der deutschen Rote-Armee-Fraktion nachgewiesen werden können.

Zwei Revolver und eine Pistole stammen nach Angaben von Beamten des Bundeskriminalamtes, die nach der Verhaftungsaktion bei Orléans und in Paris Ermittlungen anstellen konnten, aus einem von deutschen Terroristen verübten Überfall auf ein Waffengeschäft in Maxdorf bei Ludwigshafen. Ein belgisches Sturmgewehr sowie die Dienstwaffe eines belgischen Polizisten wiesen darüber hinaus auf die zahllosen Aufenthalte von Rouillans Gruppe in Belgien und die Zusammenarbeit mit dem seither ebenfalls eingekerkerten CCC-Anführer Carette. Cipriani, der fliessend Deutsch spricht, scheint hauptsächlich den Kontakt zu den deutschen Terroristen aufrechterhalten zu haben. Nicht er, wie ursprünglich vermutet, sondern ein seit Jahren völlig von der Bildfläche verschwundener weiterer Angehöriger von Action directe, der Polizistensohn *Eric Moreau*, versteckte sich dagegen hinter dem Decknamen «Eric Deroiel», unter welchem das Bauernhaus in Vitry-aux-Loges gemietet worden war. In diesem fand sich zudem unter einer grösseren Geldsumme auch ein Betrag in jugoslawischer Währung.

Suche nach weiteren Verstecken

Laut Sicherheitsminister *Pandraud* konnten nicht nur die Verbindungen zu Belgien und zur Bundesrepublik, sondern auch nach Italien in sehr präziser Weise nachgewiesen werden. In Frankreich wird freilich noch nach weiteren Verstecken gesucht. Deshalb beschlossen die Polizeibehörden, ein neues Fahndungsplakat zu drucken und im ganzen Land anzuschlagen. Darauf sind die vier angeklagten Terroristen mit neuen, nach ihrer Festnahme aufgenommenen Photographien abgebildet; alle Personen, die in den letzten Jahren mit den vier jetzt Angeklagten in Kontakt gekommen sind, werden zur Zeugenaussage aufgerufen.

Auf einem früheren Fahndungsplakat waren nur Ménigon und Aubron mit zudem veralteten Photographien abgebildet. Gleichwohl soll dieses Plakat laut Innenminister *Pasqua* eine wichtige Rolle für den Fahndungserfolg gespielt haben; mittlerweile ist die Belohnungsprämie von einer Million Francs an die Person oder Personen *ausbezahlt* worden, welche den zur Verhaftung führenden entscheidenden Hinweis gegeben hatten. Vor dem Mehrheitswechsel vom März letzten Jahres hatten die sozialistischen Regierungen sich stets geweigert, den Weg der Fahndungsplakate und der Belohnungsprämien in der Abwehr des Terrorismus zu beschreiten.

Bonner Rundschau 28-02-1987

Die Terror-Banden verbündeten sich

Frankreichs AD und RAF: Enge Kontakte

VON HORST ZIMMERMANN

Die Verbindungen zwischen der französischen Terrorgruppe Action Directe (AD) und der deutschen Rote-Armee-Fraktion (RAF) waren nach jüngsten Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden möglicherweise erheblich enger, als bisher angenommen wurde. Das Bundeskriminalamt bemüht sich zur Zeit um Klärung der Frage, ob sich unter den vier festgenommenen Anführern der Action Directe der Mörder des amerikanischen Soldaten Edward Pimental befindet.

Am 8. August 1985 hatte ein Terrorkommando einen Anschlag auf die Frankfurter Rhine-Main-Airbase der US-Streitkräfte verübt. Zu dem Anschlag hatten sich RAF und Action Directe bekannt. Vor dem Attentat hatten zwei Terroristen den amerikanischen Soldaten Pimental ermordet, nur um an dessen Dienstausweis zu kommen und so das Bomben-Auto unkontrolliert auf das Gelände der Airbase fahren zu können.

Die Ermittlungsbehörden haben die deutsche Terroristin Sigrid Sternebeck in Verdacht, Pimental in eine Falle gelockt zu haben. Sie war in Begleitung eines „südamerikanisch aussehenden Typen". Dabei könnte es sich um den Korsen Georges Cipriani (35) handeln, der am 21. Februar zusammen mit drei weiteren Köpfen der Action Directe gefaßt wurde.

Verschnaufpause?

Von Cipriani wissen die Behörden, daß er sich vor zwei Jahren längere Zeit in der Bundesrepublik aufgehalten hat. Das BKA bemüht sich jetzt darum, Cipriani dazu befragen zu können.

Deutsche Terrorismus-Experten warnen vor der Annahme, daß die Festnahme der vier Action-Directe-Anführer das Ende der Terrorgruppe und zugleich einen schweren Schlag für die RAF bedeute.

Sie erinnern daran, daß sich RAF und italienische Rote Brigaden nach der Festnahme von Anführern bisher stets nach einiger Zeit neu organisieren konnten.

RAF und Action Directe seien trotz aller Zusammenarbeit nie so eng verzahnt gewesen, daß der Zugriff der französischen „Flics" sich jetzt automatisch auch auf die RAF auswirken müsse.

Über die in dem Bauernhof bei Orléans gefundenen Hinweise und Spuren schweigen sich französische und deutsche Polizei vorerst aus. Dafür gibt es taktische Gründe: „Wir hoffen auf eine Verschnaufpause. Die Angehörigen der beiden Banden müssen sich vorerst ganz still verhalten, weil sie nicht sicher sein können, was an neuen Ansatzpunkten gefunden wurde", meint ein hoher Sicherheitsexperte.

Gemeinsame Attentate

Nur soviel wurde bekannt: Die Hinweise auf eine Zusammenarbeit der beiden Banden haben sich weiter verdichtet.

Mittlerweile gilt als sicher, daß beide Banden gemeinsam den Anschlag auf Interpol am 16. Mai 1986 und den Anschlag auf den Bundesgrenzschutz in Heimerzheim bei Bonn am 11. August 1986 verübten.

Vor der Ermordung des französischen Generals Audran wurde ein Telefonanruf registriert, bei dem eine Frau Französisch mit deutschem Akzent sprach. Zu den Mitgliedern der Action Directe zählen die Behörden die deutsche Anwältin Charlotte Granier, die im Juni 1985 verhaftet wurde. Die Frau ist eine geborene Dunnebier und Tochter eines Bremer Staatsanwalts.

Nach Analysen der deutschen Sicherheitsbehörden ist damit zu rechnen, daß die RAF neue Anschläge für das kommende Frühjahr plant. Am 7. April jährt sich zum zehnten Mal der Mordanschlag auf Generalbundesanwalt Siegfried Buback. Ein Kenner der Terrorszene: „Die RAF-Leute hatten schon immer einen besonderen Hang zu Gedenktagen . . ."

Für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand

Wir dokumentieren im folgenden eine Erklärung von Rechtsanwälten von politischen Gefangenen. Die Haftverhältnisse der politischen Gefangenen haben sich in den letzten zwei Jahren nicht verbessert, und in der Öffentlichkeit werden die Haftbedingungen weitgehend totgeschwiegen. Die Anwälte bieten an, Veranstaltungen und andere Formen der öffentlichen Erörterung mit Beiträgen und Materialien zu unterstützen. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden. – (uld)

Der letzte Hungerstreik von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand für ihre Zusammenlegung in große Gruppen ist zwei Jahre her. Die Isolation besteht weiter.

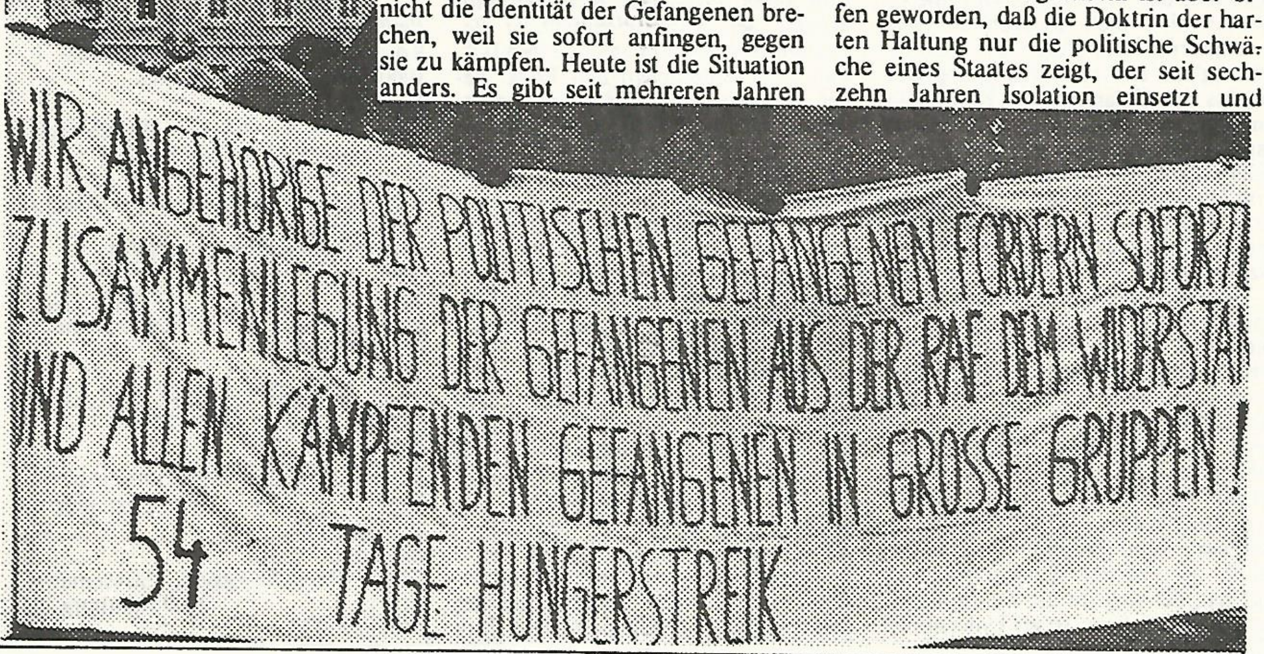
Wir haben uns zu diesem Aufruf entschlossen, weil die Zusammenlegung notwendig ist und weil wir denken, daß sie erreicht werden kann, wenn wir und alle, die die Forderung der Gefangenen unterstützen, nicht aufhören, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wie ist die Situation?

Während des Hungerstreiks ist deutlich geworden, daß die Isolation revolutionärer Gefangener für die BRD bei der Widerstandsbekämpfung inzwischen die Bedeutung einer strategischen Position hat. In den ersten Jahren war das Ziel vor allem, die Gefangenen in der Isolation schnell zu zerstören oder umzudrehen, sie als Revolutionäre auszuschalten, Kontinuität zu verhindern und an ihrem Zusammenbruch die Aussichtslosigkeit ihrer Politik und Praxis zu demonstrieren. Die Ergebnisse von Experimenten der US-Armee, auf die sich die BRD dabei gestützt hat, hatten vorausgesagt, daß ein Mensch Isolation nur über einen kurzen Zeitraum aushalten kann.

Tatsächlich konnte die Isolation aber nicht die Identität der Gefangenen brechen, weil sie sofort anfingen, gegen sie zu kämpfen. Heute ist die Situation anders. Es gibt seit mehreren Jahren einen wachsenden Widerstand in der BRD, wobei Politiker und Spezialisten für die Aufstandsbekämpfung den kriegsmäßigen Charakter der Auseinandersetzung konstatieren und sich auf eine lange Dauer einrichten. Die Isolation hat neben der Vernichtung und Abschreckung jetzt auch den weiter gefaßten Zweck, mit den Gefangenen aus der Guerilla und dem Widerstand die Politik, für die sie stehen, zu vergraben, möglichst von allen Menschen abzuschotten. So die unzähligen Schreib- und Besuchsverbote für Leute, die mit den Gefangenen politisch diskutieren wollen. Und hier liegt auch der Grund, warum der Staat die Zusammenlegung so unbedingt verhindern will: es geht um das praktische Beispiel, das sich in dem Kampf revolutionärer Gefangener für kollektive Strukturen und Arbeitsprozesse, insbesondere unter den Extrembedingungen der Haft, vermittelt – auch für die, die ihnen nicht nahestehen. Wo Vereinzelung, Konkurrenz, Ohnmacht und Entpolitisierung unentbehrliche Bedingungen von Herrschaft sind, darf nicht sichtbar werden, daß Kollektivität und Selbstbestimmung Motor jeden gesellschaftlichen Widerstandes sind.

Im letzten Hungerstreik ist aber offen geworden, daß die Doktrin der harten Haltung nur die politische Schwäche eines Staates zeigt, der seit sechzehn Jahren Isolation einsetzt und



ebensolange ihre Existenz abstreitet, weil sie international als Folter geächtet ist.

Natürlich sind Tatsachen nicht ewig zu dementieren, sie sind da und sie sind sichtbar. Weil die Isolation drastisch sichtbar ist an den Trakten, Trennscheiben, Spezialzellen usw., wurden während des Hungerstreiks britische, belgische und holländische Europa-Abgeordnete nicht in die Gefängnisse gelassen, obwohl das zu ihren Rechten gehört. Aus dem gleichen Grund unterschreibt die BRD die Anti-Folter-Konvention des Europarats nicht, die sich ausdrücklich auch auf die Isolationspraktiken hier bezieht und jederzeit Kontrollbesuche unabhängiger Delegationen verlangt – z.B. auch während einer Kontaktsperre.

Wo der Vorhang nicht ganz heruntergezogen werden kann, weil ein Abkommen schon besteht, wird zu Lügen gegriffen wie bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der BRD vor dem UN-Menschenrechtsausschuß im April 1986. Dort hat der BRD-Delegierte Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation geantwortet, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. Sämtliche anderen Fragen zu Kontaktsperre, Behinderung der Verteidigung wurden entweder gar nicht, nur halb oder falsch beantwortet. Zum Schluß sagte das sowjetische Mitglied, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.

Zur gleichen Zeit steht gegen Kämpfe der Gefangenen für die Zusammenlegung ein erweitertes Repressionsinstrumentarium bereit. Noch während des letzten Hungerstreiks wurde das Gesetz über die Zwangsernährung so geändert, daß es möglich wird, die öffentlich nicht mehr zu rechtfertigende Zwangsernährung durch die „Koma-Lösung" zu ersetzen: es wird abgewartet, bis der Gefangene ins Koma fällt, um ihn dann, völlig isoliert und damit ganz unter staatlichem Zugriff, im Schwebezustand zwischen Leben und Tod zu halten. Genauso war es bei Knut Folkerts. Eine offizielle Kontaktsperre wird so umgangen und als „medizinische Maßnahme" angeordnet.

Weitergegangen ist auch die Kriminalisierungsstrategie gegen die Gefangenen. In mehreren Urteilen ist inzwischen festgeschrieben, daß ein Hungerstreik „eine Aktion der RAF" sei, daß die Gefangenen selbst, solange sie im Knast weiterkämpfen, „Mitglieder der RAF" seien. Damit hat sich der Staatsschutz einen breiten Teppich für die Kriminalisierung von Angehörigen, Anwälten und Besuchern geschaffen. Jeder, der mit den Gefangenen Kontakt hat, der sich für die Zusammenlegung einsetzt, kann so als Unterstützer oder Mitglied der RAF verfolgt werden. Zug um Zug ist diese absolute politische Absurdität, die „RAF im Knast", in Beschlüsse und Urteile als Tatsache eingegangen. Sozusagen nebenbei, weil klar ist, daß die Bundesanwaltschaft einen öffentlichen Prozeß, in dem sie die Gefangenen wegen des Hungerstreiks anklagt, politisch nicht durchhalten kann. Er brächte alles auf den Tisch, jede Einzelheit des Programms und des langen Kampfes der Gefangenen dagegen. Die Kriminalisierung potenziert natürlich die Isolation der Gefangenen, aber auch hier ist die politische Abschottung zum Hauptzweck geworden. Eben weil die Gefangenen legal sind und die Diskussion mit ihnen direkt möglich ist, wird die Kriminalisierung gebraucht, die das illegalisieren und unmöglich machen soll.

Wir Anwälte haben angefangen, uns mit ausländischen Kollegen über die Erfahrungen in den einzelnen Ländern auszutauschen. Dabei haben wir festgestellt, daß Isolation in diesem Ausmaß und als Dauerzustand nur in der BRD existiert. Sie setzt sich allerdings durch, im Rahmen der Vereinheitlichung der Repression in den NATO-Staaten, wie auch die Kriminalisierungsstrategie, die die USA und BRD jetzt am liebsten global ausweiten wollen – von Guerillagruppen, Befreiungsbewegungen bis zu den national befreiten Staaten soll es nur noch Kriminelle geben.

Entsprechend hat es die US-Regierung jetzt abgelehnt, die Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention zu ratifizieren. (1977 wurden diese Zusätze verabschiedet, nach denen Befreiungsbewegungen und zum Teil auch Widerstandsgruppen als Subjekte des Kriegsvölkerrechts anerkannt werden.) Daß diese Protokolle nicht wirksam werden, sei „von fundamentaler Bedeutung für die Strategie der NATO", weil „die Änderungen den Effekt haben könnten, nationalen Befreiungsbewegungen und Terroristen Legitimation zu verschaffen, indem sie ihnen Kombattanten- und Kriegsgefangenenstatus einräumen".

Die Kriminalisierung des Kampfes von revolutionären Organisationen und ihre Anwendung gegen die Gefangenen aus ihnen ist eine Doktrin, die über die konkreten Bekämpfungsmaßnahmen hinaus eine strategische Position mit politisch-ideologischer Funktion ist. (So wurde der politische Status, den es in einigen westeuropäischen Ländern in verschiedener Form gab, Mitte der 70er Jahre auf Initiative der BRD überall abgeschafft und die Kriminalisierung zur einheitlichen Linie erhoben. Mit dem Tod von zehn nordirischen Gefangenen im Hungerstreik 1981 hat die britische Regierung diese Doktrin brutal exekutiert. Ihre „harte Haltung" sollte dem Kampf der Gefangenen in Westeuropa insgesamt einen Schlag versetzen und die Hoffnung nehmen. Damals wie auch im Hungerstreik der Gefangenen 1984/85 war das US-Außenministerium direkt in die Entscheidung eingeschaltet.) Die Staaten wollen sich mit dieser Doktrin die Definitionsmacht darüber verschaffen, was politische Opposition ist. Die politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen überall sind mit ihrem Kampf ein sichtbares Beispiel gegen die staatliche Definition „nur noch Kriminelle" und sollen deshalb als politische Subjekte ausgeschaltet werden.

Dieses Ziel führt in Eskalation dann soweit wie im Juni '86 in Peru. Die Gefangenen, die gegen die Folter, gegen ihre Verlegung in Isolationstrakts und für kollektive Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Achtung ihrer politischen Identität gekämpft haben, wurden massakriert, als ihr Kampf eine politische Stärke erreichte, die die Regierung mit Medienkontrolle und Betrug nicht mehr aus der Welt schaffen konnte.

Um die Zusammenlegung der Gefangenen zu erreichen, wollen wir über diese grundsätzliche Substanz der Auseinandersetzung und über die konkrete Situation der Gefangenen jetzt auf Veranstaltungen reden. Alle, die die Initiativen für die Zusammenlegung ergreifen wollen, mögen sich an uns wenden: wir können Veranstaltungen mittragen und Material zur Situation der Gefangenen zur Verfügung stellen.

Anwälte und Anwältinnen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand
Februar 1987

Informationen können bei folgenden Büros angefordert werden:

Berlin
RA Thomas Herzog, Kloedenstr. 1, 1000 Berlin 61, 030/6924548.
Frankfurt
RA Rainer Koch, Sandweg 50, 6000 Frankfurt 1, 069/490330.
Hannover
RA Gerd Klusmeyer, Am Klagesmarkt 10/11,
3000 Hannover 1, 0511/131318.
Bremen
RA Horst Wesemann, Sielwall 18, 2800 Bremen, 0421/702880.
Freiburg
RA Michael Moos, Poststr. 5, 7800 Freiburg, 0761/36073.
Düsseldorf
RAe Felkl & Diesing, Friedrich-Ebert-Str. 17, 4000 Düsseldorf 1, 0211/350545.
Hamburg
RAin Brenneke-Eggers, Stresemannstr. 81, 2000 Hamburg 50, 040/4395077.

Haftstrafen im Frankfurter RAF-Prozeß

Verurteilte Frauen hatten in Offenbach Wohnung für Terroristen gemietet

SDZ 6.3.87

Frankfurt (Reuter)

Ohne die von der Verhandlung ausgeschlossenen Angeklagten Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner sind am Donnerstag die Urteile im Frankfurter RAF-Prozeß verkündet worden: Die Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts verurteilte die 34jährige Ingrid Barabaß wegen Mitgliedschaft in der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) und wegen Waffenbesitzes zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten. Die 26 Jahre alte Mareile Schmegner erhielt wegen Unterstützung der RAF eine Haftstrafe von drei Jahren und zehn Monaten. Die Anklagevertreter hatten für Frau Barabaß fünf und für Frau Schmegner vier Jahre Gefängnis gefordert.

Das Gericht sah es nach siebenmonatiger Prozeßdauer als erwiesen an, daß Frau Schmegner Ende 1984 in Offenbach eine Wohnung angemietet hat, die dann im April 1985 von der zweiten Angeklagten übernommen wurde. Darin sollte von August 1985 an die 1986 in Rüsselsheim festgenommene mutmaßliche Terroristin Eva Sybille Haule-Frimpong wohnen. Dazu kam es aber nicht mehr, da Frau Barabaß und Frau Schmegner bereits im Juli 1985 verhaftet wurden. In der Offenbacher Wohnung waren fünf großkalibrige Faustfeuerwaffen sichergestellt worden. Sie stammten zum Teil aus Überfällen auf Waffenhändler in Frankfurt und Maxdorf und sollen von Frau Barabaß dort anschließend versteckt worden sein.

Das Anmieten der Wohnung werteten die Richter als „wertvollen Beitrag zur Förderung der Ziele der RAF". Die Urteile wurden in Abwesenheit der beiden Frauen verkündet, da sie für den Fall einer Vorführung Störungen angekündigt hatten. Bereits am Tag zuvor hatten sie Gericht und Bundesanwälte beschimpft und einen Stapel Papier in den Gerichtssaal geworfen. Wegen „ungebührlichen Verhaltens" verhängte das Gericht gegen beide Frauen fünf Tage Ordnungshaft.

Die ehemalige Pädagogin Ingrid Barabaß war bereits 1982 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung „Bewegung 2. Juni" zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Noch in der damaligen Untersuchungshaft schloß sie sich nach Überzeugung des Gerichts der RAF an. Frau Schmegner, eine ehemalige Studentin, habe sich ebenfalls „intensiv mit dem Gedankengut der RAF beschäftigt", heißt es in dem Urteil. Der Staatsschutzsenat hielt es jedoch im Gegensatz zur Bundesanwaltschaft nicht für erwiesen, daß die 26jährige auch Mitglied der RAF gewesen sei.

Wagner-Verteidiger verzichten im RAF-Prozeß auf Plädoyers

SDZ 7.3.87

Düsseldorf (Reuter)

Im Prozeß gegen den mutmaßlichen RAF-Terroristen Rolf Clemens Wagner, dem unter anderem Beteiligung an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer zur Last gelegt wird, hat die Verteidigung auf ein Plädoyer verzichtet. Vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts erklärte Wagners Vertrauensanwältin Heike Krause, in Absprache mit dem Angeklagten werde sie weder plädieren noch einen Antrag zum Strafmaß stellen. Der Pflichtverteidiger Walter Jäger schloß sich dem an, da Wagner es abgelehnt habe, mit ihm darüber zu sprechen. Die Bundesanwaltschaft hat eine lebenslange Freiheitsstrafe für Wagner beantragt. Das Urteil soll am 16. März verkündet werden.

Als Terrorist verurteilter Anwalt Haag aus der Haft entlassen

SDZ 28.2

ker. **Karlsruhe** (Eigener Bericht)

Der als Terrorist verurteilte frühere Rechtsanwalt Siegfried Haag ist bedingt aus der Haft entlassen worden. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Alexander Prechtel, erklärte, Generalbundesanwalt Rebmann habe diese Entlassung befürwortet, nachdem sich Haag in den vergangenen Jahren vollständig vom Terrorismus abgekehrt hatte. Mit der Entlassung Haags solle auch ein Signal gesetzt werden. Haag war seit 1976 inhaftiert. Er wurde 1979 zu einer Freiheitsstrafe von 15 Jahren wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen und wegen Geiselnahme verurteilt. Ihm wurde eine Beteiligung an dem Überfall von deutschen Terroristen auf die deutsche Botschaft in Stockholm vorgeworfen, bei dem am 24. April 1975 der Militärattaché Andreas von Mirbach und der Botschaftsrat Heinz Hillegaard von einem „Kommando Holger Meins" erschossen worden sind.

In Düsseldorf lebenslange Haft für Rolf Klemens Wagner gefordert

Düsseldorf (Reuter)

Im Prozeß gegen das mutmaßliche Mitglied der terroristischen Vereinigung „Rote Armee Fraktion" (RAF), Rolf Klemens Wagner, dem unter anderem Mittäterschaft an der Ermordung und Entführung des früheren Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer im Jahr 1977 vorgeworfen wird, hat die Bundesanwaltschaft eine lebenslange Freiheitsstrafe beantragt. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht gab die Anklage Wagner unter anderem die Mitverantwortung für vierfachen Mord, Geiselnahme und erpresserischen Menschenraub in Zusammenhang mit dem Anschlag auf Schleyer und seine Begleiter. Wagner war wegen der gleichen Anklagepunkte 1985 zu zweimal lebenslanger Haftstrafe verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte dieses Urteil allerdings später wieder aufgehoben, weil in dem Prozeß ein heimlich aufgenommenes Gespräch Wagners mit einem Vollzugsbeamten zur Beweisführung herangezogen worden war.

Endlich erschienen VOBO-Sonderheft. U. a. folgende Themen· Rechts Info, vorgesehener Ablauf der Volkszählung, rRechtliche Handlungsmöglichkeiten· Argumente gegen die Volkszählung· Re-identifizierung der Daten, Kriminalgeographische Untersuchungen, Volkszählung und Verkabelung, Tips für Ausländer/innen· Literatur· Volkszählung 0Sicherheitsgesetze9, maschinenlesbarer Personalausweis, Neufassung des 129a des StGB· Geschichte· Volkszählen im Nationalsozialismus· Dokumentation, Zählbogen, Volkszählungsgesetz/ Urteil. 44 Seiten für 4 DM+ 1 DM Porto in Geld oder Briefmarken bestellen bei: Stattzeitung Kassel, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel

Endlich ist der neue Kriminalisierungsrundbrief (Nr. 5) da: Diesmal Doppelnummer mit 36 seiten. Inhalt WAA-urteile, Sylvester-WAA; EA-Regensburg rät; knast-Briefe an den Krimirundbrief; Zur haftsituation von Claudia Wannersdorf u. Brigitte Mohnhaupt in Aichach; Grundsätzliches zur Isohaft; 4 seiten über die Duisburger Gefangenen, Mülheim· schafensersatzforderungen 17.000 DM; Göttingen — Ini gegen Wehrpflicht; Hamburg — 4 seiten über die Hafenstr.; Wendland-Anklage §129a; BRD-Verrat der genoss/innen der RAF für 1 Million DM (Einschätzung), Stammheim-brief von Peter-Jürgen Boock zum urteil; Detmold: Erstmals kriminalisierungsrundbrief beschlagnahmt;
Alles über Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel gegen 5 DM in briefmarken (Kl. werte) oder geld. Wir machen weiter!!

Kriminalisierungsrundbrief Nr. 6 erschienen: Themen· WAA-Urteile/ Prozeßtermine, Spionprozeß/Stellungnahme Redaktion. Kinderpsychiatrie, Geh bloß nicht zur Blockade u.v.m. Radi-aktiv Prozeß, Neue Gesetze 129a/130a (Erläuterung). 24 Seiten, gegen 2,50 DM in Breifmarken (kleine Werte) oder Geld über Umweltzentrum Kassel, Kriminalisierungsrundbrief, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel *(Weißt du was noch kriminell ist? Deine Schrift! d.s.in)*

§129 a/ §130a. „Generaldirektion innere Sicherheit" Dokumentation der Anti-AKW-Zeitschrift „atom" zur neuen gesetzeslage. Teil A: gesetze und begründung im Wortlaut. Stellungnahme v. Bundesanwaltschaft, Lochte, Strafverteidigungsintiativen und Einschätzungsartikel. Teil B: Sicherheitsgesetzte v. 28.2.'86, Staatssicherheit, Schleppnetzfahndung, Zevis, Volkszählung usw. 1 Ex. (52 seiten) 4 DM, Wiederverkäufer 3 DM. Bestellungen an: atom c/o Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945, 34 Göttingen ☎ **0551/77 00 158 oder G. Garbers, Posenerstr. 22, 2121 Reppenstedt**

Die Welt 25.2.87

Terrorszene bleibt unberechenbar

Der Schlag gegen „Action Directe" berührt Logistik der RAF / Neue Anschläge erwartet

WERNER KAHL/DW. Bonn

Die Verhaftung der mutmaßlichen Führung der „Action Directe" (AD) in Frankreich läßt noch keine sicheren Schlüsse auf die Auswirkungen für die deutsche Terrorszene zu. Allerdings soll die französische Polizei Unterlagen gefunden haben, die auf einen logistischen Zusammenhang zwischen der AD und der Rote Armee Fraktion (RAF) hinweisen.

„Eine Einschätzung der aktuellen Situation der RAF ist zur Zeit nicht möglich, da über den derzeitigen Aufenthaltsort der RAF-Mitglieder keine Informationen vorliegen". Diese inoffizielle Erklärung von zuständiger Seite gegenüber der WELT erinnert fast wörtlich an Lageberichte der Fahnder in vergangenen Jahren. Nur der Zufall, so scheint es, kann RAF-Mitglieder auffliegen lassen.

26 Personen werden mit Haftbefehl gesucht. Sind einige in Bagdad untergetaucht – als Gäste der nach Irak ausgewichenen Friderike Krabbe? Realistischer erscheint die Annahme, die ganze Bande heckt in der Bundesrepublik – verteilt auf Wohnungen zwischen Nord- und Süddeutschland – neue Anschläge aus.

Sicherheitsexperten äußerten gegenüber der WELT die Befürchtungen, daß die RAF sowohl einen Geldraub vorbereitet als auch einen neuen Mord oder einen Bombenanschlag plant. Unverändert gehören zu den Anschlagszielen die „Militärmaschine", Industrie und Wirtschaft, insbesondere der „militärisch-industrielle Komplex" (MIK).

In der Logistik für neue Anschläge scheinen wieder die Niederlande für die RAF eine Rolle zu spielen. Einige holländische Anwälte unterstützen Info-Zentralen für Terroristen und Gefangene. In Amsterdam wurde ein Vertrieb für Untergrundblätter in deutscher Sprache eröffnet, die zu Anschlägen gegen Eisenbahnstrekken, Strom-Masten und Industrieanlagen aufrufen. Das Motto des neuen „Radikal-Info": „Unser Herz schlägt für den militanten Kampf". Dazu die direkte Aufforderung aus Amsterdam für die Szene in Deutschland, künftig die Opfer von Mordanschlägen genauer auszuwählen, nämlich „Personen von hohem tatsächlichen und symbolischen Wert".

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hellenbroich, vertrat im Deutschlandfunk die Ansicht, der Schlag gegen die „Action Directe" habe auch die RAF getroffen, da es eine „handfeste Zusammenarbeit" zwischen beiden Terrororganisationen gegeben habe. Vor fast genau einem Jahr hatte in der Fachhochschule Frankfurt ein vom engeren RAF-Umfeld mit Genehmigung der Behörden veranstalteter Kongreß „Antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa" stattgefunden. Die Spitze der „Action Directe" war von den Deutschen als Bundesgenosse für eine marxistisch orientierte „revolutionäre Front in Westeuropa" heftig umworben worden. Die RAF konnte jedoch nicht den vollkommenen Schulterschluß zu den französischen Terroristen herstellen, auch wenn es gewisse Absprachen über Anschläge gab.

Kontrollgänge und Kontrollflüge können die Sabotageakte nicht verhindern

Anschläge auf Hochspannungsmasten gefährden die Bevölkerung und die Täter / Voı

FAZ 23.02.1987

KASSEL, 23. Februar. Über die Höhen bei Kassel fährt schneidend der Wind. Am Rand der Autobahn nach Hannover stehen zahlreiche Hochspannungsmasten, die Leitungen liegen in unterschiedlichen Höhen übereinander, laufen über die sechsspurige Fernstraße, schwingen sich in die Weite der Landschaft. Im Gebiet des Netzbetriebes Kassel der PreussenElektra – der Main ist im Süden die Grenze, im Norden die Gegend um Einbeck – stehen rund achttausend Masten, die Höchst- und Hochspannungsleitungen tragen. Insgesamt stehen in den Versorgungsgebieten der PreussenElektra in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen rund dreißigtausend Masten, an denen etwa zehntausend Kilometer Leitungen hängen. Wer soll das alles überwachen? „Es ist ein Spielchen wie beim Hasen und dem Igel", heißt es bei der PreussenElektra. Seit dem 1. Januar 1981 wurden dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden 199 Anschläge auf Hochspannungsmasten und Leitungen gemeldet; allein im vergangenn Jahr waren es 163. Nicht enthalten sind darin Anschläge auf Umspannwerke, Transformatorenstationen und Gebäude von Energieversorgungsunternehmen. Bei der PreussenElektra hat man im vergangenen Jahr 75 Anschläge gezählt, in den ersten sechs Wochen dieses Jahres waren es schon sieben, was darauf hindeutet, daß die Saboteure bei ihrem Tun nicht nachlassen. Nach Feststellungen der Polizei wurden erstmals am 24. Juli 1977 bei einem „Arbeitstreffen norddeutscher Bürgerinitiativen" aus der Weser-Ems-Elbe-Region „Überlegungen hinsichtlich aktiver Sabotagehandlungen gegen kerntechnische Anlagen, insbesondere gegen Strommasten", angestellt. Seit diesem Zeitpunkt brachten nach Angaben des Bundeskriminalamtes verschiedene Gruppierungen „Anleitungen" zur Sabotage an Hochspannungsleitungen in Umlauf. Im vergangenen Jahr sei ein deutlicher Anstieg solcher Publikationen zu verzeichnen gewesen. Sie reichten von „einfachen Aufrufen mittels Flugblättern" bis zu „detaillierten Anleitungen und Schilderungen der Sabotagehandlungen". Hinzu kämen „eine Vielzahl von Selbstbezichtigungsschreiben, mit welchen unterschiedlichste Gruppierungen zu Aktivitäten und Straftaten an Hochspannungsmasten" aufforderten, berichtet die Wiesbadener Behörde. Nach einer dort veröffentlichten Statistik werden die meisten Straftaten auf bayerischem Gebiet verübt, gefolgt von Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Das Bundeskriminalamt hat unlängst an die Mitarbeiter der Forstverwaltungen und an Jäger die Bitte gerichtet, noch mehr auf verdächtiges Treiben in Wald und Flur zu achten und der nächsten Polizeidienststelle Mitteilung zu machen. Bei der PreussenElektra liegt eine Anleitung zum „Abbau von Strommasten der Atommafia" vor, unterzeichnet von „Revolutionäre Heimwerker". Das Papier ist an einer Kasseler Schule aufgetaucht. Für denjenigen, der es in Händen hält, hat das keine strafrechtlichen Folgen.

In den sechziger Jahren gab es in Südtirol eine Reihe von Anschlägen, wobei zahlreiche Masten aus den Verankerungen gerissen wurden. Es gab viele Prozesse, etwa gegen eine „Gruppe Muther", der man vorwarf, im Vinschgau 29 Masten gesprengt oder anderweitig beschädigt zu haben; die Anklage lautete auf Anschlag auf die Verfassung, politische Verschwörung, verbotenen Sprengstoffbesitz und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Ein Angestellter der PreussenElektra deutet auf einen Hochspannungsmast mit 380 000 Volt-Leitungen jenseits der Autobahn und sagt: „Wenn der umfällt, reißt er einige andere mit, und auf der Autobahn liegen Starkstromdrähte." Die Anschläge haben „nach Tschernobyl" rapide zugenommen. In der Hälfte aller Fälle, heißt es bei der PreussenElektra, würden an den Masten die Schrauben gelöst und die Bolzen herausgeschlagen, an zweiter Stelle komme das An- oder Durchsägen von Eckstielen, danach Schweißen oder Sprengen. Als unlängst in Rödermark, Kreis Offenbach, ein Mast umgestürzt wurde, habe man zuvor „ein Hämmern im Wald" vernommen; angeblich haben die (unbekannten) Täter auch eine Leuchtrakete abgeschossen, irgendwelche Leute in der

Umgebung sahen einen Feuerschein. Bei der PreussenElektra ist man sich sicher, daß am dritten Adventssonntag beim Aufrichten eines niedergerissenen Mastes auch die Täter unter den Schaulustigen waren – doch wie ist das zu beweisen? „Der Wanderzirkus geht durch das ganze Land", bemerkt ein Angestellter. In Brokdorf sei es vorgekommen, daß „Demonstranten" in die Masten geklettert seien, wo sie dann unter den Augen der Polizei Windverbände (Verstrebungen) abgeschraubt und hinuntergeworfen hätten. Bei Hubschrauberflügen entlang der Leitungen könne gelegentlich beobachtet werden, wie Personen Hals über Kopf das Weite suchten. Es gehen mitunter auch Briefe ein, in denen irgendwelche Täter ihre Verwunderung zeigten, daß ein bestimmter Mast noch nicht umgefallen sei. Bei den Flügen und bei Kontrollgängen achte man besonders auf Schnittstellen an den Masten, heißt es bei der PreussenElektra. Ein angesägter Mast, der irgendwann bei heftigem Wind zusammenbreche, stelle eine große Gefahr für zufällig Vorbeikommende dar.

Die Attentäter machen sich selten auf freiem Feld an Masten zu schaffen, sie suchen in aller Regel den Schutz eines Waldstücks. „Es macht ihnen die Sache leichter, daß wir die Leitungen in der Landschaft verstecken müssen", sagt man bei der PreussenElektra. Der Landschaftsschutz hat ein gewichtiges Wort mitzureden. Die Planung einer neuen Überlandleitung beanspruche eine überaus längere Zeit als am Ende der Bau. Der Landschaftsschutz und die verschiedenartigen Einwände beim Planungsverfahren haben meist zum Ergebnis, daß die Leitungsführung nicht mehr, wie früher, „geradlinig" verläuft, sondern, der Landschaft angepaßt, „im Zickzack" – was die Sache teurer macht und bei Anschlägen schlimmere Wirkungen mit sich bringen kann. Bei der Planung einer neuen Leitung sehe man sich einem „Wust von administrativen Maßnahmen" gegenüber, heißt es bei der PreussenElektra, die heute schon das Jahr Zweitausend im Blick hat. Der Plan, in der Gegend von Biedenkopf eine neue Leitung zu bauen, mußte aufgegeben werden, weil Tierschützer den Einwand machten, in einem Waldstück brüteten vom Aussterben bedrohte Rauhfußkäuzchen. „Alle Träger öffentlicher Belange" sind beim Raumordnungsverfahren an der Planung einer Stromtrasse beteiligt. In aller Regel geht mit dem Planungsverfahren für eine neue Leitung die Auflage einher, eine alte abzubauen.

Eigentümer von Grundstücken, auf denen Masten errichtet werden, erhalten nach Auskunft der PreussenElektra Abfindungen unterschiedlicher Art. Ein Mast kostet, ohne Montage, zwischen zwei- und dreihunderttausend Mark. Es kommt vor, daß Metalldiebe einen ganzen Mast, der zum Aufstellen bereitliegt, fortschaffen. Bei der PreussenElektra hat man die Erfahrung gemacht, daß die Anschläge mehr und mehr 110 000 Volt-Hochspannungsleitungen gelten, die zu großen Industrieanlagen und zu Umspannwerken in Großstädten führen; dadurch seien nicht selten die Verbraucher direkt betroffen: Krankenhäuser, Altenheime, Kühlhäuser, Fabriken, Wohnungen. Ein weites Feld ist die vielfältige Gefährdung von Leib und Leben – bei denjenigen, die Anschläge verüben und bei solchen, die unbeteiligt sind. Bei Brokdorf sei ein angesägter Mast wegen der durch die Leitungen verursachten Zugspannung etwa sieben Meter weit „gesprungen". Allein der Zufall hat es vor einiger Zeit verhindert, daß ein Mast an einer vielbefahrenen Bundesbahnstrecke in Hessen standhielt, als ein anderer zu Fall gebracht wurde. Entlang der Autobahnen und Schnellstraßen stehen Masten, Leitungen ziehen sich darüberhin. Die Gefahr, daß ein umstürzender tonnenschwerer Mast einen oder gar mehrere umreißt, ist groß – und von den Tätern beabsichtigt, die dafür das Wort „Mastfriedhof" haben. Die Gefährdung durch Strom ist dabei gleichermaßen vielfältig. Bis der Ort der Zerstörung gefunden sei, vergehe, je nach Lage in unwegsamen Gelände, eine gewisse Zeit. In der Nähe eines umgestürzten Mastes könne über Stunden hinweg wegen der Leitfähigkeit des Erdreichs Lebensgefahr bestehen, sagen die Ingenieure. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind allemal groß, und es könne durchaus passieren, daß eine Gemeinde tagelang ohne Strom bleibe.

Bei der PreussenElektra liegt ein dickes Album mit Fotos umgebrochener Masten. Sicherungen gegen Anschläge gebe es keine. „Das einzige, was wir ständig tun, ist Leitungen begehen, befliegen und besteigen", sagt man bei der PreussenElektra. Die Anzeigen werden nach Lage der Dinge in aller Regel gegen „Unbekannt" gestellt, oft auch setzt das betroffene Energieunternehmen einen Betrag für die Ergreifung der Täter aus. Immerhin, sagt man in Kassel, sei die Bevölkerung „sensibilisierter". Im „Handbuch zur Selbsthilfe", einer minutiösen Anleitung, wie „es" zu machen ist, wird der Rat gegeben: Seid vorsichtig! Ein Rat an die Falschen.

Stuttgarter Nachrichten 23.02.87

Militante Basis für Rote-Armee-Fraktion formiert sich

STUTTGART – Der terroristischen Rote-Armee-Fraktion (RAF) gelingt zunehmend „die Einbeziehung des zahlenmäßig großen Potentials linksextremer gewaltbereiter Gruppierungen in eine gemeinsame Front". Diese Aussage steht im Mittelpunkt des baden-württembergischen Verfassungsschutzberichts, den Innenminister Dietmar Schlee gestern vorlegte. Minister und Verfassungsschützer sind sich einig: „Die Sicherheitslage hat sich weiter verschärft durch eine rapide wachsende Zahl von Sprengstoffanschlägen gewaltbereiter sogenannter militanter Autonomer."

Die Verfassungsschützer buchen „nach den vorliegenden Erkenntnissen" die Mehrzahl der in den letzten Monaten begangenen Brand- und Sprengstoffanschläge „auf das Konto dieser Kriminellen". Anlaß zu besonderer Besorgnis gibt dabei die Erkenntnis, „daß inzwischen erste Berührungspunkte dieses Täterkreises mit der RAF erkennbar geworden sind". Eine Unterscheidung der Tätergruppen sei teilweise nur noch schwer möglich, klagt Schlee, und: Die Grenze zwischen „militanten Autonomen" und terroristischen Gruppen sei mittlerweile fließend.

Daß sich entsprechende Entwicklungen derzeit hauptsächlich außerhalb Baden-Württembergs beobachten lassen, kann den Innenminister nicht beruhigen. Vielmehr sei die Dimension des Verschmelzungsprozesses im linksterroristischen Bereich überhaupt „nicht abzusehen". Die zuständigen Behörden des Landes sind deshalb angewiesen, „unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten" zu reagieren. Schlee: „Terroristen und solche, die mit ihnen gemeinsame Sache machen, sind Schwerstkriminelle und nichts anderes." In Baden-Württemberg waren den militanten autonomen Gruppen nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr „etwa 350 Personen" zuzurechnen. Diese Gruppen seien „mehrfach" an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt gewesen.

Wenig Neues gibt es nach Angaben des Innenministeriums hingegen vom äußersten linken Rand des Parteienspektrums zu berichten: „Einzig die maoistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) mit etwa 1300 Mitgliedern im Bundesgebiet (Baden-Württemberg: 650) und die Marxistische Gruppe (MG) mit 1700 Mitgliedern (Baden-Württemberg: 85) konnten durch breitere Aktivitäten auf sich aufmerksam machen." Immerhin: Der Einfluß der mit 2850 Mitgliedern im Land „weitaus stärksten linksextremistischen Organisation" DKP ist nach Überzeugung des Innenministeriums „in verschiedenen Bereichen kontinuierlich gewachsen".

Gegenüber dem Vorjahr „kaum verändert" hat sich die Lage „im Bereich des Rechtsextremismus". Der Verfassungsschutz geht davon aus, daß in Baden-Württemberg etwa 200 Neonazis aktiv sind.

Par.129 im Wendland
Gorleben im Februar '87

Nach diversen Brandanschlägen und dem Bahnanschlag der Gruppe "Jim Knopf und die Wilde 13" am 30.3.84 wurde das Niedersächsische Landeskriminalamt (LKA), Ateilung 6, Dezernat 63 (Terrorismus) im Mai mit den Ermittlungen beauftragt von der Staatsanwaltschaft (StA) am Oberlandesgericht (OLG) in Celle. Die jetzt beim LKA gebildete Sonderkommission (SOKO) 602 bekam den Auftrag

a) zu ermitteln, wer die Täter zu den Straftaten sind

und b) ob eine kriminelle bzw. terroristische Vereinigung für die Anschläge verantwortlich ist.

Die eingesetzte SOKO ermittelte 1 1/2 Jahre lang. Sie führte insgesamt 18 Hausdurchsuchungen durch, hörte 9 Telefone ab (z.T.9 Mon.), observierte Personen und legte u.a. eine Spurendokumentationdatei (SPUDOK) an, in der zeitweise über 3000 Personen gespeichert wurden. Insgesamt wurde ein immenser Ermittlungsaufwand betrieben, selbst die kleinste Spur wurde verfolgt und überhaupt war kein Aufwand zu groß. Ein Teil der Arbeit der SOKO ist in über 45 Aktenordner mit über 10.000 Seiten zusammengefasst, die der StA jetzt vorliegen. Insgesamt liefen gegen 26 Personen Ermittlungsverfahren

Im August 85 erschien dann der Abschlußbericht der SOKO. Hauptverdächtig erschienen dem LKA 15 Personen. Laut Bericht gab es eine ca 40 köpfige Gruppe , die sich in Wechselnder Besetzung an Straftaten beteiligte. Es soll ein gut organisierter Täterkreis an Brand und Bahnanschläagen beteiligt sowie für die Organisation von Großaktion wie "Tag X" verantwortlich sein. Ziel dieser kriminellen Vereinigung sei es, die Atommülltransporte ins Wendlang (Zwischenlager) undurchführbar zu machen.

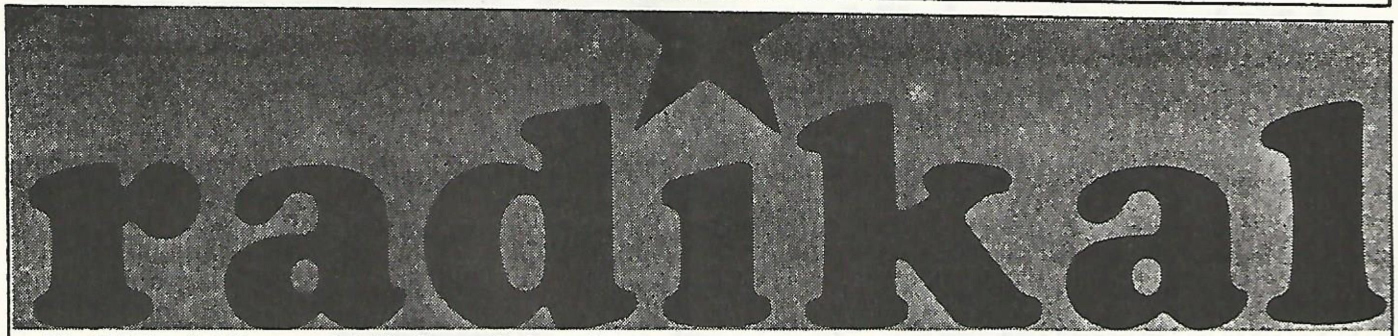
Es dauerte dann noch über 1 Jahr, ehe die StA aktiv wurde. Im Okt. 86 schickte OStA Müller, jetzt am Landgericht Lüneburg, 3 Leuten eine Anklage wegen Mitlgliedschaft in obiger Vereinigung. Die restlichen 23 Verfahren waren oder wurden eingestellt. Den Dreien wird vorgeworfen in der Zeit von März bis Okt. 84 in wechselnder Besetzung an Bahn- bzw. Brandanschlägen beteiligt gewesen zu sein. Daß die Beweißlage äußerst mager ist, beweißt die Aussage Müllers: " Schwache Indizien seien, allein für sich gesehen, vielleicht nicht so aussagekräftig, sie erhielten in der Gesamtbewertung mölicherweise ein anderes Gewicht."

Hier wird die mehrfache Funktion des § 129 offensichtlich. Einerseits hätte es zu einer Anklage nach den einzelnen Straftatbeständen (z.B.315 Eingriff in den Bahnverkehr) nicht gereicht. Hier wird der Versuch offensichtlich einen Prozeß überhaupt durchführbar zu machen, allein der erhofften Wirkung wegen. Andererseits wurden diese Ermittlungsverfahren 1984 eingeleitet, um die gesamte Region zu befrieden. Es ging primär nicht darum bestimmte Straftaten aufzuklären, sondern einer Entwicklung im Widerstand entgegenzuwirken, die die ungestörte Durchführung der Atomtransporte in Frage stellte. Hier ist der §129 in seiner vielfältigen Anwendbarkeit ein ideales Instrument. Durch seine präventive Auslegung, durch das hohe Strafmaß (alt bis 5J.,neu bis 10J.) sowie der Unbestimmtheit des "Straftatbestandes" soll eine soche Strafverfolgung der Einschüchterung und Spaltung eines Widerstandes dienen. Ziel ist es die innere Sicherheit zu garantieren. An diesem Punkt zeigt sich ein Stück deutsche Kontinuität, denn schon zu Weimarer Zeiten war der § 129 ein Instrument der regierenden Rechten gegen die politische Linke.

Auch in diesem Verfahren beweist sich die These aus vielen politischen Prozessen :

Angeklagt sind wenige, gemeint sind alle !

Für die sofortige Stilegung sämtlicher Atomanlagen, keine kriminalisierung von AKW-Gegnern/innen, nicht im Wendland und auch nicht anderswo !!



Wieviel Plätze sind für uns noch frei im Europa-Parlament?
Mit ihrer Wahl in den Straßburger Circus Maximus konnte vor drei Jahren für Benny Härlin und Michael Klöckner der sofortige Strafvollzug verhindert werden. Sie waren vom 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichts als Herausgeber der mehrfach verbotenen Zeitschrift Radikal verurteilt worden.
Die Radikal erschien auch nach diesem Prozeß weiter, subversiv und unregelmäßig.

Jetzt drohen neue Prozese:
Seit fast einem halben Jahr nämlich laufen rund 50 Ermittlungsverfahren in Berlin gegen Leute aus verschiedenen Projekten: Buchläden, Kneipen, Bäckereien und Lebensmittelläden wegen Vertriebs der Zeitung Radikal Nr. 132. Der Vorwurf:

In dem Beschluß des Generalbundesanwalts heißt es zur Begründung, die Radikal 132 zu beschlagnahmen, daß folgende Straftatbestände vorlägen:
* Verdacht von Staftaten nach § 129 a u. a.;
* die Radikal enthalte Beiträge, in denen Gewalt bis hin zu terroristischen Anschlägen das Wort geredet würde,
* enthielte eine Tatbekennung zum Anschlag auf Beckurts (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung § 129 a),
* fordere zum Kaufhausdiebstahl auf (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten § 111),
* enthielte eine Anleitung für den Bau eines elektrischen Zeitzünders (§ 111);
* in der Behauptung, Ulrike Meinhof sei von Schergen des BRD-Staates ermordet worden, sei eine Verunglimpfung des Staates zu sehen (§ 90 a);
* Ziele und Strategien der RAF würden verherrlicht werden, die Aufzählung von Aktionen bestärke die Mitglieder in ihrem Zusammenwirken (§ 129 a); die BRD würde als Mörderstaat herabgewürdigt werden (§ 90 a);
* weiter enthielte die Radikal ein Zitat aus einem RZ-Papier, das geeignet sei, bei den Lesern Sympathie für diese terroristische Vereinigung zu wecken und sie für deren Ziele und Strategien einzunehmen (§ 129 a),
* einen Artikel, in dem der militante Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf dokumentiert und zu ähnlichen Aktionen aufgerufen würde (§ 111),
* Berichte und Bekennungen zu den Anschlägen im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die WAA und mögliche Anschlagsziele (Liste der Firmen) (§ 111).

In dem Schlußsatz der umfangreichen Begründung heißt es dann, daß eine Trennung der strafrechtlich relevanten Seiten der Radikal von den übrigen Seiten praktisch undurchführbar sei und nur unbedeutende und unverkäufliche Teile der Zeitung zurücklassen würde.

Wie kam es dazu:
23. 7. 86. Auf einem Postamt in Bielefeld stehtn 3 „verdächtige" Kisten herum. Da muß die Polizei her, denkt sich der mißtrauische dienstbeflissene Postbeamte. Die kommt, Postgeheimnis hin oder her, der Inhalt wird festgestellt: Mehrere Postsendungen der Zeitung Radikal. Die werden beschlagnahmt, die Paketkarten der letzten Tage kontrolliert. Dabei stellt sich raus, 2 Tage zuvor gingen bereits 89 Pakete Radikal in verschiedene Städte der BRD und nach West-Berlin. Während in den darauffolgenden Tagen in der BRD die ersten Durchsuchungen laufen, laufen sich hier in Berlin ein paar Staatsschützer die Füße platt, um bei den Adressaten der Pakete nachzuschauen, ob die Radikal auftaucht. Dann tauchen die Ermittlungen erstmal ab. Äußerst unüblich: Die Bundesanwaltschaft ermittelt über 2 Monate selbst, bevor sie die Verfahren an die zuständigen regionalen Staatsanwaltschaften abgibt. Erst im September 86 werden an einem Tag 19 Projekte in Berlin durchsucht. Es wurde kaum ein Exemplar der Zeitung gefunden. Das war auch gar nicht nötig, denn davon gingen die Ermittler bereits aus. Zitat aus dem Durchsuchungsbeschluß: „Auch wenn kein Exemplar der Zeitung gefunden wird, deutet dies lediglich darauf hin, daß alle Exemplare vertrieben wurden." Alle der rund 50 Beschuldigten erhielten Vorladungen zur Staatsanwaltschaft. Noch gibt es Schwierigkeiten, in der BRD einen Massenprozeß gegen soviel Angeschuldigte zu führen. Nach dem Prinzip, Einige zu schlagen, um Alle zu treffen, wird nun versucht, aus der Vielzahl der Beschuldigten einige herauszufischen, gegen die sich ein Ring von Indizien aufbauen läßt. Mit welch dünnen Beweismitteln in solchen Verfahren gearbeitet wird, wissen wir aus dem Prozeß gegen die Agit-Drucker, ebenso wie aus dem Urteil gegen Micha und Benny.

Doch gemeint sind wir alle.
Diese Verfahren richten sich nicht nur gegen die Zeitung Radikal, sondern sie sind wie auch die neuen „Anti-Terror-Gesetze" eine Antwort auf den Widerstand der letzten zeit gegen menschenfeindliche Atomanlagen, rassistische Ausländerpolitik (Asylantenjagd in den U-Bahnen), usw. Gerade in diesen Bereichen gab es in der letzten Zeit wieder Ansätze für eine immer breiter werdende Bewegung, die ihre Ziele und Vorgehensweise in einer eigenen Presse vermittelt und diskutiert. Diese Presse des Widerstandes soll verboten werden. So gibt es auch gegen mehrere andere Zeitungen bereits Verfahren und wie im Falle der Anti-Atom-Zeitung „RadiAktiv" die ersten Prozesse. Mit all diesen Verfahren wird allerdings nicht allein versucht, eine „freie Presse" zu verbieten. Die hunderte von Ermittlungsverfahren geben die Grundlage zu ständig neuen Verfolgungsmaßnahmen: Durchsuchungen, vorläufige Festnahmen, Observationen, Datenerfassung usw. So sollen wir kriminalisiert werden. Die Bedrohung der Verfahren soll uns einschüchtern, und wer sich nicht einschüchtern läßt, auf den hält sich der Staat den sofortigen Zugriff offen. Denn mit allen diesen Maßnahmen sollen die Strukturen, die wir uns aufbauen, um uns zu wehren, durchleuchtet und angegriffen werden. Das geschieht nicht immer so spektakulär wie mit der Stürmung des Mehringhofs am 9. 6. 86 durch die Bullen, nachdem trotz Verbot eine Demo gegen den Staatsterror von Brokdorf/Kleve und Hamburg gelaufen war. In bisher aller Stille laufen die Radikal-Verfahren weiter: Am Mittwoch, 4. 2. 87 wurde erneut ein Teil der Projekte in Berlin durchsucht. Gesucht wurden angeblich Unterlagen darüber, wer zur Zeit des Erscheinens der Radikal Nr. 132 in den Projekten arbeitete. Die ersten Zeugen/-innen wurden bereits von der Staatsanwaltschaft zu Verhören geladen. Von Mitarbeitern/innen aus den Kollektiven und Freunden/innen, die mit der Justiz nicht kooperieren, sollen Aussagen erpreßt werden. Erste Zeugen/-innen, die nicht aussagen, sollen Ordnungsgelder zahlen. Ihnen droht bei weiterer Weigerung Erzwingungshaft bis zu 1/2 Jahr.
Das Damoklesschwert solcher Verfahren mit all seinen genannten Folgen soll politische Abstinenz erzwingen. Doch wer will schon Abstinenzler/-in sein?
Unser Widerstand muß auch weiterhin in einer Presse und anderswo seinen Ausdruck finden, ohne wenn und aber. Dafür müssen wir alle etwas tun! Lest und lebt radikal.
v.i.S.d.P. Ludwig Rüster, Am Karlsquell 132, 1 Berlin 29 a

NZ 19.02.1987

Untergrund-Blatt ruft seine Leser zu Mord und Gewalt auf

„Radikal-Info" hält Polizeibehörden in Atem — Deckadresse in Amsterdam

BONN. — Seit Jahresanfang ist die Verbreitung von Schriften, die zum Absägen von Strommasten, Bombenanschlägen und anderen Straftaten anleiten, strafbar.

Nach den Sicherheitsbehörden vorliegenden Erkenntnissen gehen die terroristischen Blätter, die bisher schon im Untergrund produziert wurden, deshalb dazu über, auch ihr Vertriebsnetz konspirativ zu organisieren. Dabei werden Tarnadressen in Amsterdam benutzt.

Das Untergrund-Blatt „Radikal" geriet schon voriges Jahr, vor Inkrafttreten der neuen Strafgesetzbestimmungen, ins Fadenkreuz der Ermittler. Auf Anweisung des Generalbundesanwalts beschlagnahmte die Polizei große Mengen einer Ausgabe des Blattes, bevor sie von Bielefeld aus per Post verschickt werden konnten.

Die Bundesanwaltschaft leitete ein Verfahren wegen Werbung für die terroristischen Vereinigungen „Rote Armee-Fraktion" und „Revolutionäre Zellen" ein. Auch die Bezieher wurden zum Teil ermittelt.

Daraufhin ging „Radikal" auf Tauchstation. Jetzt fiel den Behörden die erste Ausgabe des neuen Blattes „Radikal-Info" in die Hände. Darin werden die Leser aufgefordert, Bezugsgeld und Zuschriften künftig an eine Adresse in Amsterdam zu richten.

Aus seiner Sympathie für blutige Gewalt macht „Radikal-Info" kein Geheimnis: „Unser Herz schlägt für den militanten Kampf." In einem Strategie-Artikel werden jedoch feine Unterschiede gemacht. „Unsere Kritik an der RAF ist in erster Linie nicht, daß sie überhaupt Menschen angreift und tötet. Wir vertreten schließlich selbst die Meinung, daß eine Revolution nicht ohne Gewalt und Tote abgehen kann."

Aber die Opfer müßten genau ausgesucht werden, meint das Blatt, das hauptsächlich im Lager der sogenannten „Autonomen Gruppen" gelesen wird.

Anschläge sollen sich demnach auf „Personen von hohem tatsächlichem und symbolischem Wert" konzentrieren. „Es war richtig, (den Siemensmanager) Beckurts zu töten, da er ebenso wie MTU-Zimmermann ein enorm wichtiger Funktionsträger des berühmten MIK (militärisch-industrieller Komplex) war."

Der Anschlag auf den Diplomaten von Braunmühl sei dagegen ein Fehler, der Mord an dem US-Soldaten Pimental (um dessen Ausweis zu erbeuten) sei sogar „konterrevolutionär" gewesen.

Laut „Radikal-Info" gilt für Anschläge gegen Objekte: „Symbolische Anschläge sind wichtiger als hoher Sachschaden." Die Anschläge müßten sich gegen Einrichtungen richten, bei denen man nicht erklären müsse, warum sie ausgewählt wurden.

„Ein verdunkeltes Dorf nach dem Umsägen eines Strommastes oder der U-förmig gebogene Einkaufswagen über der Bahnoberleitung, der den Pendelverkehr stundenlang zum Erliegen bringt, ist für uns keineswegs gerechtfertigt." Man solle besser einen Strommast umsägen, der für ein „Bonzen- oder Industrieviertel" zuständig ist. Dahinter steht das Bemühen, in der linksradikalen Szene eine möglichst breite Zustimmung für Anschläge zu erzielen.

Horst Zimmermann

Liebesgrüsse von der «Radikal»

osk. Die militante Berliner Zeitschrift «Radikal» hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Seit Frühjahr 1984 konnte sie nur noch verdeckt geschrieben und produziert werden, nachdem zwei angebliche Herausgeber zu Freiheitsstrafen von je 2½ Jahren verurteilt (Revision vor dem Bundesgerichtshof noch hängig, die beiden verfügen als Europa-Parlamentarier der Grünen über Immunität), Druckereien und Wohnungen gefilzt und sämtliche eingehende Post beschlagnahmt worden waren (siehe WoZ Nr. 38/84). Weil eine Postadresse nicht mehr möglich war, diente vorübergehend die WoZ als Anlaufstelle. Allen Schwierigkeiten zum Trotz konnten in der Folge fünf dicke Hefte produziert und in Umlauf gebracht werden.

Nachdem letzten Herbst in Berliner Betrieben Grossrazzien durchgeführt worden sind, laufen jetzt rund 50 Ermittlungsverfahren gegen angebliche VerkäuferInnen und VerteilerInnen der «Radikal». Seit Ende Dezember werden beim Berliner Kammergericht massenhaft «Zeugen» vorgeladen, denen bei Verweigerung der Aussage Ordnungsbussen und *«Erzwingungshaft»* bis zu 6 Monaten angedroht werden.

Die MacherInnen haben trotzdem nicht die Absicht, aufzugeben. Sie wollen die «Radikal» künftig als schmales «Radikal-Info» *«häufiger, dünner, aber auch billiger»* herausbringen. Neue Anlaufstelle ist: Bluf, Van Ostadestraat 233-C, NL-1073 TN Amsterdam. Für die «Radikal» bestimmte Post ist dabei in einen eigenen Umschlag mit der Aufschrift *«ZK»* (für Zeitungskollektiv) zu stecken. Die Einzelnummer kostet nun DM 2.–, das Abo für 12 Nummern DM 24.–. Das «Radikal-Info» will sein Schwergewicht aufs Dokumentieren legen. So soll regelmässig informiert werden über *«Widerstands- und Protestaktionen»* in der BRD sowie *«Anleitungen erprobter Techniken»* samt entsprechender Erfahrungsberichte weitergegeben werden. *«Was wir nicht schreiben wollen, sind längere Diskussionsbeiträge aus der Szene, tiefgreifende Analysen des Schweinesystems etc.»* Dafür gebe es andere Medien. Entsprechend sieht die erste Ausgabe des «Radikal-Info» aus: Es findet sich unter anderem eine in dieser Vollständigkeit sonst nirgends greifbare Übersicht aller irgendwie bekannt gewordenen militanten Aktionen in der BRD in den Jahren 1985/86. In einem Beitrag mit dem Titel *«Liebesgrüsse aus Moskau»* (sämtliche Artikel tragen diesmal Titel von Bond-Filmen), werden differenzierte und theoretisch gehaltvolle Überlegungen über Sinn, Zweck, Form und Angemessenheit militanter Aktionen angestellt.

Ook Nederlandse justitie houdt niet echt van de pers

Het CDA-Kamerlid Van Muiden gaf vorige week nog eens aan waar volgens hem en zijn partij de grenzen van de persvrijheid in Nederland liggen. Volgens hem gaat het niet alleen over de inbrekers, dan wel lekkende ambtenaren die mogelijk strafbaar bezig zijn. Ook de pers die uitgelekte of gestolen overheidsgeheimen publiceert zou volgens hem moeten worden aangepakt. „De staat", aldus Van Muiden, „moet in zulke gevallen maar eens de moed hebben om naar de rechter te stappen."

In een aantal gevallen hééft de overheid al ingegrepen, zoals door de inval bij het anti-militaristisch onderzoekscollectief Amok, dat van haar archieven — inclusief abonneebestand — werd beroofd en een redacteur van haar blad langdurig achter de tralies zag belanden. Ook het weekblad Bluf!, dat regelmatig door actiegroepen meegenomen overheidsmateriaal publiceert, wordt inmiddels vervolgd. Helaas voor de vervolgers is het blad geen rechtspersoon en moet dus de drukker aangepakt worden, waardoor de actie tegen het blad niet al te veel kans maakt. Een andere drukpers is, in het uiterste geval, tenslotte snel gevonden.

De afgelopen jaren is door actievoerders een schat aan geheimen meegenomen uit bunkers, ministeries en kazernes. Naast de inbraak bij de militaire inlichtingendienst CID, de buit uit de bunkers van de BB en de inbraak bij het observatieteam van de politie in Amsterdam was een van de opvallendste zaken van de afgelopen jaren die van De Wraak van jhr. mr. De Braauw. Uit het ministerie van economische zaken werden grote hoeveelheden vertrouwelijke stukken meegenomen. Daaruit bleek onder meer dat de toenmalige minister van economische zaken Van Aardenne, het parlement glashard had voorgelogen over de uitbreiding van kerncentrales in ons land. Woedende parlementariërs moesten zich voor het debat daarover in de Kamer voorbereiden aan de hand van gestolen waar.

Net als bijna alle dag- en weekbladen had ook Amok veel van het materiaal dat de afgelopen jaren uit overheidshanden is ontfutseld in bezit. Lang nadat alle gegevens daaruit overal waren gepubliceerd en besproken deed justitie een inval in het Utrechtse pand van Amok. Men hield het echter niet bij het eigen materiaal en nam gelijk de hele administratie van het onderzoekscollectief mee. En daar, zo menen velen, was het justitie en de verschillende inlichtingendiensten veel eerder om te doen dan om de oudbakken CID-stukken die in elke linkse boekhandel te koop werd aangeboden.

Pogingen van overheidswege om onwelgevallige publicaties geheel te verbieden of in beslag te nemen zijn door de wetten die de persvrijheid beschermen in Nederland over het algemeen tot mislukken gedoemd. Als het gebeurt, zoals bij het boekje met CID-stukken, waarvoor twee boekhandelaren werden gearresteerd, dan is het effect meestal een golf van negatieve publiciteit die ernstiger gevolgen heeft voor de geloofwaardigheid van de overheid dan de publicatie van de stukken waar het om begonnen is ooit kunnen hebben.

Een doorn in het oog van de staat is verder gesitueerd in Groningen. Daar wordt De Knipselkrant uitgegeven. De onregelmatig verschijnende uitgave bevat onder meer verklaringen van allerlei stadsguerillagroepen in Europa. De krant verschijnt in meerdere talen en wordt in onder andere West-Duitsland, België en Frankrijk verspreid. Al vele malen is er zowel door Nederlandse parlementariërs als door buitenlandse regeringen aangedrongen op actie tegen de Knipselkrant — waarvan men zegt dat het een hulpmiddel is voor terroristen die gebruik maken van de soepele wetgeving hier.

Vorig jaar werd enige redacteur van de Knipselkrant opgepakt omdat hij betrokken zou zijn bij explosievensmokke. Het bewijs was echter dermate zwak dat hij al snel weer op vrije voeten was. De redacteur zelf sluit niet uit dat het om een opzetje ging om hem in de gevangenis te krijgen en daarmee de publicatie van de Knipselkrant te stoppen.

De Waarheid 24.02.1987

Nederlandse terreurhandleiding in beslag genomen

MALDEGEM.- Vorige dinsdag zijn aan de grensovergang Nederland - België bij Maldegem 100 eksemplaren van het Nederlandse blad 'Gramschap' door de BOB van Eeklo in beslag genomen. In het tijdschrift staan handleidingen voor het maken van brandbommen, tijdontstekingen en molotovcocktails. De inbeslagname kon geschieden toen de vriendin van één van de auteurs met diens bestelauto waarin de 100 tijdschriften waren blijven liggen, naar haar werk in Maldegem reed.

Volgens Jan Bruens, auteur en samensteller, bestaat het blad al 8 jaar en heeft het in Nederland nog nooit moeilijkheden gekend. Bruens omschrijft Gramschap als een anarchistisch artistiek-politiek tijdschrift. Gevraagd naar de oplage, antwoordt hij: "Genoeg om alle belangstellenden te bevoorraden". Het blad wordt in Nederland verspreid bij abonnees en ligt te koop in een 40-tal progressieve boekhandels.

Het verhaal van de inbeslagname begint bij Gerrit Zeysink, inwoner van Aardenburg. Diens vriendin gebruikte vorige dinsdag de bestelwagen van Zeysink om naar haar werk in Maldegem te rijden. Zij weet niet dat in de bestelwagen een kartonnen doos met 100 Gramschappen staat: Zeysinck heeft gewoon vergeten die doos uit de wagen te halen.

Aan de grens wordt ze tegengehouden voor een routinekontrole. De douane vindt de tijdschriften en spreekt van illegale invoer. Ze vindt de inhoud interessant genoeg om de politie te roepen, die op haar beurt de BOB waarschuwt. Resultaat: de jonge vrouw, die van de hele zaak niets afweet, wordt 5 tot 6 uur lang ondervraagd en bij haar familie in Maldegem verricht de BOB een huiszoeking. Er wordt niets bezwarends gevonden.

Gisterochtend heeft de BOB Zeysink een paar uur ondervraagd toen deze naar de rijkswachtkazerne van Eeklo ging om de 100 tijdschriften terug te krijgen. Men had naar verluidt vooral veel belangstelling naar de namen van de leden van de Gentse Bond Vrije Kunstenaars waarover ook een artikel in 'Gramschap' stond.

De Morgen 02.03.1987

kommunikee

Wir haben am 15.2.87 den Versorgungszug der US-Army,
der täglich von Bremerhaven nach W.-Berlin fährt,
in Achim bei Bremen gestoppt.
Wir benutzten dazu eine 1,5m lange Kette an deren Enden
wir 2 Anker befestigten, diese warfen wir dann auf den
Fahrdraht. Ergebnis : 150m Fahrdraht und Abnehmer der
Lok wurden abgerissen.
Dieser Angriff richtet sich gegen die imperialistische
Kriegsmaschiene der USA.
Nicht vergessen haben wir die Invasion in Grenada und
den Luftangriff/Putschversuch in Libyen.
Aktuell ist eine starke Flottenansammlung der US-Marine
vor der Küste Libanons zu beobachten.
Wir haben nicht auf den nächsten Grund öffentlicher
Empörung, über die US-Politik, gewartet, sondern
jetzt gehandelt.

Die Alltäglichkeit des imperialistischen Krieges erkennen.

Solidarität mit den gefangenen Kämpfer/n-innen.

Den Kampf politisch und militärisch organisieren.

Februar 1987 Autonome Zellen

O B E R L A N D E S G E R I C H T   D Ü S S E L D O R F

B E S C H L U S S

w e g e n Verdachts des Werbens für eine terroristische Vereinigung
wird nach Widerspruch des Beschuldigten auf Antrag der
Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf gemäß §§ 94, 98
Abs. 1, 162, 169 Abs. 1, 33 Abs. 4 StPO die Beschlag-
nahme der bei dem Beschuldigten sichergestellten
Schriftstücke Asservaten-Nr.

1.2.1.1 = "Radikal" Nr. 132, Teil 2
1.2.2.1 = "Radikal" Nr. 132, Teil 1
1.3.1.1 = 2 Blatt DIN A 4, geheftet, "gegen den Angriff
auf Veranstaltungen aus dem antiimperialistischen Wider-
stand"
1.3.3.1 = "De Knipselkrant", Ausgabe vom 07.01.1987
1.3.3.2 = "Kriminalisierungsrundbrief"
1.3.3.3 = "Pressespiegel zur Verhaftung von Jens aus
Bielefeld"
1.4.1.1 = "s'Blättle" Nr. 109, 110, 111, 112, 113, 114,
115 und 118
1.4.1.2 = "Zusammen Kämpfen" - Auszug aus dem Manuskript
zur "Erklärung zur Sache" der Gefangenen aus der RAF -
sowie Nr. 2, 3, 4 und 5

Düsseldorf, den 23. Januar 1987
angeordnet. Der Einzelrichter des Oberlandesgerichts

Dokumentation zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand

März 1985. Herausgegeben von den Anwältinnen und Anwälten Dieter Adler, Elard Biskamp, Ute Brandt, Joachim Bremer, Anke Brenneke-Eggers, Dorothee Frings, Detlev Hartmann, Thomas Herzog, Hartmut Jacobi, Gerd Klusmeyer, Rainer Koch, Heike Krause, Wolfgang Kronauer, Michael Moos, Franziska Piontek, Jutta Schönrock, Michael Schubert, Peter Tode, Renate Trobitzsch, Waltraud Verleih. 80 Seiten, DIN A-4, 6,00 DM. Zu beziehen über: Michael Schubert, Poststraße 5, 7800 Freiburg.

Aus dem Inhalt: Die Situation der Gefangenen in den ersten Jahren * Die Verschärfung in den letzten drei Jahren * "Illegales Informationssystem" * Angriffe gegen die Verwandten * Die Situation an einzelnen Beispielen * Der Hungerstreiks 84/85 * Anhang (24-Pkte-Haftstatut des Ermittlungsrichters des BGH gegen Christian Klar, Haftstatut für Hanna Krabbe u.a.)

Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart

Einstellungsantrag der Verteidigung
– 13.12.1984 –

Herausgegeben von den Verteidigern Dieter Adler (Hannover), Elard Biskamp (Frankfurt), Anke Brenneke-Eggers (Stuttgart), Michael Schubert (Freiburg). Zu beziehen über Michael Schubert, Poststraße 5, 7800 Freiburg. Preis: 5,00 DM

DIE STIMME DER ERNK

Der **Kurdistan-Report** ist das **Zentralorgan der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)** in deutscher Sprache. Kurdistan-Report, der seit 1982 alle zwei Monate erscheint, ist die einzige regelmäßige erscheinende Zeitschrift über Kurdistan. Sie bezweckt, die europäische Öffentlichkeit über die Entwicklungen in Kurdistan, die Situation und den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu informieren. Der Inhalt des Kurdistan-Reports besteht aus Nachrichten aus Kurdistan, Kommentaren über die aktuelle Situation in Kurdistan und auch politische Bewertungen.

Herausgegeben von der Europavertretung der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), bestehend aus ca. 50 Seiten, Format DIN A 4. Zu beziehen über: Sexwebun, Postfach 101683, 5000 Köln 1

Abonnementspreis: 15,- DM jährlich plus Versandkosten.



Aidun "Wir werden zurückkehren"

****

Anfang 1986 besuchten wir palästinensische Freunde im Flüchtlingslager Yarmouk bei Damskus.Dies war ein erster Schritt,durch direkte Gespräche und Eindrücke zu einem besseren Verständnis über ihren Kampf zu kommen und eine gegenseitige Auseinandersetzung zu beginnen.

Dieses Buch soll Erfahrungen und Informationen an eine breitere Öffentlichkeit weitergeben. Dazu aktuelle Artikel, politische Analysen und Gespräche mit paläst. und libanesischen Genossen,u.a. mit

George Habash - PFLP
Leila Khaled - PFLP
Samira Salah - PFLP
George Hawi - KP Libanon
George Batal - KP Libanon

160 Seiten,9.80 + 1,-DM Porto gegen Vorauskasse in Briefmarken bei
Autonome Nahost Gruppe
Postlagerkarte 059 072 B
2000 Hamburg 4

Luxemburger Wort 16.02.1987

Rote Brigaden schlagen wieder zu

Raubüberfall in Rom kostete zwei Menschenleben

von Victor Willi (Rom)

Mit dem raffiniert in Szene gesetzten und perfekt durchgeführten Attentat auf einen Wagen der Postverwaltung und die Eskorte der drei Leibwächter fühlen sich die Italiener in die sogenannten Jahre des „Bleis" zurückversetzt. Vorbereitung des Anschlages, Ermordung zweier Polizisten und Sicherstellung des Fluchtweges erfolgten mit der gleichen Zielsicherheit, Kaltblütigkeit und Brutalität, die 1978 – anläßlich der Entführung und Ermordung des Vorsitzenden der Democrazia Cristiana Aldo Moro – die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt hatte.

„Wir sind Sicherheitsagenten, bald beginnt hier eine Schießerei", erklärten die als Polizisten verkleideten Rotbrigadisten den Straßengängern der via Prato del Papa in Rom. Während sich alle Leute in Sicherheit brachten, ließen es andere Terroristen zu einem Zusammenstoß mit ihrem gestohlenen Renault und dem Postwagen kommen, töten kurzerhand zwei Polizeiagenten und raubten blitzschnell einen Postsack voller Banknoten und Checks im Wert von fast 1,2 Milliarden Lire (rund 33 Mio. F).

Nach Zeugenaussagen hat der Überfall weniger als zwei Minuten gedauert. Eine Frau, die das Attentat vom Balkon aus beobachtete und einem flüchtenden Polizisten Anweisung gab, wo er sich in Sicherheit bringen konnte, wurde von einer Maschinengewehrsalve leicht verletzt.

Das Terror-Kommando bestand aus wenigstens acht Personen, darunter eine Frau. Zwei der vier Autos im Einsatz der Attentäter wurden eine Stunde später im Areal des San Camillo-Spitals gefunden. Sie enthielten die von den Rotbrigadisten zur Sicherstellung des Fluchtwegs benutzten Uniformen. Bei der Entführung Aldo Moros tarnten sich einige Terroristen als Piloten der Alitalia. Maschinengewehre wurden in Geigen und Cello-Kasten herbeigeschafft.

In der Überzeugung, wenigstens das Phänomen des Linksterrorismus gehöre der Vergangenheit an, ließ der italienische Staat mit dem sogenannten Gesetz für die Reumütigen gegenüber Dutzenden ehemaligen Terroristen Gnade vor Recht ergehen. Wer sich von den Roten Brigaden lossagte und den Behörden mit Rat und Tat zur Seite stand, wurde auf freien Fuß gesetzt, auch wenn er früher an mehreren Mordanschlägen, Entführungen und bewaffneten Überfällen auf Postbüros, Banken und Fluggesellschaften beteiligt gewesen war. Zahlreiche Terroristenführer durften Weihnachten mit ihren Familien feiern. Gelegentlich tauchte ein vorzeitig Entlassener und zur periodischer Meldepflicht angehaltener Ehemaliger unter. „Wir bezahlen die Rechnung für die Amnestie", sagt jetzt mancher Polizist voller Bitterkeit.

Ministerpräsident Bettino Craxi muß zugute gehalten werden, daß er – im Gegensatz zu Verteidigungsminister Spadolini – stets auf die akute Gefahr auch des Linksterrorismus hingewiesen hat. Offenbar erkennt der Regierungschef, daß die Zehntausenden oder gar Hunderttausenden Sympathisanten der Roten Brigaden in den letzten Jahren nie von der Güte der bestehenden sozialen, wirtschaftlichen Ordnung überzeugt worden sind und nur auf den Augenblick harren, da sie den sich als Erlöser und Retter des Vaterlandes anpreisenden Terroristen wenigstens als Helfershelfer zur Seite stehen können.

Seit dem wilden Schußwechsel in Rom wächst die Furcht, daß der linke Terrorismus wieder aufflackern könnte

ROM – Die Illusion lag rosarot über dem Land: Frieden war eingekehrt in Italien, die „bleierne Zeit" vorbei, die Terroristen hinter Gittern wohlverwahrt, ein Teil von ihnen sogar bereit, voll „Reue" mit der Justiz zusammenzuarbeiten, und dafür mit milden Strafen belohnt. Diese Illusion ließ sich auch mit Zahlen belegen.

Als die Gewaltwelle im Jahr 1979 ihren Höhepunkt erreicht hatte, zählten die Statistiker 2513 große und kleine Anschläge mit politischem Anstrich. 1980 starben 125 Menschen unter den Schüssen der Roten Brigaden oder der „Vordersten Linie". Das Jahr 1986 sah nur noch 30 meist unbedeutende Attentate, in deren Verlauf eine Person ums Leben kam.

Um so überraschender traf der Raubüberfall am Valentinstag die Öffentlichkeit. Bei einem wilden Schußwechsel starben zwei Polizeibeamte, ein dritter erlitt schwere Verletzungen. Der Geldtransporter der Post, der umgerechnet 1,6 Millionen Mark an Bord hatte, wurde bis auf die letzte Lira ausgeraubt. Ist für die Republik Italien der Notstand zurückgekehrt?

Innenminister Oscar Luigi Scalfaro war in arger Verlegenheit, als er jetzt beiden Kammern des Parlaments erklären sollte, was er über das neue Aufgebot der „bewaffneten Partei" wisse. Er konzentrierte sich darauf, den Überfall im Süden Roms präzise zu schildern, und nannte dabei erstaunliche Einzelheiten: Schon eine Stunde, ehe es zu der verhängnisvollen Schießerei kam, hatten die Attentäter sich als Polizisten aufgeführt und die Passanten vor einer möglichen Gefahr gewarnt. Die von den Rotbrigadisten verwendeten Wagen stammen zumindest teilweise vom schwarzen Markt der Autodiebe.

Wie eng ist der Kontakt zwischen der kriminellen und der politischen Unterwelt? Welche Verbindungen bestehen mit Umstürzlern im Ausland? Scalfaro erinnerte an die hohe Zahl von flüchtigen Terroristen, von denen sich mit 161 weit mehr als die Hälfte in Frankreich aufhalten.

BRIGATE ROSSE

NN 19.02.1987

Sabato 14 Febbraio 1987,un nucleo arr ... ella nostra Organizzazione
ha espropriato un furgone portavalori ... ste,nel corso dell'azione
la scorta armata è stata neutralizzata ... requisita una pistola
in dotazione agli agenti.
Per un'Organizzazione Comunista Co ... ne concretamente
alla testa dello scontro di classe ... si strategici
del proletariato - la conquista ... proprio è
l'unico mezzo per finanziare il ... proprio
è altresì il mezzo più coerente po ... ione
da parte del proletariato dei mezz
il problema dell'autofinanziame
gico dell'attività rivoluziona
Rosse per la costruzione de
abbiamo deliberatamente scel
operato,salvaguardando la v
gente che si è arreso.
Una scelta politica la
uno scontro di classe
borghesia di dettare da pc
dole a suo vantaggio
qualità dello scontro
termini:la strategia de
dialettizzandosi con
hanno determinato il
ne del potere.
Per questo i p
strategia della l
più o meno illu
con questo dato
politica,vale a
con interventi
del moviment
gli sforzi
tramaioli di
elucubrazior
velleità;lo
no!
Tutti
strategi
proprio

NATO della ... La segna prassi generali. Antimperi ... E' ... Armata su che ... per la costr ... tività e ... della va denominatore ... guerriglia ... zione convergenza comune in Europa che pur nella spec... ssi mediorientale obiettiva l'attacco all'imperialismo USA e ... importante combattente mediterranea. con le lotte dei popoli progres... una tappa di R.A.F. e A.D. per la promozione del Fron... il convergenza politica alla quale ci rapportiamo... ta. rafforzamento oggettiva che è la base politica,in ... ti termini di consolidamento del Fronte C... va concretezza programma e sulla stra... ne del Partito Comunista Combatten...

-ATTACCARE IL C... DELLO STATO NELLE
-RAFFORZARE IL ... PO PROLETA...
LO STATO !
-GUERRA ALL'IMPERIA...
-PROMUOVERE E CONSOLIDAR...
INSIEME !
-ONORE A TUTTI I COMPAGNI C...

Roma,17 Febbraio 1987

Per il Comunismo BRIGATE ROSSE
Per la costruzione del P.C.C.

Kaum waren am Tag „San Valentino" die Schüsse in der Via Prati del Papa verhallt, da wurden schon Klagen laut, der Staat trage selber Schuld am Wiederaufleben der politischen Gewalt. Als unerträglich empfand ein großer Teil der Bevölkerung die Tatsache, daß nachweisliche Mörder unter den Brigadisten mit wenigen Jahren Gefängnis davongekommen sind, wenn sie sich dem Gericht als Kronzeugen zur Verfügung gestellt hatten.

Die Emotionen schlagen hoch. Die Erinne-

rung an jenen 16. März 1978 sind noch wach, als der christdemokratische Spitzenpolitiker Aldo Moro auf offener Straße entführt und seine Begleitmannschaft zusammengeschossen wurde. Der Staat erwies sich damals als unfähig, die Kidnapper aufzuspüren und Moro zu retten. Führt nun der sanfte Umgang mit „reuigen" Brigadisten zur Rückkehr des Terrorismus? Der römische Richter Domenico Sica, der schon seit zehn Jahren die schwierigsten Untersuchungen geleitet hat, kennt die Szene wie kein zweiter. „Ich bin schon immer gegen einen harten Kurs gewesen", meint er nachdenklich, „deswegen halte ich es für richtig, jenen den Rückweg in die Gesellschaft zu ermöglichen, die sich von ihren Irrtümern lösen."

Die bekannten Wendungen

Sind die neuen Gewalttäter überhaupt mit ihren Vorgängern zu vergleichen? Der Name Rote Brigaden mit dem Zusatz „Kämpfende kommunistische Einheiten" ist geblieben und auch die verworrene Vorstellung vom Kampf gegen den Imperialismus, den man mit Bomben und ein paar hundert Pistolenschüssen besiegen könne. Triumphierend verkündeten die Brigadisten zwei Tage nach „San Valentino" in einem Flugblatt: „Am 14. Februar hat ein bewaffnetes Kommando ein Postfahrzeug enteignet und die Begleitung neutralisiert." In dem vier Seiten langen Manuskript, das der Öffentlichkeit nur zu einem kleinen Teil mitgeteilt geworden ist, sind die bekannten Wendungen wiederzufinden, die Attacke ziele auf das Herz des Staates. Andere Anschläge seien bald zu erwarten.

Ob eine direkte Verbindung mit roten Untergrundkämpfern im Ausland besteht, läßt sich nur vermuten. Zumindest aber ist ein enger Kontakt zu den frühen Brigadisten zu erkennen, die meist zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.

Wie werden die nächsten Schritte der neugebildeten Terrorgruppen aussehen? Wieder einmal weiß der Richter Domenico Sica die Antwort: „Alle, die an den bewaffneten Kampf glauben, leben außerhalb unserer Logik. Sie sind davon überzeugt, eine wirkliche Revolution auszulösen, und haben dabei ihre Beziehung zur Realität verloren. Wir wissen nicht, was sie denken. Sie sind wie getrennte Brüder."

Sprengstoff- und Waffenlager in Paris entdeckt

NZZ 07.03

Paris, 5. März. (afp) Ein Sprengstoff- und Waffendepot ist am Mittwoch in einem westlichen Pariser Stadtviertel von Beamten der französischen Spionageabwehr entdeckt worden. *Sieben Personen* wurden in Polizeigewahrsam genommen. Das teilte das französische Innenministerium am Donnerstag mit. Es seien 16 Kilogramm Sprengstoff, zwei Maschinenpistolen und eine Pistole entdeckt worden. Laut den Angaben stiessen die Sicherheitskräfte im Rahmen ihrer Untersuchungen über den *Nahost-Terrorismus* in Frankreich auf das Versteck.

Zenuwknoop Navo-pijpleidingen dertig

LEUVEN — De vierde, zijnde de Belgische, divisie „Pipeline" van de NAVO vierde haar dertigste verjaardag. Al die tijd is het hoofdkwartier gevestigd in de Tarweschoofkazerne aan de Naamse- en de Parkstraat te Leuven. De divisie beheert al de pijpleidingen voor brandstofvervoer doorheen België. De helft van het transport gebeurt ten bate van privé-firma's.

De Standaard 03.07.87

In de jaren vijftig vertrouwde België de aanleg en het beheer van zijn delen van de pijpleidingen — uit Antwerpen en Zeebrugge naar het Europese binnenland — toe aan militairen. In de Tarweschoof zijn ze daar nog altijd fier op want geen enkel ander land heeft dit „gewaagd".

Elders zijn partikuliere instanties of ambtenaren op de klus gezet. De divisie van Leuven weet dat ze om haar prestaties gewaardeerd wordt. „Wij betalen ook de tol voor onze roem. Omwille van onze betrouwbaarheid en onze beschikbaarheid worden we vaak gekozen als buffer om de problemen op te lossen van onze buren", zei kolonel Tuerlinckx.

De pijpleidingen kwamen in het nieuws wegens de CCC-aanslagen. Het net doorkruist het land en in feite is de ligging ervan geen geheim vermits men er voor alle bouwvergunningen en openbare werken rekening moet mee houden. De kwetsbaarheid ervan is maar zo erg als de herstellingstijd groot zou zijn. De divisie bewees dat ze binnen de dag een lek kan dichten en via aftakkingen de brandstofvoorziening ongehinderd verder kan laten lopen. Het hele net is trouwens internationaal verbonden zodat de toevoerrichting steeds kan worden omgekeerd. Onderweg bevinden zich voorraaddepots waar tankwagens of desnoods schepen worden volgegooid.

De pijpleidingen worden ook voor partikuliere doeleinden benut, althans in vredestijd. In elk NAVO-land is die situatie verschillend. In België komt de helft van de opdrachten uit de partikuliere sektor. Men kan b.v. sedert december, een depot bevoorraden op Zaventem. Dat vergt geen grote investeringen vermits men aftakt vanuit Melsbroek. Het Nederlandse Schiphol wordt bijna totaal via de militaire pijplijn gevoed. In Luxemburg is het de Belgische divisie die, na een bilateraal akkoord, de pijplijn naar de luchthaven van Findel beheerd. En voor het hele net is, aldus Tuerlinckx, een historische periode afgerond: de eerste pompstations zijn zopas geautomatizeerd.

In Leuven passeert geen enkele leiding maar, wegens de centrale ligging, werd er dertig jaar geleden een hoofdkwartier gevestigd. Dat is de draaischijf van heel het net, tevens administratieve tehuis van de zowat 350 personeelsleden. Die betrokken militairen, ook miliciens, zijn Belgen. Meestal komen ze uit de Landmacht, deels uit de Luchtmacht. De hele organizatie is afhankelijk van een hoofdzetel in Versailles, bij de CEPS (Central Europe Pipeline System). CEPS overkoepelt twee Franse, een Nederlandse, een Belgische en drie Duitse pipe-line-divisies.

In de vierde divisie bleken bij de dertigste verjaardag nog vier van de allereerste personeelsleden aktief te zijn. De kommandant mocht een aandenken overhandigen aan de adjudanten Leonard en Libert, beiden aktief in het depot en het pompstation van Sankt-Vith. Dezelfde eer viel te beurt aan de adjudanten Olszewski, van het pompstation op de lijn van Gent naar Noord-Frankrik te Rumes, en Van Landschoote, uit het depot en het pompstation aan de kaaien te Zeebrugge. (RB)

Das „Celler Loch"

Die taz sprach mit dem Niederländer Henk Wubben, der den V-Leuten als „Schleuse" in den Untergrund dienen sollte

Amsterdam/Hannover (taz) — Seine „marxistisch-leninistische" Vergangenheit will und kann der niederländische Publizist Henk Wubben nicht verleugnen. Er war von 1969 bis 1973 „1. Sekretär der Roten Jugend", einer aus der Jugendorganisation der niederländischen ML-Partei hervorgegangenen, an China orientierten Gruppierung. Auf dem Schreibtisch seiner Amsterdamer Wohnung steht noch immer eine Büste von Mao Tse Tung. „Ich lebe heute von Publikationen über China, den Fernen Osten und die Rolle der Chinesen in den Niederlanden", sagt der 46jährige.

Im ersten 70seitigen Untersuchungsbericht, den die Niedersächsische Landesregierung in Hannover dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum „Celler Loch" vorgelegt hat, wird Henk Wubben allerdings als „Mann mit vielfältigen Kontakten zur internationalen Terrorismus-Szene und mit weitgehenden Kompetenzen" bezeichnet. Wubben fungiert in diesem offiziellen Bericht über den am 25.7.1978 vom Niedersächsischen Verfassungsschutz inszenierten Anschlag auf den Celler Knast als dritte Hauptperson. Auf der einen Seite agieren da die beiden V-Leute Manfred Berger und Klaus-Dieter Loudil, die mit Hilfe der „Aktion Feuerzauber" — so taufte der V-Schutz selbst den Anschlag — „in den harten Kern von Terrorismus-Gruppierungen eindringen" sollten. Und Zielperson der gesamten „Operation Emsland" war Henk Wubben. Nach dem Bericht soll er im Glauben, die Befreiung von Sigurd Debus werde tatsächlich vorbereitet, dem V-Mann Berger „Geld, Waffen und falsche Papiere" übergeben haben. Bei ihm in den Niederlanden wollten die V-Leute nach dem Celler Anschlag Quartier beziehen und ihn als Schleuse „zum eigentlichen Ziel", dem „harten Kern der RAF", benutzen.

Aussage nur bei freiem Geleit

Henk Wubben ist jederzeit zu einer Aussage vor dem Untersuchungsausschuß bereit, falls ihm „freies Geleit" sicher ist. Er steht heute noch zu seiner Freundschaft zu Sigurd Debus, der 1981 im Hamburger Krankenhaus Barmbek an den schweren Verletzungen verstorben ist, die ihm während eines Hungerstreiks bei der Zwangsernährung zugefügt wurden. Er hat Sigurd Debus, der ursprünglich ebenfalls Mitglied der KPD/ML war, in den Jahren 1972/73 kennengelernt. Wubben: „Er war ein sympathischer, aufrechter Mensch, der an die Vorbildwirkung kleiner bewaffneter Gruppen glaubte, die einfach anfangen mit der Veränderung der Gesellschaft." Er selbst sei zwar damals wie heute auch kein Pazifist, — „Ich stehe zur revolutionären Gewalt" — habe jedoch schon bei seinen Begegnungen mit Debus die Position vertreten, daß kleine Guerillagruppen abgeschnitten seien von der Gesellschaft und dadurch wirkungslos blieben.

„Als dann der V-Mann Berger, der sich Fritz nannte, im Januar 1978 zum erstenmal in Amsterdam auftauchte, hatte ich fast fünf Jahre lang keine Nachricht mehr von Sigurd bekommen", sagt Henk Wubben, aber „ich war natürlich bereit, ihm zu helfen".

Die Gruppe um Sigurd Debus, die nicht mit der RAF zu verwechseln ist, hatte nur wenige Monate im Untergrund existiert und zwei Banküberfälle begangen. Debus hatte Anfang 1978 bereits Jahre der Isolationshaft und auch einen Hungerstreik hinter sich. „Fritz", so erinnert sich Wubben an die erste Begegnung mit dem V-Mann, „erzählte mir eine herzzerreißende Geschichte: Debus habe vor seiner Verlegung nach Celle in Hamburg in vollständiger Isolation gesessen. Er sei physisch völlig am Ende, abgemagert, könne sich nicht konzentrieren und habe Schwierigkeiten zu sprechen."

Nach seiner aktiven ML-Zeit hatte Henk Wubben in Asterdam ein sozialwissenschaftliches Studium begonnen und sich dort dem „medizinisch-juristischen Komitee für politische Gefangene" angeschlossen, das damals in den Auseinandersetzungen um die Isolationshaft auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle spielte. Durch die Schilderung des V-Mannes, so sagt er heute, „wurden meine schlimmsten Befürchtungen bestätigt".

Der „Befreiungsplan"

Berger hatte den Kontakt zu Wubben über ein Treffen von Anti-Folter-Gruppen in Amsterdam hergestellt. Er brachte ein Schreiben von Debus mit, in dem von einer vierköpfigen politischen Gruppe die Rede war, die er im Celler Knast aufgebaut hatte. Zu der aber in Wirklichkeit, wie man heute weiß, außer Debus selbst nur drei V-Leute gehörten. Und Berger präsentierte bereits, so sagt Henk Wubben, einen Plan: Er beabsichtige mit einem zweiten Gefangenen aus der Gruppe, dem Jugoslawen Marco, Debus bei einem Zahnarzttermin in Celle zu befreien. Kleidung und falsche Papiere für Debus habe man schon besorgt. Von der Gruppe, die Debus in Celle gegründet habe, sei nur noch Olli — so der damalige Deckname von Klaus-Dieter Loudil — im Knast. „Ich habe mich", so sagt Henk Wubben, „schon bei diesem ersten Treffen prinzipiell bereiterklärt, Sigurd Debus aufzunehmen, meldete aber gegenüber Berger drei Vorbehalte an: Ich verlangte einen zweiten Brief von Debus, in dem er Details meiner alten Wohnung schildern sollte. Machte zur Bedingung, daß es bei der Befreiung nicht zu einem Schußwechsel oder Opfern kommen dürfe. Außerdem sagte ich allein die Aufnahme von Debus zu, nicht aber die von Berger oder dem Jugoslawen."

Henk Wubben will sich in der Folgezeit noch insgesamt sechs- oder siebenmal mit Berger, nie aber mit Loudil oder „Marco" getroffen haben. Bei einer Reihe dieser Treffen gibt es zeitliche Übereinstimmungen zwischen den Angaben Wubbens und denen des Verfassungsschutzes, die sich in dem Bericht an den Ausschuß finden. Merkwürdigerweise taucht jedoch gerade diese erste Zusammenkunft zwischen Wubben und Berger in dem Bericht überhaupt nicht auf, wie dort auch nur von zwei V-Leuten die Rede ist, die an der „Operation Emsland" beteiligt gewesen seien.

Lediglich in dem Teil des Berichtes, der den Zusammenhang zwischen der „Operation Emsland" und der von dem Multiagenten Werner Mauss eingefädelten „Operation Neuland" behandelt, wird der dritte V-Mann erwähnt. Es handelt sich um den Jugoslawen Zeljko Susak. Susak, alias „Marco", der im Rahmen von „Neuland" in ein Ausbildungslager im Nahen Osten eingeschleust werden sollte, sei mit der „Operation Emsland" lediglich „in Berührung gekommen", heißt es.

Und noch ein „Befreiungsplan"

Auch nach den Angaben von Henk Wubben hat der dritte, auf jeden Fall später von Mauss geführte V-Mann „Marco" nur bei seinem ersten Treffen mit Berger eine Rolle gespielt. Schon bei der zweiten Begegnung etwa sechs Wochen später habe „Fritz" dann nicht nur einen eindeutig von Debus stammenden Brief mitgebracht, sondern auch einen Zeitungsausschnitt, mit dem er das Scheitern des ersten Befreiungsplanes begründet habe. Nach dieser Meldung, die tatsächlich am 11.2.78 in niedersächsischen Zeitungen erschienen ist, hatte die Polizei zufällig ein gestohlenes Fahrzeug gestoppt und darin falsche Papiere und Kleidung für Sigurd Debus gefunden. Der Fahrer des Autos, so erläuterte Berger dann Wubben, sei „Marco" gewesen, er habe bei der Kontrolle entkommen können und sei seitdem nicht wieder aufgetaucht.

So wie bei diesem ersten Befreiungsplan, meint Henk Wubben, sei es auch mit dem nächsten gelaufen, bei dem Berger und Loudil über die Baustelle des Hochsicherheitstraktes in das Celler Gefängnis einsteigen und Debus rausholen wollten: „Immer war alles schon klar, die Befreiung von Debus schien kurz bevorzustehen, doch dann kam immer wieder etwas dazwischen." Während der folgenden Treffen habe Berger immer wieder neue Gründe für engere Kontakte gesucht: Mal wollte er selbst 14 Tage in die Niederlande kommen, um dort einen genau auf die Celler Gefängnismauer passenden Wurfanker zu

basteln. Mal wollte Berger den V-Mann Loudil, „Olli", 14 Tage zur Erholung zu Wubben schicken, weil der inzwischen von einem Hafturlaub nicht zurückgekehrt sei und sich in Hannover in einer konspirativen Wohnung verberge, dort aber „durchdrehe". Und kurz vor dem Celler Anschlag tauchte Berger dann noch einmal unangemeldet in Amsterdam auf und wollte Wubben überreden, nach Hannover mitzukommen, um die Vorbereitungen für die Befreiungsaktion zu überprüfen und „sein O.K." zu geben.

Statt Befreiung Aktion Feuerzauber

Wubben hat all diese Vorschläge, die ihn in die „Befreiungsaktion" hineinziehen sollten, abgelehnt. Auch der offizielle Bericht erwähnt zumindest eine Weigerung Wubbens, Loudil in der Zeit vor dem Anschlag in den Niederlanden aufzunehmen. „Ich war Berger gegenüber immer mißtrauisch", sagt Wubben selbst rückblickend: „Ich konnte seine fabelhaften Geschichten ja nie kontrollieren. Fritz machte immer den Eindruck, als habe er einen Anzug an, der viel zu groß ist." Berger habe nie seine Wohnung betreten, die Treffen zwischen ihnen fanden ausschließlich im Freien statt.

"Ich habe mir immer gesagt", so faßt Wubben seine damalige Position zusammen, „wenn Berger aufrecht, aber naiv ist und die Befreiung gelingt, dann habe ich anschließend nur die Verantwortung für Debus. Wenn Berger aber vom Geheimdienst ist, dann kommt bei allem nichts raus." Geld, falsche Papiere oder gar Waffen, so sagt Wubben, habe er Berger nie übergeben, „sonst wäre ich nie heil aus der Sache herausgekommen".

Fünf Tage vor dem Celler Anschlag, so heißt es im Bericht des Verfassungsschutzes, habe Berger Wubben telefonisch davon unterrichtet, daß man jetzt nach der sogenannten „Notlösung" verfahren, einen Anschlag auf den Celler Knast verüben wolle, ohne Debus dadurch zu befreien. Wubben bestreitet, daß Berger jemals mit ihm über eine „Notlösung" gesprochen hat, „aber der Fritz mußte ja auch seinen Auftraggebern langsam Erfolge liefern".

„Eine Woche nach dem letzten Treffen in Amsterdam rief dann Berger wieder an. Er war sehr aufgeregt", schildert Wubben dieses Telefonat nach dem Anschlag, „Er schrie. 'Hast Du die Zeitung gelesen? Es ist alles falsch gelaufen! Wir haben ein Loch gesprengt. Wir haben keine Papiere mehr und brauchen unmittelbar Hilfe. Richtig Hilfe!', schrie er." Doch Wubben lehnte ab: „Ich hatte nie Loudil und Berger Hilfe versprochen, sondern nur Debus." Vier Tage später fuhr er auf eine lange vorbereitete Studienreise nach China, die 15 Studenten, deren Gruppe er leitete, können dies jederzeit bezeugen.

V-Leute auf Tauchstation

In der Szene, so heißt es im offiziellen Bericht über die Situation nach dem Anschlag, wurden die V-Leute nunmehr als Befreier begrüßt. Eine Ausnahme bildete hier offenbar Henk Wubben. Der Mann, bei dem sich nun die Schleusen in den Untergrund öffnen sollten, für den die GSG 9, die Bundesregierung, Landesregierungen und Verfassungsschutzbehörden in Bewegung gesetzt worden waren, ließ sich durch das Celler Loch nicht beeindrucken. Loudil und Berger haben anschließend in Paris Unterschlupf gesucht. „Betont werden muß in diesem Zusammenhang, daß die V-Leute weder den Auftrag hatten, gezielt nach Paris zu gehen — dies ergab sich nur zufällig, da die angebotene Unterbringung durch Wubben gescheitert war —, noch hatten sie dort Arbeitsaufträge irgendwelcher Art", beschreibt der Bericht den Fehlschlag der „Aktion Feuerzauber".

Berger hat sich bei Wubben Monate später noch einmal telefonisch gemeldet. „Da aber sagte ich nur, ich kenne keinen Fritz", gibt Wubben dieses Telefonat wieder. „Wenn Debus nicht gestorben wäre", so sagt er rückschauend, „dann wäre das ganze eine eher komische Geschichte." Für den Fall, daß die Landesregierung weiterhin öffentlich behauptet, daß er Berger gefälschte Papiere, Geld und Waffen übergeben habe, will Wubben über seinen Anwalt gegen sie vorgehen. In einem anderen Fall hat er dies bereits getan. Der niedersächsische Justizminister hatte nach dem Bekanntwerden des Celler Anschlags behauptet, Wubben habe 1980 „beim Hantieren mit Sprengstoff seine eigene Wohnung gelüftet". Von dem Vorwurf, die Explosionen in seinem Haus, die er und seine Frau nur durch einen glücklichen Zufall unverletzt überstanden, selbst ausgelöst zu haben, wurde Wubben Ende 1985 rechtskräftig freigesprochen. Er selbst sucht die Bombenleger aus dem Jahre 1980 in den gleichen Kreisen, die auch das Celler Loch gesprengt haben. „In meinem Prozeß wurde festgestellt, daß damals schon eine Minute nach der Explosion zwei Mitarbeiter des Niederländischen Geheimdienstes am Ort des Geschehens waren", sagt er. In dem Verfahren wurden noch dutzendweise Polizisten und Angehörige des Geheimdienstes vernommen — alle wußten von nichts.

5.3.87 **taz**

ORGAN OF THE ARMENIAN SECRET ARMY FOR THE LIBERATION OF ARMENIA



Ab jetzt erhältlich über De Knipselkrant: die englische Ausgabe des Organs von ASALA: Armenia.
Diese Broschüre erscheint unregelmässig und ist gegen die geringe Vergütung von 1,50 DM zu bestellen.
Diejenigen die hierauf ein Abonnement wünschen, können das der Redaktion mitteilen, und vorausgesetzt dass sie ein positives Saldo bei der Knipselkrant haben, wird jede Ausgabe dann automatisch zugeschickt.

Der Spiegel 09-03-1987

TERRORISMUS

Tüten zu

Funde der französischen Polizei bestätigen: die Action directe und die RAF haben Terroranschläge gemeinsam geplant.

Begehrlich schauten vier Tatort-Spezialisten des Bundeskriminalamts (BKA) den französischen Kollegen von der Brigade criminelle vorletzte Woche über die Schultern: Was da in Paris in großen Tüten auf dem Tisch lag, waren „die Schätze eines Pharaonengrabes" (ein Ermittler), gefunden in einem Gehöft in Vitry-aux-Loges, 30 Kilometer östlich von Orléans.

Doch die Deutschen, Experten für Asservate der Roten Armee Fraktion (RAF), hatten sich zu früh auf ein Reisemitbringsel gefreut: Photos, Briefe und Führerscheine blieben in Klarsichtmappen verhüllt, auch zu lesen gab es für die Beamten nichts. Nach fünf Tagen vergeblichen Bemühens, Einblick in die Papiere zu bekommen, reisten die Deutschen entmutigt wieder ab.

Versiegelt „wie zu Zeiten des alten Bismarck" (ein Wiesbadener Fahnder), landeten die Dokumente bei Untersuchungsrichtern in Orléans, Versailles und Paris. „Die deutsch-französische Zusammenarbeit", beklagte sich ein Fahnder, „klappt bei den Terroristen besser als bei uns."

Diese Woche will sich Bonns Innenstaatssekretär Hans Neusel in Paris bemühen, deutschen Ermittlern doch noch Zugang zu den Dokumenten zu ermöglichen. Denn das BKA erhofft sich von den Asservaten aus dem Bauernhof-Versteck der vier französischen Top-Terroristen (SPIEGEL 10/1987) wichtige Fahndungshinweise auf die RAF.

Bei der Verhaftung des Führungs-Quartetts der linksextremen Action directe (AD) wurden Sprengstoffe, Waffen und falsche Ausweise gefunden, die eine enge logistische Zusammenarbeit zwischen AD und RAF belegen. Vor allem aber geriet dem BKA mit Georges Cipriani, 35, einem der in Vitry-aux-Loges verhafteten Franzosen, ein Terrorist ins Visier, dessen Weg wieder Spuren in der abgeschotteten deutschen Terroristen-Szene aufzeigen könnte.

Cipriani lebte von 1972 bis 1983 in Frankfurt, jobbte dort gelegentlich als Taxifahrer oder in einer Pizzastube. Als er 1985 in Frankreich als Bankräuber auffiel, sah sich das BKA nach einem Rechtshilfe-Ersuchen des Pariser Justizministeriums in der Frankfurter Wohnung des Gesuchten um: „Außer ein paar Schnipseln von Zeitungsausschnitten und Krimskrams", meldeten die BKA-Beamten damals nach Paris, „war da nichts mehr zu holen."

Doch nach dem Fahndungserfolg der Franzosen stellt sich der Fall gewichtiger dar. Ein falscher Führerschein, aufgefunden in der AD-Zentrale am Orléanskanal, brachte den Ermittlern wertvolle Erkenntnisse. Das Original des Papiers war am 12. Juli 1985 in Frankfurt auf einen Vietnamesen ausgestellt worden. Nun trägt der Führerschein das Ausstellungsdatum „2.8.1985" und die Daten „Simone Barnstein, geboren am 20.6.57 in Jerusalem".

Panne der Fälscher: Eine „Bockenheimer Straße", wie in dem Dokument vermerkt, gibt es in Frankfurt nicht, nur eine Bockenheimer Landstraße. Welche deutschen Terroristinnen aus dem Rhein-Main-Gebiet diesen Führerschein und eine ebenfalls sichergestellte belgische Identitätskarte („Simone Barnstein") benutzten, könnten Fingerabdrücke belegen.

Auch die Waffenfunde in dem Gehöft der französischen Terroristen zeigen Querverbindungen zum Raum Frankfurt auf: Zwei Smith & Wesson (Kaliber .38 spezial und .3,57 magnum) sowie eine Pistole „Sig-Sauer" (9 mm) stammen aus demselben Überfall auf ein Waffengeschäft im pfälzischen Maxdorf wie drei Pistolen, die im Juni 1985 in einer konspirativen RAF-Wohnung in der Offenbacher Bleichstraße entdeckt worden waren.

Anfang November 1984 hatten zwei Männer, nach Ansicht der Bundesanwaltschaft Mitglieder der Kommando-Ebene der RAF, den Waffenhändler Manfred Walla in seinem Geschäft gefesselt und geknebelt. Mit 22 Faustfeuerwaffen, zwei Repetierflinten und 3000 Schuß Munition flüchtete das Duo zum Bahnhof in Bad Kreuznach. Die Spur verlor sich an der französischen Grenze.

Als später drei jener Waffen in Offenbach gefunden wurden, ermittelte das BKA Verbindungen zu der RAF-Aktivistin Ingrid Barabaß. Sie wurde am Donnerstag vergangener Woche in Frankfurt zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Und wenn Aussagen französischer Zeugen zutreffen, war sie, neben Cipriani, ein weiteres Bindeglied in der deutsch-französischen Terror-Connection.

Am 6. Januar 1985 trafen sich Terror-Sympathisanten aus mehreren Teilen Europas in Paris, um gemeinsame Aktionen zu besprechen. „Wir waren sehr aufgedreht", berichtete ein Teilnehmer des konspirativen Treffs später der Zeitung „Libération", „denn wir wußten, daß eine RAF-Kämpferin dabeisein würde. Und tatsächlich war sie anwesend, in Gesellschaft einer weiteren Deutschen." Gemeint war Ingrid Barabaß.

Neun Tage danach wurde ein Pakt besiegelt. RAF und AD veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung („Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa") in beiden Sprachen – wobei sicher ist, daß der Ursprungstext deutsch war. Die Untergrundzeitung „Zusammen kämpfen", das Sprachrohr der RAF, widmete den verquasten, langatmigen Statements eine „Sonderausgabe".

Am 25. Januar 1985 tötete ein selbsternanntes „Kommando Elisabeth von Dyck" den General René Audran, im Pariser Verteidigungsministerium zuständig für Rüstungsexporte. Am 1. Februar wurde in Gauting bei München der MTU-Chef Ernst Zimmermann erschossen.

Zwei Opfer, ein Ziel: Die Angriffe galten Personen aus dem, so der Terroristen-Jargon, „militärisch-industriellen Komplex", und getroffen werden sollte auch „die Achse Paris–Bonn" (Bekennerschreiben).

Die in Deutschland geborene Juristin Charlotte Granier, Tochter eines Staatsanwalts und in Frankreich als Rechtsanwältin zugelassen, sollte als eine Art Verbindungsoffizier eingesetzt werden – erklärte Absicht: Übernahme des Mandats „bei einem Gefangenen aus der RAF und bei einem Gefangenen von AD", um den Informationsaustausch zwischen den inhaftierten Kaderführern besser koordinieren zu können.

Schließlich beriefen sich Frankreichs Terroristen auf ein deutsches Vermächtnis: Die Action directe sei 1979 als Folge eines „großen qualitativen" Schubs entstanden, der „die zweite Phase des Kampfes der Guerilla in Westeuropa eingeleitet hat (Buback, Ponto, Schleyer . . .)".

Als erste gemeinsame Tat beider Gruppen gilt der blutige Anschlag auf den amerikanischen militärischen Teil des Frankfurter Flughafens vom 8. August 1985. Damals wurden zwei Menschen getötet, etliche verletzt. Einer der Täter, vermuten Staatsschützer, könnte AD-Aktivist Cipriani gewesen sein.

Die RAF bekannte damals, „durch ein gemeinsames Kommando von Action directe und uns" sei „die Perspektive der internationalen antiimperialistischen revolutionären Front auf neuer Stufe real geworden". Ähnliches schrieb auch die AD im Bekennerbrief.

Was die französischen Untersuchungsrichter dem BKA bisher an Erkenntnissen nach Wiesbaden funkten, bestätigt die Zusammenarbeit: In der AD-Zentrale fanden sich die französischen Versionen der Bekennerschreiben zu den jüngsten RAF-Attentaten auf den Diplomaten Gerold von Braunmühl und den Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts.

Der Sprengstoff „Titatin", der in dem

Gehöft im Loire-Tal in einer Garage stand, stammt aus derselben Produktion wie das brisante Gemisch, das bei den versuchten RAF-Bombenanschlägen auf die Nato-Schule in Oberammergau und das Bundesamt für Wehrtechnik in Koblenz ausgelegt war. Allerdings: Ein Plan, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt im französischen Urlaubsdomizil zu kidnappen (wie die Illustrierte „Quick" berichtet hatte), wurde in den bisher sichergestellten AD-Papieren nicht entdeckt.

In Vitry-aux-Loges gefundene Handskizzen belegen, daß AD-Planer an den Vorbereitungen des Anschlags auf die Frankfurter Airbase beteiligt waren. Entdeckt wurden ein genauer Lageplan des Tatorts sowie die Bauanleitung für den Sprengsatz. Und aus einem Schuldschein ist zu schließen: Als die RAF-Leute um Geld verlegen waren, half ihnen die AD mit 200 000 Mark aus.

Weitere Zettel aus der Kasse der AD könnten in der Bundesrepublik noch am ehesten auf heiße Spuren zur RAF führen. „Wichtig wäre", heißt es im BKA, „daß uns Paris mal in Tüten gucken läßt."

